

كنا من الاصل

Sportsfreund
Pech auf der
ganzen Linie

Dienstag, 9. September 1986 - D. 1. Jahrgang
Ausgabe: 10.000 Exemplare
Preis: 1,20 DM

Nr. 209 - 37. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Belgien 38,00 Bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 600,00 Din., Luxemburg 30,00 Fr., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 2,50 kr., Österreich 14 Sch., Portugal 150 Esc., Schweden 2,00 skr., Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Tschechoslowakei 100 Kcs., Türkei 700 TL.

Heute in der WELT



WELT-Serie Schulbücher

Ist Deutsch nur eine Unterabteilung des Faches Politik? Viele Lesebücher legen diesen Eindruck nahe. Statt mit Gedichten wird der Schüler mit dem Kommunistischen Manifest und dem DGB-Grundsatzprogramm konfrontiert. Indoktrination mit Politiker-Texten, unter anderem von Ulbricht, hat Vorrang vor Literatur. Seite 6

Das „Wundermittel“ ist ein Humbug

Bislang schaute die Schulmedizin meist machtlos zu, wenn „Wundermittel“ gegen die Verkalkung der Gefäße angegriffen werden – wie bei der sogenannten Chelat-Therapie. Eine erste kontrollierte klinische Studie aus der Uni-Klinik Heidelberg räumt jetzt mit dem Irrglauben an die Heilkraft dieser vielgepriesenen neuartigen Behandlung auf. Seite 20

Die großen Straßen der Welt

Über die großen Avenuen und Flanierstraßen der Metropolen berichtet die WELT in einer Serie. Bisher wurden unter anderem der Ku'damm (Berlin), der Faubourg Saint Honoré (Paris), der Broadway (New York), der Newski Prospekt (Leningrad) und die Bond Street (London) vorgestellt. Heute: die Strøget in Kopenhagen. Seite 19

POLITIK

SPD: Kanzlerkandidat Rau will, daß die SPD den Bundestagswahlkampf mit „erhöhter politischer Temperatur“ führt. Umfragen zeigen, daß die SPD in NRW weiter bei 52 Prozent liegt, ihr am 25. Januar 1987 aber nur 41 Prozent die Stimme geben würden.

Polen: Als Folge der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl soll in Polen die Zahl der Meßstationen ausgebaut werden. Auch müßten Qualitätskontrollen beim Bau polnischer Atomreaktoren verschärft werden, fordert ein Regierungsbericht.

Umwelt: Bundesumweltminister Wallmann ist in Moskau mit Umweltsachverständigen zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Fragen der Reaktor-sicherheit und die Vorbereitungen für die Tschernobyl-Sonderkonferenz in Wien.

Asyl: Honecker will erst nach Bundestagswahl einlenken

Rücksicht auf Moskaus Interessen / Behandlung der Tamilen als Modell

D. G./Hrk. Bonn/Berlin
Die Bundesregierung und der Berliner Senat rechnen vor der Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres nicht mehr mit einem Entgegenkommen der „DDR“ in der Asylfrage. Zu diesem Ergebnis kommen die Experten im Bundeskanzleramt und im Rathaus Schöneberg bei einer jetzt abgeschlossenen deutsch-deutschen Bestandsaufnahme für die verbleibende Zeit bis zum Wahlsonntag am 25. Januar 1987. Trotz intensiver Gespräche zwischen den beiden Regierungen ist der Stand der Dinge im Asylbereich nach Ansicht der Bundesregierung und des Berliner Senats mit maßgeblichen Ostberliner Stellen ist dort kein Einlenken erkennbar.

Für die starre „DDR“-Haltung sprechen nach Ansicht der Experten mehrere Gründe: Vor allem sind vor einer definitiven Entscheidung über ein zweites Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und KP-Generalsekretär Gorbatschow der „DDR“ im eigenen Bereich die Hände gebunden. Auch wenn der neue Ost-West-Gipfel demnächst von den beiden Außenministern Shultz und Schevardnadse vereinbart werden sollte,

kämen Ostberliner Zugeständnisse in der Asylfrage in zu große Nähe zum Wahltermin. Offensichtlich will die „DDR“-Führung jeden Eindruck vermeiden, als mache sie der Bonner Koalition Wahlgeschenke. Analysen der jüngsten Gesprächsrunde während der Leipziger Herbstmesse sowie eine genaue Beobachtung der SED-Medien machen deutlich, daß die „DDR“-Führung einen Bonner Machtwechsel nach der Bundestagswahl für nicht völlig ausgeschlossen hält. Auch dadurch wird der Handlungsspielraum eingeengt. Trotz eines großen Propagandafetters zum Rechtfertigen der starren Haltung in der Asylfrage rechnen die zuständigen Stellen im Kanzleramt nach der Bundestagswahl mit der voraussichtlichen Bestätigung der bisherigen Koalition mit einem Ostberliner Einlenken. Als Modell für wirkungsvolle Maßnahmen gegen den ungebremsten Asylanstrom vom Flughafen Schönefeld vor den Toren Berlins über die Sektorengrenze nach West-Berlin gilt die Tamilen-Regelung. Angehörige dieser Hindu-Minderheit aus Sri Lanka können Ostberliner Zugeständnisse in der Asylfrage in zu große Nähe zum Wahltermin. Offensichtlich will die „DDR“-Führung jeden Eindruck vermeiden, als mache sie der Bonner Koalition Wahlgeschenke.

Europa bewegt sich auf Sanktionen zu

Maßnahmen gegen Südafrika werden mit Japan und USA abgestimmt / Toivo in Bonn

BERNT CONRAD, Bonn
Die Europäische Gemeinschaft wird mit großer Wahrscheinlichkeit begrenzte Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika beschließen. Zu erwarten sind vor allem ein Verbot neuer Investitionen in Südafrika sowie ein Einfuhrstopp für Kohle, Eisen, Stahl und Goldmünzen, entsprechend den Ankündigungen des Europagipfels in Den Haag vom Juni dieses Jahres. Die EG-Außenminister werden darüber vermutlich am 15. September in Brüssel entscheiden. Vorher wird der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe als derzeitiger EG-Ratsvorsitzender noch in Washington über eine Abstimmung der europäischen und der amerikanischen Haltung gegenüber Südafrika konferieren. Auch eine Absprache mit Japan ist geplant. Die EG-Außenminister hatten sich schon am vergangenen Wochenende bei einem informellen Treffen auf dem englischen Landsitz Brocket Hall ausführlich mit der Lage in Südafrika befaßt, ohne allerdings Beschlüsse zu fassen. Aus dem Sitzungsverlauf ergab sich jedoch, daß angesichts der weiteren Zuspitzung in Südafrika und der ergebnislosen Gespräche Howes in Südafrika, Zimbabwe und Sambia die in Den Haag zunächst für drei Monate aufgeschobenen Sanktionen jetzt überwiegend für umgängig gehalten werden. Auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher – ursprünglich eine der entschiedensten Gegnerinnen von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen – hat vor kurzem begrenzte Sanktionen mit „Signalwirkung“ nicht mehr ausgeschlossen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der in die gleiche Richtung tendiert, wird seine Haltung noch mit Bundeskanzler Helmut Kohl abstimmen. Kohl hatte auf dem Europagipfel mit Nachdruck vor einem Handelsembargo gewarnt, gleichzeitig aber eindringlich an die südafrikanische Regierung appelliert, das „Signal von Den Haag“ ernst zu nehmen und Verhandlungen mit den Führern der schwarzen Mehrheit zu schließen. Wie aus dem Auswärtigen Amt bekannt wurde, hat Genscher die Vorwürfe Toivos zurückgewiesen.

Pinochet verhängt Belagerungszustand

Sieben Sicherheitsbeamte bei Anschlag getötet / Verübte „Patriotische Front“ Attentat?

WERNER THOMAS, Santiago
Wenige Tage vor dem 13. Jahrestag seiner Machübernahme hat General Augusto Pinochet die dramatischen Stunden seiner bisherigen Amtszeit erlebt. Am chilenischen Staatschef entkam am Sonntagabend um Mitternacht ein Attentatsversuch, bei dem sieben Sicherheitsbeamte getötet und zehn verletzt wurden. Kurze Zeit später verhängte das Militärregime für zunächst 90 Tage den Belagerungszustand. Der 70-jährige General erschien wenige Stunden nach dem Attentat in Zivil im Fernsehen. Seine linke Hand war verbunden. Er wirkte nervös und sprach mit heiserer Stimme. Seine Eskorte aus fünf Autos und drei Motorrädern habe auf der Rückfahrt von seinem Landsitz nach Santiago eine Brücke überquert und sei sofort in einen Kugelhagel geraten. „Meine erste Reaktion war, die Flucht zu ergreifen. Dann dachte ich jedoch an meinen Einzelohn, der neben mir saß. Ich beschloß, ihn mit meinem Körper.“ Der Junge ist zehn Jahre alt. Die Sicherheitsbeamten hätten sich ein Gefecht mit dem „Terroristenkommando“ geliefert und dies schließlich vertreiben können. Die Herren Politiker verstehen hoffentlich, daß dies ein Krieg ist und daß die Alternative entweder Marxismus oder Demokratie heißt. Entweder Chaos oder Demokratie. Das Fernsehen berichtete, zuletzt sei eine unter der Brücke dominierte Bombe explodiert. Anschließend SEITE 2: Chiles Tragödie

Send hätten mindestens zwölf Helikopter aus dem Himmel auf die Fahrzeugkolonne des Präsidenten eröffnet und auch eine Panzerhaube aufgeföhrt. Zehn Kilometer vom Tatort seien zwei Kleinlaster und ein Personenvan entdeckt worden, in denen sich die Waffen befunden hätten. Die Spuren der Täter scheinen zu der Untergrundorganisation „Patriotische Front“ Manuel Rodriguez zu führen. Ein angeblicher Sprecher dieser Gruppe meldete sich telefonisch in den Büros ausländischer Nachrichtendiensten und erklärte: „Die Patriotische Front Manuel Rodriguez ist nicht tot. Die Operation ist uns diesmal mißlungen. Das nächste Mal wird sie uns nicht mißlingen.“ Die „Patriotische Front“, der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei, liefert der chilenischen Militärregierung seit fast zwei Jahren einen blutigen Untergrundkrieg. Die etwa 1500 Guerilleros konzentrierten sich bisher auf Sprengstoffanschläge, Entführungen und Attentate. Dies war der erste Attentatsversuch auf den Präsidenten. Nach zwei Protesttagen Ende vergangener Woche, die vier Todesopfer forderten, wollte die Pinochet-Regierung jetzt den 13. Jahrestag des Militärputsches feiern. Heute sollte auf dem Alameda-Boulevard vor dem Präsidentensitz eine Kundgebung stattfinden. Für den 11. September, den eigentlichen Jahrestag, ist eine Militärparade geplant.

Preisträger muß zum Mentor werden

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg
Der „Förderpreis für die Europäische Wissenschaft“, mit zwei Millionen Mark einer der höchst dotierten Wissenschaftspreise der Welt, ist gestern in Hamburg der Forschungsgemeinschaft der Montagnier verliehen worden. Montagnier ist Leiter der Abteilung für virologische Onkologie am Pariser Institut Pasteur. Im Unterschied zu anderen Auszeichnungen, deren Preisgeld in die Privatschulung der Forscher wandern darf, dient der Förderpreis der Körber-Stiftung als Beihilfe für bedeutsame Forschungsprojekte. Montagnier und seine Mitarbeiter Professor Françoise Barre-Sinoussi, Dr. Jean-Claude Chermann und Dr. Willy Rosenbaum werden mit dem Preis für ihre Forschungen ausgezeichnet, die zur Entdeckung des Retrovirus LAV, des Erregers der Immunschwäche-Krankheit Aids, führten. Das von der Stiftung vergebene „Mentor“- die enge Zusammenarbeit von Wissenschaftlern am gleichen Forschungsthema – soll einer europäischen Verbundforschung unter Leitung von Montagnier zutreffen. Ihr Ziel ist die wirksame Bekämpfung von Aids, für die es, so sagte Montagnier bei der Verleihung im Hamburger Rathaus, „bisher weder eine Behandlungsmethode noch einen Impfstoff gibt“.

Der französische Wissenschaftler, der 1983 den Erreger LAV (Lymphadenopathie-assoziiertes Virus) entdeckt hatte, berichtete, daß er gemeinsam mit zwei portugiesischen Forschern im Juli dieses Jahres bei mehreren afrikanischen Aids-Patienten ein zwar verwandtes, doch deutlich unterschiedliches Virus isoliert habe. Es weise, besonders in seiner Virushülle, andere Antigenstrukturen auf als der bisher bekannte Erreger. Die Verbundforschung soll, mit einer eigenen Stabstelle in Paris, außer Montagnier als Koordinator Arbeitsgruppen aus vier Ländern umfassen. Dazu gehören J.-C. Gluckmann (Paris), Sven Haahr (Aarhus), George Janossy (London), David Kitzmann (Paris) sowie Paul Raz von Bernhard-Nocht-Institut in Hamburg. Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber sagte in seiner Festansprache, daß von den jährlich 50 Milliarden Mark Forschungsmitteln in der Bundesrepublik unter ein Prozent (450 Millionen Mark) aus Stiftungen kämen. Doch sie hätten ihre eigene Qualität, sie könnten dort eingesetzt werden, wo die Wissenschaft ihres Erfolgs noch nicht sicher sei. Es sei Aufgabe des Staates, die Unabhängigkeit der Stiftungen und ein wissenschaftsfreundliches Klima zu gewährleisten. Der Hamburger Industrielle Körber hatte vor zwei Jahren 40 Millionen Mark als Stiftungskapital zur Verfügung gestellt, um Forschungen auf dem Gebiet der Technologie und der Naturwissenschaften voranzutreiben. In Europa spielen „neue, zur Bewahrung drängende“ Leistungen gefördert werden.

DER KOMMENTAR

Anstoß

BERNT CONRAD

Wirtschaftliche Sanktionen haben noch niemals den erhofften politischen Erfolg gebracht. Im Fall Südafrikas würden ihre negativen Auswirkungen zudem genau die Falschen treffen, nämlich jene schwarze Mehrheit, für deren Gleichberechtigung Westeuropäer wie Amerikaner eintreten. Im Endeffekt könnte ein Embargo sogar die gesamte wirtschaftliche und soziale Grundlage Südafrikas und damit auch die Aussichten für eine gedeihliche Entwicklung nach Abschaffung der Apartheid ruinieren. An dieser Einschätzung, die Bundeskanzler Kohl seinen EG-Amtskollegen vor drei Monaten auf dem Europagipfel in Den Haag nachdrücklich vor Augen geführt hatte, hat sich seitdem nichts geändert. Eine neue Lage aber ist dadurch entstanden, daß die Regierung in Pretoria Kohls Appell, das „Signal von Den Haag“ ernst zu nehmen und Verhandlungen über eine Beseitigung der Apartheid einzuleiten, ignoriert hat. So wurde die Südafrika-

Mission des britischen Außenministers Howe zu einem krasen Fehlschlag. Das Argument, politische Überredung sei wirkungsvoller als ökonomische Strafen, hat einen Rückschlag erlitten. Damit hat Präsident Botha der von dem amerikanischen Präsidenten Reagan, der britischen Premierministerin Thatcher und dem Kanzler zunächst gebremsten Sanktionslawine selbst einen kräftigen Stoß gegeben. Nun wird sie in Europa und in den USA kaum noch aufzuhalten sein. Darauf deuten die letzten EG-Außenministerberatungen und die Entwicklung in Washington hin. Das gibt Anlaß zur Sorge. Aber gerade deshalb wächst die Notwendigkeit einer engen Koordination zwischen Europäern, Amerikanern und Japanern. Allein die daraus resultierende geballte Kraft der Industriestaaten könnte Botha den Ernst der Lage klarmachen und ihn vielleicht doch noch – sozusagen in letzter Minute – zum Einlenken veranlassen.

RAF zündet Bombe am Verfassungsschutz-Amt

Terroristen sprechen von Offensive gegen Sicherheitsapparat

WERNER KAHL, Köln
Mit einer ferngezielten Autobombe haben mutmaßliche Terroristen der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) gestern früh um 3.45 Uhr einen Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln verübt. Die Explosion richtete einen Sachschaden an der Fassade des Bürohauses und in Wohnhäusern der Nachbarschaft von schätzungsweise mehr als einer Million Mark an. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft handelte es sich um die erste ferngezielte Autobombe in einem deutschen „öffentlichen Verkehrsraum“. Von der Druckwelle wurde ein 26-jähriger Musiker, der in einem fahrenden Lieferwagen saß und die Explosionswelle in etwa hundert Metern Entfernung passierte, leicht verletzt. Als angebliche Urheber des Anschlages meldete sich in einem Schreiben eine „Kämpfende Einheit Christos Tsoutsouvis“. Der Grieche Tsoutsouvis war 1985 in Athen bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei getötet worden. In dem Schreiben wird die Freilassung des RAF-Mitgliedes Günter Sonnenberg sowie die „Zusammenlegung der Gefangenen von RAF und Widerstand und aller kämpfenden Gefangenen“ gefordert. Ein fünfjähriger Junge hatte das Schreiben am Vormittag im Park neben dem Verfassungsschutzgebäude gefunden. Die Überschrift lautete: „die revolutionären Fronten in Westeuropa organisieren“.

Mit dem Schreiben sieht das Bundeskriminalamt Erkenntnisse bestätigt, daß sich die RAF auf den Sicherheitsapparat „einschießen“ will. Die mutmaßlichen Täter erklärten, der Anschlag auf die Kölner „Geheimdienstzentrale“ sei ein Teil dieser Offensive. Bei einer Tatort-Inspektion bezeichnete Innenminister Zimmermann die Angriffe auf Bundesbehörden innerhalb kurzer Zeit als besorgniserregend. Anschläge richteten sich unter anderem auf den Bundesgrenzschutz und auf das Bundesverwaltungsamt in Köln. Der Rhein-Ruhr-Raum bildet seit längerem einen Schwerpunkt von RAF und „RZ“ für terroristische Angriffe. SEITE 2: Verzerrte Optik

Cattenom darf in Betrieb gehen

UR, Bonn

Das Kernkraftwerk Cattenom kann, wie geplant, am 11. November ans Netz gehen. Das Verwaltungsgericht in Straßburg wies gestern Anträge des Saarlandes sowie saarländischer und rheinland-pfälzischer Gemeinden auf eine Aussetzung der Betriebsgenehmigung bis zum Hauptverfahren in ein bis zwei Jahren ab. In Mainz wurde die Entscheidung als Bestätigung für die Strategie der Landesregierung gewertet, zu verhandeln statt zu klagen. SEITE 8: Wie geplant ans Netz

EG und Comecon verhandeln nicht nur über die Wirtschaft

Signal Gorbatschows / „DDR“ zeigt nur wenig Interesse

ROLF SPITZHÜTTL, Brüssel
Handels- und Wirtschaftspräsidenten aus der Europäischen Gemeinschaft und dem Ostblock „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), wollen am 15. September in Genf ein neues Kapitel in den inner-europäischen Ost-West-Beziehungen eröffnen. Auf Einladung der EG-Kommission soll die Aufnahme normaler Beziehungen vorbereitet werden. Es wäre das Ende einer nur kurz, Ende der siebziger Jahre, durchbrochenen Periode des Schweigens bei der Blöcke, die ihre Hauptursache darin hat, daß der östliche Wirtschaftsverbund die EG nicht anerkennt. Als beide Blöcke das Gespräch suchten, scheiterten sie nicht nur an der plötzlichen Veränderung des politischen Klimas in der Folge der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Ereignisse in Polen. Der Rückfall in eisiges Schweigen war auch eine Folge rechtlich-politischer Streitpunkte. Die EG wollte sich auf keine vertragliche Vereinbarung mit dem RGW einlassen, da dessen Struktur eine Gleichbehandlung

aus Brüssel Sicht nicht zulaß. Der RGW verfügt anders als die EG nicht über die institutionelle Form der Gemeinschaft und vor allem nicht über das Handelsmandat oder die entsprechenden, von den Mitgliedsstaaten delegierten handelspolitischen Instrumente. Für die EG resultierte daraus die Sorge, eine EG-RGW-Vereinbarung könnte sich nachteilig auf die angestrebten oder auszubauenden bilateralen Beziehungen der Gemeinschaft zu einzelnen RGW-Staaten auswirken. Schließlich wollte der RGW 1980 auch nicht über eine Berlin-Klausel verhandeln. Im Mai vergangenen Jahres durchbrach der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow das Schweigen. Er sprach von der Möglichkeit, „die für beide Seiten nützlichen Beziehungen zwischen RGW und EG in Ordnung zu bringen“.

In der „DDR“ hingegen wird wenig Interesse an Vereinbarungen mit der EG gezeigt. Sie hat ohnehin über den innerdeutschen Handel ein Bein in der Gemeinschaft. (AF)



„Eiskalte Anfänger“: Erst in den 60er Jahren wurde der Sport des Eiskletterns entdeckt. Seitdem versuchen Eiskletterer (Foto) die vereisten Höhen der Welt zu erklimmen. Ihre Mitmenschen halten dies für „permanente Selbstmordversuche“. (S. 20)

Schnee-Mode: In der neuen Wintermode dominieren die gedämpften Farbtöne. Dennoch muß auf Buntes nicht verzichtet werden. Wer schillernde Farben liebt, hat sie im neuen „Petrol-Lack“ alle auf einmal. (S. 20)

Leserbriefe und Personalien Seite 7
Umwelt – Forschung – Technik Seite 7
Fernsehen Seite 18
Wetter: Norden: Schauer; Süden: Trocken Seite 20

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verzerrte Optik

Von Werner Kahl

Es ist ein Zusammentreffen, das Interesse wecken muß. Betende sind in einer Synagoge in Istanbul erschossen worden. Handgranaten wurden gegen Menschen in einem gepackten Flugzeug in Karatschi geworfen, nun wurde gar die erste Autobombe auf einer deutschen Straße gezündet. Zu diesem Zeitpunkt strahlt das Deutsche Fernsehen einen Zweiteiler über die Baader-Meinhof-Bande aus.

Zu einem Zeitpunkt, wo sogar die Alternativen in der "Taz", die noch zum Beckurts-Mord die Parole "Waldmannsheil" ausgaben, Gefühle zeigen gegenüber "Attentätern" und ihren "Opfern", denen sie ins Gesicht sehen, wenn sie sie erschießen" - als wären nicht Buback, Ponto, Schleyer, Zimmermann, Beckurts und andere genau so kaltblütig von Angesicht zu Angesicht ermordet worden - zu diesem Zeitpunkt also müßte man von der ARD einen intelligenten Beitrag über Ursachen, Gefahren und Bekämpfung des Terrorismus erwarten dürfen.

Was man bekam, war ein von Sympathie und Verständnis getragenes Porträt der Mörderbande. Während Unterstützung der gewalttätigen Untergrundbewegungen in Südafrika in der Mode ist, weil es dort unten keine so freihetlichen Verhältnisse gebe wie bei uns, werden die Leute in freundliche Farben getaucht, die unseren freihetlichen Rechtsstaat im Namen der kommunistischen Weltrevolution als "System" bezeichneten und bekämpften.

Der NDR unterließ bei der Ansage den Hinweis an die Zuschauer, daß es sich bei dem Autor um einen früheren Mitarbeiter der Ulrike Meinhof beim Linksmagazin "Konkret" handelt. Dieses Organ war schon vor Organisierung der Auerparlamentarischen Opposition von der "DDR"-Führung mit sechsstelligen Summen gekauft worden, um Protestmärsche gegen die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zu propagieren und Lehrlinge und Studenten aufzuwiegen. Gibt es im Deutschen Fernsehen tatsächlich niemanden, der dem Zwangszähler-Publikum die Umtriebe von Mörderbanden aus demokratischer Sicht darzustellen vermag? Oder darf nur ein Autor vom Schlage Aust das Thema behandeln?

SDI schreitet voran

Von Fritz Wirth

Was jahrelang selbstverständliche Routine schien, wurde am letzten Wochenende zu einem bedeutenden Ereignis: Der Nasa glückte in Cape Canaveral nach einer Serie schwerer Rückschläge in den letzten Monaten ein fehlerloser Raketenstart. Die Erleichterung und das Aufatmen über diesen Erfolg haben indes die wirklichen Dimensionen dieses Experiments ein wenig verschoben.

Das Ereignis dieses Schusses ins All war nicht das Fahrzeug, sondern die Fracht. Sie bestand aus zwei Forschungssatelliten, von denen einer als Angreifer und der andere als Ziel diente. Es war das bisher ehrgeizigste und mit 150 Millionen Dollar teuerste Experiment der amerikanischen SDI-Forschung. Und es war, wie zu erfahren ist, in buchstäblichem Sinne ein Volltreffer.

Das Bemerkenswerte: Das Experiment ereignete sich vor dem Hintergrund eines wachsenden rhetorischen Abwehrwalls von Kritikern, die dem SDI-Programm bescheinigen, daß sein Ziel und sein Anspruch technologisch unmöglich und undurchführbar seien. Niemand hat das bisher auf amerikanischer Seite ausgeschlossen. Das muß und darf aber noch nicht das Ende der Forschung bedeuten. Es liegt im Wesen der Forschung, sich ehrgeizige Ziele zu setzen. Dies wäre eine ärmere Welt, wenn die Wissenschaft sich mit eiligen Vorurteilen abfände.

Und genau das ist das Grundübel der gegenwärtigen SDI-Diskussion: Wenn die Forschenden zwar Zweifel, aber zugleich auch starke und begründete Hoffnungen haben, woher beziehen die Nichtforschenden ihre so undisputable Gewißheit vom Scheitern dieser Forschung? Sollten die Forschenden wirklich nur naiv und die angeblich Wissenden so unendlich weise und erfahren sein? Und außerdem: Wenn die kostspielige SDI-Forschung so nutzlos und vergeblich sein sollte, warum nehmen die Sowjets sie seit Jahren so verteuftelt ernst?

Es ist an der Zeit, in der SDI-Diskussion die Arroganz draußen vor der Tür zu lassen, ebenso wie die für einen Forscher unhaltbare These, daß nicht sein darf, was man nicht mag.

Partner Chirac

Von Peter Ruge

Das heutige Treffen des Bundeskanzlers mit dem französischen Premierminister in Paris trägt den seit den Parlamentswahlen im März veränderten Machtverhältnissen an der Seine Rechnung: Kohl begibt sich zu einer Höflichkeitsvisite zu Staatspräsident Mitterrand in den Elysee-Palast, danach folgt das eigentliche Arbeitsgespräch im Hôtel Matignon, mit Jacques Chirac. Eine Premiere also.

Zwischen Bonn und Paris war eine gewisse Unsicherheit in den letzten Monaten im Umgang miteinander spürbar. Für das Kanzleramt galt weiter, was seit Konrad Adenauer die deutsch-französische Zusammenarbeit bestimmte: Der Ansprechpartner in der französischen Hauptstadt ist der Präsident der Republik, für Helmut Kohl also der Sozialist François Mitterrand, der nach der Verfassung gewisse Vorrechte auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik besitzt.

Die Regierungsgeschäfte aber betreibt nun ein Gaullist. Jacques Chirac handelt nicht mehr wie seine Vorgänger im Auftrag des Präsidenten. Dennoch kam es in der Zwischenzeit sogar zu neuen Verabredungen des Kanzlers mit dem Staatschef über gemeinsame Projekte wie den Kampfhubschrauber oder für den im Herbst vorgesehenen Kulturpakt, zuletzt auf Schloß Rambouillet am 17. Juni. Doch der beiderseitige Wille ging ins Leere. Der Regierungsapparat Chiracs blockierte.

Daß die deutsch-französische Zusammenarbeit längst über den klassischen Bereich der Außenpolitik hinausgewachsen ist und unmittelbar in innerfranzösische Angelegenheiten hineingreift, ist eine regierungsmäßige Einschätzung in Paris, die die gewachsenen Bindungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bestätigt. Die Gaullisten sehen Partner in den Deutschen, ohne die nationale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Umweltschutz nicht zu lösen sind. Dies sollte den Kanzler ermutigen, die vertrauensvolle Erwartungshaltung Jacques Chiracs ohne Einschränkungen zu akzeptieren.

Die Mannschaft im Hôtel Matignon hat sich auf das Treffen mit dem Bundeskanzler sehr lange vorbereitet. Paris will ein Zeichen setzen, daß der in Routine erstarrte Umgang miteinander von neuem Schwung erfüllt ist.



„Ich war's nicht!“

KLAUS BÖHM

Chiles Tragödie

Von Werner Thomas

Beinahe wäre die fast dreizehnjährige Herrschaft General Pinochets am Sonntagabend abrupt zu Ende gegangen. Ein Mordkommando hat einen spektakulären Attentatsversuch veranstaltet, der das Leben von sieben Sicherheitsbeamten des Präsidenten von Chile forderte. Bei einem nächtlichen Fernsehauftritt sprach der sichtlich schockierte Staatschef eine zutreffende Erkenntnis aus: Das Terroristen-Problem sei schlimmer, als allgemein angenommen.

Er wiederholte dann aber die alten Argumente für die Rechtfertigung seines Machtanspruchs. In Chile finde „ein Krieg zwischen dem Marxismus und der Demokratie“ statt. Dem Volk bleibe nur die Alternative „Chaos oder Demokratie“. Damit will der General sagen, daß er die Demokratie verteidige. Nicht einmal frühere Anhänger und konservative Politiker wie der erste Junta-Sprecher Federico Wiloughby oder Andrés Allamand teilen diese Meinung. Pinochets Uneinsichtigkeit treibt die Nation immer tiefer in den Teufelskreis.

Der heute siebzehnjährige General hat seine Verdienste. Das konzedieren die meisten Chilenen, die sich an die drei chaotischen Volksfront-Jahre erinnern. Der Militärputsch des 11. September 1973 wurde von der Mehrheit des Volkes begrüßt. Anderslautende Behauptungen ausländischer Kritiker sind schlicht falsch. Auch die christdemokratische Partei und der damalige Erzbischof von Santiago, Kardinal Raul Silva Henriquez, später erbitterte Gegner des Pinochet-Regimes, sahen die Notwendigkeit einer Intervention der Streitkräfte gegen die bewaffneten Banden hinter Allende.

Die erste Phase der Militärdiktatur war blutig, wie man mittlerweile weiß. Aber das Land erlebte eine Periode der Stabilität und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Als der General 1980 über eine neue Verfassung abstimmen ließ, stand er auf dem Höhepunkt seiner Popularität. Das Gallup-Institut ermittelte in jenem Jahr eine Unterstützung von 70 Prozent der Bevölkerung. Die Verfassung garantierte dem General eine weitere Amtszeit bis 1989.

Seither haben sich die Verhältnisse in Chile geändert. Die Nation

schlitterte in eine wirtschaftliche Krise. Die zur Machtlosigkeit verurteilten Politiker wurden ungeduldig. 1983 begann eine Demonstrationswelle, die zu einer Eskalation der Gewalt führte. Die Protestaktionen werden von der Ungewißheit genährt: Niemand weiß, wie lange Augusto Pinochet noch regieren will. Nur noch bis 1989? Oder doch noch acht Jahre länger, wie das theoretisch möglich wäre? Der Präsident gibt zwielichtige Antworten auf die Frage nach seinen Zukunftsplänen.

Der innere Konflikt in Chile hat vor fast zwei Jahren alarmierende Dimensionen bekommen, als die kommunistische Partei mit der „Patriotischen Front Manuel Rodríguez“ (FPMR) den in relativ großem Stil organisierten bewaffneten Kampf eröffnete. Zwar existierte seit Ende der sechziger Jahre bereits die ebenfalls marxistisch orientierte „Bewegung der revolutionären Linken“ (MIR), aber die Rodríguez-Organisation verfügte über die besseren Kontakte zu Moskau und Havanna - und erhielt eine tatkräftige Hilfe.

Die gewaltigen Waffenfunde in den letzten Wochen (mehr als achtzig Tonnen) sind von Vertretern der Opposition gelegentlich als „Propagandamanöver der Regierung“ abgetan worden. Amerikanische Geheimdienstkreise urteilen anders. Washington ist zutiefst be-

sorgt über die chilenische Tragödie, weil die moderate Mitte durch den politischen Polarisierungsprozeß aufgegeben wird. Und weil neben den Streikkräften nun die linksextremen Kräfte Waffen tragen.

Allamand, der wohl profilierteste konservative Politiker, analysiert eine paradoxe Situation: „Pinochet und die Kommunisten brauchen einander.“ Der General verteidigt seine Herrschaft und die repressiven Maßnahmen seiner Regierung mit der kommunistischen Gefahr und dem linken Terror. Die Kommunisten rechtfertigen wiederum ihren Terror mit Pinochets repressiver Herrschaft. Der Unternehmer Orlando Saenz, als früherer Präsident des chilenischen Industriellen-Verbandes einer der schärfsten Gegner der marxistischen Volksfront-Regierung, sagte: „Pinochet hat die Kommunisten zu neuem Leben erweckt.“

Ähnlich denkt heute Präsident Reagans Lateinamerika-Strategie Elliott Abrams, der dafür plädierte, die lange von Washington praktizierte „stille Diplomatie“ aufzugeben. Die US-Regierung, die heute offen für eine baldige Rückkehr zur Demokratie plädiert, will jetzt zum ersten Mal Sanktionen anwenden und gegen Chile-Kredite der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank stimmen. Ob das etwas nützt, ist jedoch fraglich.

Über dem Land schwebt ein großes Fragezeichen. Will der General jetzt wieder mit - so frühere Drohungen - „harter Hand“ regieren, wie das der sofort verhängte Belagerungszustand zu signalisieren scheint? Will er jetzt erst recht über das Jahr 1989 hinaus durchhalten, um den marxistischen Feind niederzuringen? Oder sieht er ein, daß er seiner Nation, der freien Welt und sich selbst den besten Dienst erweist, wenn er den Terrorismus energisch bekämpft, aber gleichzeitig innerhalb der nächsten drei Jahre der Demokratie die Wege ebnet?

Wenn er das nicht tut, nimmt die chilenische Tragödie kein Ende. Und Augusto Pinochet wird als tragische, wenn nicht sogar als böse Figur in die Geschichte eingehen - wie so viele Männer, die sich zu lange an die Macht gekrallt haben.



Den Kommunisten wieder den Weg bereitet: Verletzter Pinochet nach dem Attentat im Fernsehen. FOTO: AP

IM GESPRÄCH Willi Hoss

Der Koalo-Bär

Von Diethart Goos

Es ist nicht zu hoch gegriffen. Wenn man das Votum der Grünen im Bundestag für ihr 1985 der Rotation zum Opfer gefallenes Mitglied Willi Hoss als Richtungsentscheidung einstuft. Hoss wurde am Wochenende zum Sprecher der Fraktion gewählt und wird dieses Amt aller Voraussicht nach über den Wahltag hinaus behalten. Denn der 57jährige Vorzeigarbeiter der Grünen hat gute Chancen, über die baden-württembergische Landesliste in den Bundestag zurückzukehren. Hoss hat wie Otto Schily innerhalb der Grünen-Bewegung zielstrebig darauf hingewirkt, die Zwangsrotation als unausweichliches Instrument über Bord zu werfen.

Nicht nur als ehemaliger Betriebsrat bei Daimler-Benz in Stuttgart gilt Hoss innerhalb der Grünen-Fraktion als Unikum. Er ist auch entschiedener Gegner jener Kräfte, die sich so gerne mit dem Kürzel „Fundis“ zieren, um damit zu dokumentieren, daß sie nur der reinen Lehre anhängen und jedes Bündnis mit der SPD ablehnen. Hoss hat sich, seit er 1979 in die Grüne Partei eintrat und 1983 in den Bundestag kam, immer als ein Vertreter der als Realos (für „Realisten“) beschriebenen Seite ausgewiesen. Hoss nennt sich sogar gerne „Koalo“, denn er will mit der SPD eine rot-grüne Ehe eingehen.

Sein wechselvoller beruflicher und politischer Lebensweg hat ihm die Einsicht vermittelt, daß auch die konkretutopischste Ideologie nichts taugt, wenn man zur Umsetzung keine Bündnispartner findet. Doch darf sich die SPD bei Grünen vom Schlage Hoss nicht im unklaren sein.

Sollte sich Johannes Rau, wenn es die Zahlen zulassen, von den Grünen zum Kanzler wählen lassen, werden sie ihm schon bald eine gepfefferte Rechnung präsentieren. Hoss hat sich nie für den Weg der politischen Mäßigung entschieden. Als Sech-



Ihm war die IG Metall nicht radikal genug: Hoss. FOTO: AP

zehnjähriger trat er bald nach Kriegsende in die Kommunistische Partei ein. Doch als die Sowjets am 21. August 1988 gemeinsam mit den Verbündeten des Warschauer Pakts in der CSSR einmarschierten und dem Prager Frühling ein gewaltsames Ende bereiteten, machte Hoss mit den Kommunisten der Moskauer Provinz offiziell Schluss. Zehn Jahre vagabundierte er durch die politische Linke, bis er bei den Grünen eine neue Heimat fand.

In seinem beruflichen Werdegang lauteten die Stationen im Anschluß an die Volksschule Landarbeiter und Verlagsangestellter. Schließlich wechselte er in das Metallfach und wurde Hochdruckschweißer. Als Ein- und dreißigjähriger ging Hoss zu Daimler-Benz und ließ sich zwölf Jahre später in den Betriebsrat wählen. Doch die IG Metall war ihm zu „unternehmerfreundlich“. Hoss und einige seiner Gesinnungsgenossen wurden aus der Gewerkschaft gefeuert. Als Unabhängiger kehrte er in den Betriebsrat zurück und wurde 1979 sogar freigestellt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Ausschläge vom Wochenende beschäftigen weiter die Medien:

HAARETZ

Beide Fälle reichen, um aller Welt klarzumachen, daß im Kampf gegen Terroristen kein Kompromiß in Frage kommt. Die pro-iranischen Hisbollah und die anderen verdienen das gleiche wie die PLO und ihre Anhänger. Eine politische Lösung in der Konfrontation mit ihnen gibt es nicht. (Tel Aviv)

LIBERATION

Das kann man schon Krieg nennen. Paradoxerweise ist dies der schwierigste Kampf für eine Demokratie, da ihre eigenen Prinzipien auf dem Spiel stehen. Das Schlimme ist, daß es eben keine andere Möglichkeit gibt. (Paris)

Frankfurter Allgemeine

Der Westen wird weiterkommen, wenn er den Impuls der jüngsten EG-Außenministerkonferenz nicht verpasst. Die Minister sind übereingekommen, daß ihre Länder künftig nach Terroranschlägen gemeinsam ermitteln wollen, und nicht nur jedes für sich. Warum ein solcher Beschluß erst im September 1986 möglich war, warum es dazu bei Anschlägen von Karatschi und Istanbul bedurfte, das gehört zu den Rätseln westeuropäischer Politik.

DONAU KURIER

Auch bei uns halten viele den Kampf von US-Präsident Reagan gegen den Terrorismus für eine gefährliche Marotte des „Law and order“-Sheriffs im Weißen Haus. Sie sollten

sich die Gewissensprüfung nicht ersparen, ob es wirklich besser ist, den Terrorismus weiterhin nur mit Worten statt mit Taten, auch wenn sie Opfer kosten, zu bekämpfen. (Ingolstadt)

Frankfurter Rundschau

Der Statistiker des USA in Nicaragua und die Terrorakte der Sowjetunion in Afghanistan machen deutlich, wie wichtig es wäre, zwischen den Blöcken einen neuen Weg zu finden.

die tageszeitung

Wir unterstützen den palästinensischen Befreiungskampf, solange wir eine gemeinsame Utopie hatten. Weil dort vom Sozialismus gesprochen wurde, von Freiheit, von einer besseren Zukunft. Diese Utopie ist im Schichtenalarm des bewaffneten Kampfes untergegangen. (Berlin)

Süddeutsche Zeitung

Den Amerikanern die Sache allein zu überlassen, wie es aus Verantwortungsscheu vor unangenehmen Maßnahmen bei den Europäern üblich geworden ist, trägt nur dazu bei, Washington in militärische Aktionen hineinzutreiben. (München)

Schwabwälder Bot

Nun blöken sie wieder, die Unschuldslämmer in Tripoli, Teheran und Damaskus. ... Appelle zur Mäßigung klingen gut aus der relativen Sicherheit Westeuropas, sie überlassen, daß die Prediger des Hasses nur eine Sprache verstehen, die der Gewalt (Oberndorf)

Läßt der Deutsche Juristentag sich wieder mißbrauchen?

Erfahrungen mit dem jahrelang betriebenen Unfug der „Abstimmungen“ / Von Henning Frank

Wenn der 56. Deutsche Juristentag heute nachmittag mit Reden von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Berlin Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen offiziell eröffnet wird, ist im Berliner ICC bereits eine wichtige Vorentscheidung über den künftigen Kurs der mit rund 8000 Mitgliedern größten fachübergreifenden Juristenorganisation der Bundesrepublik Deutschland gefallen.

In der Mitgliederversammlung des „Deutschen Juristentages e. V.“, der 1860 auf Vorschlag der Juristischen Gesellschaft in Berlin gegründet worden ist, werden am heutigen Vormittag dreißig Vertrauensleute gewählt. Von ihnen wird es nicht nur abhängen, wer 1988 die Nachfolge des Juristentagspräsidenten Professor Marcus Lutter (Bonn) antritt. Sie bestimmen mit der Neuwahl von sechs und der möglichen Wiederwahl von zwei weiteren Mitgliedern der vierundzwanzigköpfigen Ständigen Deputation, wie sich der Vorstand traditionsbewußt noch im-

mer nennt, auch den zukünftigen Kurs des Deutschen Juristentages - ob sachbezogene Arbeit geleistet werden kann.

Oder ob, wie Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, erneut versucht wird, in der Rechtspolitik zu neuen Ufern einer neuen Republik aufzubrechen.

Abgesehen davon, daß dieses „Gesetz-Unternehmen“ seinerzeit kläglich gescheitert ist: es hat auch dem Ansehen des Deutschen Juristentages außerordentlich geschadet. Das seit 1876 alle zwei Jahre tagende Juristenparlament wurde zu einem Tumultplatz der Parteien und Verbände degradiert. Verständlich, daß unter diesen Umständen seine Empfehlungen zur Fortentwicklung des Rechts nicht mehr das Gewicht der Beschlüsse früherer Juristentage hatten.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß sich die „Ständige Deputation“ bisher noch nicht dazu durchringen konnte, den Abteilungen vorzuschlagen, die mehrheitlich Beratungen nicht mehr mit einer ohnehin fragwürdigen Abstimmung über eine Beschlüßvorlage abzuschließen. Völlig unverständlich ist es, daß der seit 1988 als Sekretär des Juristentages fungierende Bonner Rechtsanwalt Felix Busse in einer als persönliche Meinung gekennzeichneten Pressemitteilung die neugeschaffene Abteilung Rundfunkrecht geradezu erniedert, trotz der großen Fülle der streitigen Fragen Beschlüsse zu fassen, „die die Neuordnung des Rundfunkwesens, insbesondere aber die Harmonisierung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen, erleichtern sollen“.

Acht Wochen vor dem in Bonn und in den Landeshauptstädten mit großer Spannung erwarteten Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes in dem von der SPD-Bundestagsfraktion gegen das Niedersächsische Landesrundfunkgesetz angestrengten Normenkontrollverfahren steht die rundfunkrechtliche Abteilung unter Vorsitz des Bonner Verfassungsrechtlers Fritz Ossenbühl ohnehin vor einer schier unlösbaren Aufgabe. Eine forcierte Antwort

auf die hier gestellte Frage, „in welcher Weise es sich empfiehlt, die Ordnung des Rundfunks und sein Verhältnis zu anderen Medien - auch unter dem Gesichtspunkt der Harmonisierung - zu regeln“, ist jedenfalls ohne Kenntnis der Karlsruhe Entscheidung, die am 4. November verkündet wird, nicht möglich.

Selbst auf die Gefahr hin, daß der Deutsche Juristentag ohne Beschlüsse nicht mehr soviel Schlagzeilen macht wie bisher, sollte er generell auf Abstimmungen verzichten. Insbesondere dann, wenn es um so umstrittene Themen geht wie die Sterbehilfe, die in der strafrechtlichen Abteilung beraten wird.

Auch die in den anderen drei Abteilungen aufgeworfenen Fragen lassen sich kaum zur Abstimmung stellen. Wie vielschichtig beispielsweise die in der zivilrechtlichen Abteilung unter Vorsitz des Celler Oberlandesgerichtspräsidenten Harald Franzi zur Beratung stehenden rechtlichen Probleme der künstlichen Befruchtung

bei Menschen sind, hat sich nicht nur auf den rechtspolitischen Kongress der CDU in Karlsruhe und der SPD in Essen, sondern auch bei den Bitburger Gesprächen Anfang des Jahres gezeigt.

Gerade die Mitglieder der „Ständigen Deputation“ wissen aus leidvollen Erfahrungen, von welchen Zufälligkeiten, vor allem: welchen Einflüssen bestimmter rechtlich mobilisierter Interessengruppen solche Abstimmungen abhängen können. Das ist insbesondere in der Abteilung Umweltrecht zu befürchten, falls dort über das Stichwort Ausbau des Individualschutzes gegen Umweltbelastungen als Aufgabe des bürgerlichen und des öffentlichen Rechtes abgestimmt wird, aber auch in der arbeits- und sozialrechtlichen Abteilung zum Stichwort Neuordnung der Verteilung des Schadenersatzes bei selbstständiger Arbeit.

Der Deutsche Juristentag kann auch ohne formale Beschlüsse einen Beitrag zur Rechtspolitik leisten. Er hat das mit seinen Podiumsdiskussionen schon unter Beweis gestellt.

Die Lady lebt mit Robotern und der Lederschere

Sie ist 75 Jahre alt, „Lady Emily“ Symbol für Luxus, für Zuverlässigkeit, für British Life. An ihrem 76. Geburtstag kämpfte die Dame noch mit häßlichen Flecken auf dem Firmen-Image. Doch heute strahlen Rolls-Royce und die Lady wie eh und je.

Von HEINZ HORMANN

Auf einer saftigen Wiese am nördlichen Stadtrand von London grasen zwei Dutzend schwarz-weiß gefleckte Kühe. Das idyllische Bild wird nur durch den langgestreckten Backsteinbau einer mehrstöckigen Fabrikhalle gestört. Auf dem Dach flattert der Union Jack.

Hier werden die seltenen der edelsten Autos der Welt gefertigt, das Rolls-Royce-Cabriolet Corniche und jährlich ganze drei der zwei Meter hohen Staatskarossen vom Typ Phantom. Was die beiden unterschiedlichen Eindrücke auf engstem Raum miteinander verbindet: 14 bis 16 dieser Kühe, deren Weiden kein Stachelndraht umzäunt, damit die Tiere sich nicht verletzen, sind nötig, um die weichen Sitze und die Leder-Verkleidung eines einzigen Phantom IV zu fertigen.

In den Werkshallen auf drei Ebenen sieht es aus wie in einer Tüftlerwerkstatt im Hinterhof. Vögel flattern durchs offene Fenster und werden gefüttert. Aus Lautsprechern dröhnt Elton John. Von der Decke ranken Hängepflanzen. Nicht die Spur von Akkorddruck und Arbeitszwang. Jeder Facharbeiter absolviert sein Pensum eigenverantwortlich. Traumvorstellung moderner Betriebs-Psychologen.

Die Arbeitsmethoden passen nicht ins Bild von heute. Sie sind noch wie in der Zeit um die Jahrhundertwende, als Henry Royce aus Manchester und Charles Stewart Rolls die ersten Zehn-PS-Autos bauten und verkauften.

Das Leder wird immer noch mit der Schere zurechtgeschitten, das Chassis von Hand geschweißt, der Motor Schraubchen für Schraubchen zusammengebaut. Hingegen voll wie eh und je verarbeiteten Spezialisten italienisches Walnutholz zu feingemasterten Armaturenbrettern, werken Kunstschmiede einen ganzen Tag an den Säulen eines Kühlergrills. Fließbänder und Maschinen gibt es nirgendwo. Den Gipfel an Automation erreichte die Karosserie-Abteilung, wo handgeschnittene Alumi-

um-Bleche über einen Holzrahmen gebogen werden: Da betätigt der Spezialist wahrhaft eine mechanische Hebelpresse, um ein Karosserieteil zu falzen – über Fußpedale.

Doch Emily, die fliegende Lady, die verkaufsfördernde Kühlerfigur „Spirit of Ecstasy“, scheint in Geburtstagslaune über solche modernen Auswüchse hinwegzusehen. Die ewig junge Schönheit wird in dieser Woche 75.

Sie hat andere Probleme, denn es ist ebenso wenig selbstverständlich wie handgearbeitete Autos in der zweiten Hälfte der 80er Jahre an sich, daß bei unseren Sicherheitsbestimmungen auf der Motorhaube eine massive Metallfigur montiert sein darf. Gibt es da keine Schwierigkeiten mit Behörden in den Exportländern? Dick Perry, der Firmenchef, nickt zustimmend: „Oh, yes, natürlich. In der Schweiz beispielsweise wird die Emily nur in Seidenpapier verpackt im Handschuhfach angeliefert. Für Deutschland und die anderen EG-Länder wurde eigens ein Tauchmechanismus entwickelt.“ Schon beim leisen Antippen verschwindet die Galkonstruktur durch Federzug im Kühler-Tempel.

Böse Zungen behaupten, daß der Rolls-Kundschaft das edle Flügel-Mädchen (Gesatzpreis 1700 Mark) schon die Hälfte des Kaufpreises von ein paar hunderttausend Mark wert sei. Chairman Richard Perry, Jahrgang 1929, Oxford-Absolvent und vor acht Jahren von Austin zur Nobel-Schmiede gewechselt, mag da nicht widersprechen. „Die Figur verkörpert unsere Tradition, poliert das Image auf und ist ein Teil der Marketing-Strategie“, sagt er.

Zu diesem Bild gehört wohl auch die Wiederholung der Erkenntnis, die besten Autos der Welt zu bauen. Ob Mr. Perry das tatsächlich glaubt? Der Vorstandsvorsitzende fühlt sich nicht sonderlich wohl. Englische Journalisten hätten diesen Spruch geprägt, schränkt er ein, führt dann aber aus: „Natürlich können die recht haben, doch das gilt sicherlich nicht für jeden Aspekt.“ In der Summe aller Eigenschaften gebe es wohl kein besseres Fahrzeug.

Die Qualitätseinbrüche vor ein paar Jahren sind heute vergessen. Wie war die Panneperiode zu erklären? Nun, die sei durch das Bestreben gekommen, die Fertigungskosten schnell zu erhöhen; zu schnell. Da habe es eine Menge Probleme gegeben. Wie die aussahen, damit beschäftigen sich ganze Sammlungen von historischen Extrembeispielen. Da blieb



Emily, die fliegende Lady von Rolls-Royce, feiert Geburtstag

ein Rolls bei einer Überführungsfahrt zum Kunden liegen und ein Scheich bestellte gleich fünf, weil er die Panneanfälligkeit mit einkalkulierte.

Heute sei die Qualität wieder makellos, geht Mr. Perry über die Schmach der schlechten Jahre hinweg. 1985 baute das Unternehmen 2500 Autos, in diesem Jahr werden es ein paar mehr. Lieferzeiten zwischen vier Monaten und einem Jahr (Phantom) sind die Regel. Nach wie vor können Kunden persönliche Wünsche in der Ausstattung umsetzen lassen. Allerdings nicht mehr an der Linienführung der Karosserie.

Der allgemeine Automobiltrend zum Komfort, Luxus und Größe, auf den vor allem die deutschen Marken Mercedes und BMW konzentriert reagiert haben, läßt keine Angst vor Konkurrenz aufkommen, sondern verbietet auf der Insel eher Zufriedenheit. Das sei die Konjunktur, die das Klima schafft, in dem das Rolls-Geschäft gedeiht. Zwischen 1978 und 1983 war das anders. Da geriet die britische Firma durch die Taifahrt der Verkaufszahlen (von 3700 auf 1900) in finanzielle Schwierigkeiten. Es gab erste Entlassungen, und um zu überleben, verband sich Rolls-Royce mit der Vickers-Gruppe, einem weitgefächerten privaten Firmenkonglomerat, das Turbinen, Motore, medizinisches Gerät, aber auch Panzer und Raketen herstellt. Seitdem ist der Bestand gesichert, ohne daß, wie Perry betont, irgend jemand von Vickers in die Unternehmensleitung und die Konzepte hineinkam.

Um in Zukunft profitabel sein zu können, geht die Automobilindustrie weltweit dazu über, noch mehr Roboter ans Band zu stellen und Computer arbeiten zu lassen. Wie will Rolls-Royce sich in den nächsten Jahrzehnten durch den Engepaß Automation und Handarbeit durchmanövrieren? Perry hat da klare Vorstellungen: „Wir können im Geschäft bleiben und auch ohne Automatisierungen verdienen. Natürlich gibt es im Werk, wo Silver Spirit und Spur hergestellt werden, einige Automaten.“

„Wir werden“, sagt Perry, „zu weiteren flexiblen Herstellungsverfahren übergehen, aber nur dort, wo sie angebracht sind. So werden Roboter in Lackierereien genutzt, weil das eine

Qualitätsverbesserung gegenüber der Handarbeit ist. Auch bei Grundrührarbeiten, die für Menschen durch Material und Dämpfe oft gesundheitsschädlich sind, werden wir automatisieren. Es wird aber niemals Pläne geben, solche Anlagen einzurichten, um das Herstellungsvolumen zu erhöhen.“

Die Entwicklung von neuen Technologien ist sehr kostenintensiv. Mit Kooperationen versuchen die meisten Hersteller das Problem in den Griff zu bekommen – Rolls auch? „Die Firmenleitung lehnt jetzt und in Zukunft die gemeinsame Produktion von Teilen ab, weil es das edle Fahrzeug verwässert“, versichert Perry entschieden. Er setzt aber auf den Austausch von Know-how und den Ankauf von Ingenieurleistungen. So erwarb man das ABS-System von Bosch und läßt Fahrwerkdetails außer Haus entwickeln.

Seit die zweite Marke im Unternehmen, Bentley, einen starken Aufschwung nimmt, wird sie als sportliche Zweig des Gesamtunternehmens gezielt weiter ausgebaut.

In der Chefetage ist vor einiger Zeit ein bemerkenswerter Entschluß gefaßt worden. Jedes Mitglied der treuen Belegschaft – sie legte im ehemals chronisch streikgeschüttelten Großbritannien nur einmal in zehn Jahren die Arbeit nieder – soll endlich einmal in seinem Leben in einem Rolls fahren dürfen. Sie soll selber beurteilen können, ob das Ticken der Uhr wirklich das lauteste Geräusch im Wageninneren ist, wie es die Werbung seit Jahren verkündet. Für diese Aktion hat das Management einen Silver Spirit mit Fahrer bereitgestellt, der jeweils drei Mitarbeiter zwei Stunden lang über Land chauffiert – während der Arbeitszeit.

Zufriedenheit und Optimismus sind Trumpf im 75. Jubiläumsjahr der „fliegenden Lady“. Offizielle Geburtstagsfeiern gibt es von Firmen- und Privatside. Doch die Vertreter der Dame organisieren Birthday-Parties. So hat ein Fürst aus Malaysia, der seinen halbfertigen Phantom im Werk beschickte, alle 102 Mitarbeiter, die an diesem Fahrzeug arbeiten, zu einem Abendessen eingeladen. Zum Dessert gab es eine Emily aus Eis.

Die Energielücke verdrängt die Angst vor dem Atom

Die Gegner der Kernenergie sind auch nach Tschernobyl in der „DDR“ in der Minderheit. Vor allem die Sorge um Energieelken und ihre wirtschaftlichen Folgen für das tägliche Leben überlagern die Ängste vor dem Atom.

Von FRITZ PREUSS

Kennen Sie unsere Partnerstadt von Tschernobyl? fragt der Installateur Peter F. den Westbesucher in Leipziger Traditionstraßen, „Auerbachs Keller“. Als dieser erwartungsvoll verneint, kommt die Kalauer-Antwort: „Na, natürlich Stralsund!“ Und sofort schiebt ein anderes Mitglied der Kneipenrunde ein gereimtes Zynismus nach: „Fällt ein Russe tot vom Traktor – Gorbatchow sucht den Reaktor!“

Auch Monate nach dem Reaktor-Unglück bleibt das Thema Atomenergie in der „DDR“ aktuell. Aber aus ganz anderen Gründen, als man das in der Bundesrepublik vermuten würde. Wie man hört, hat die Regierung in Ost-Berlin zunächst einmal veranlaßt, zwei ihrer Reaktoren vorübergehend stillzulegen. Da ist erstens das bislang einzige rein industriell genutzte Kernkraftwerk der „DDR“ in der Nähe von Greifswald mit einer Gesamtleistung von 1760 MW. Aber auch der Forschungsreaktor des Zentralinstituts für Reaktorforschung bei Dresden mit der vergleichsweise bescheidenen Leistung von acht MW soll zur Sicherheitsüberprüfung abgeschaltet werden sein.

Zwölf Prozent Energie aus Kernkraftwerken

Für die „DDR“, die nach offiziellen Angaben zwölf Prozent ihres Energiebedarfs aus Kernkraftwerken deckt, hat das unmittelbare Folgen. Wenn die vorliegenden Informationen stimmen, ist zur Zeit nur noch das seit 1966 arbeitende Kernkraftwerk Rheinsberg (nördlich Berlins) mit einem 70-MW-Reaktor voll in Betrieb. Dieser – wie alle „DDR“-Atomenergie-Anlagen – aus der sowjetischen Technologie stammende Druckwasser-Reaktor dient freilich auch Forschungs- und Ausbildungszwecken.

Die Menschen in der „DDR“ beschäftigen dieses Thema aus ganz pragmatischen Gründen. Ein Betriebsleiter aus Jena erzählt überraschend freimütig: „Wir haben bereits Notpläne für den kommenden Winter erhalten. Unterhalb Temperaturen von sieben Grad minus müssen energieintensive Betriebe ihre Produktion einstellen oder zurückfahren und auf die Wochenenden ausweichen, um den Spitzenbelastungen aus dem Wege zu gehen.“

Das würde mit Sicherheit die ohnehin klapprige Planwirtschaft noch mehr durcheinanderbringen und die Produktion verteuern: „An Samstagen bekommen wir 25 Prozent und an Sonntagen 50 Prozent mehr Lohn. Da kann man die nächsten Preisteigerungen schon absehen.“ Ohnehin beklagt man sich über massive Preiserhöhungen der letzten Monate. Zwar subventioniert der Staat nach wie vor die Grundnahrungsmittel mit 76 Prozent. Dafür greift er seinen Bürgern vor allem bei höherwertigen Konsumgütern und beim Lieblings-Spielzeug, dem Auto, kräftig ins Portemonnaie. In der Pause einer Theatervorstellung in Ost-Berlin erzählt ein Oberschul-Lehrer: „Vor dem 1. Juli kostete eine Lichtmaschine für den ‚Trabi‘ noch 180 Mark, jetzt – Sie werden es nicht glauben – muß man dafür 2300 Mark bezahlen. Eine beheizbare Heckscheibe war bisher für 30 Mark zu haben, jetzt kostet sie 180 Mark. Wenn man überhaupt eine kriegt.“

So gern und heftig man über die Regierung schimpft, in bezug auf die Kernenergie folgen ihr weite Kreise der Bevölkerung fast bedingungslos. Zwar druckte „Neues Deutschland“ ungekürzt die Erklärung Gorbatchows zu Tschernobyl ab, worin dieser einräumte: „Man darf sich nicht in Ruhe wiegen!“ Und worin er den „außerordentlichen und gefährlichen Charakter“ dessen, was in Tschernobyl geschehen ist, ausgab.

Auch hat zwar „Neues Deutschland“ in einem eigenen Beitrag geschrieben: „Wie jeder Wissenschaftler und Techniker weiß, läßt sich bei komplizierten technischen Systemen keine absolute Sicherheit erreichen.“ Aber die Menschen hier, sonst gewitzt, das kleinste Zeichen von offizieller Unsicherheit aus den Zeitungen herauszulesen, stehen der Kernenergie nach wie vor betont gelassen gegenüber.

„Ihr da draußen seid doch alle hysterisch“, sagt ein LPG-Schlosser in Groß-Körbitz (Bezirk Potsdam). Und er fügt hinzu: „Auch bei uns sind paar dagegen. So Kirchentypen und intellektuelle. Aber unter den Arbeitern werden Sie kaum welche finden, die sich groß aufregen.“ Und der

Rentner Alfred S. lacht sich über das West-Fernsehen halb tot: „Die latschen wohl in atomfreien Filzpanzern ins Studio?“

Nein, eine WAA-Demo bekäme man hier schwerlich zusammen. „So wenig wie bei der Kernkraft passiert“, sagt Feriengast Erwin R. aus Dresden, „da müssen Sie aber erst mal einen anderen Industriezweig nach suchen.“

Die Menschen in der „DDR“ haben ganz andere Dinge vor Augen. Alfred S.: „Ich werde es ja nicht mehr erleben, aber im Jahr 2020 ist unsere Braunkohle alle. Das Öl, für das wir unseren großen Bruder Weltmarktpreise bleichen müssen, können wir nicht bezahlen. Und ewig reichen tut das ja auch nicht.“

Die Braunkohle ist der größere Feind

Und noch ein anderer Aspekt veranlaßt die Leute, der Kernkraft eher positiv gegenüberzustehen. In Cottbus, wo zur Zeit bis auf in der Spreewald noch die großen Braunkohlen-vorräte lagern, zeigt ein Bauarbeiter auf die Linden, die eine einst hübsche Allee säumten: „Gucken Sie mal, wie die aussehen.“

Und in der Tat, das Baumsterben hat vor allem in den Industriegebieten längst die Städte überfallen. Kaum noch ein Baum in der besagten Allee, der nicht wenigstens einen kahlen Ast hat. Die Häuser, ob in Dresden, Borna oder Cottbus, sind rußgeschwärzt. In Lauchhammer zum Beispiel kann man nachts vor Gestank nicht mehr das Fenster öffnen. „Braunkohle“, sagt lakonisch die Wirtin des kleinen Hotels, „da ist mir Atomstrom noch lieber!“

Wenn es überhaupt etwas gibt, was die Mehrheit der „DDR“-Bürger in puncto Kernenergie erboht, dann ist es dies: Im Süden der „DDR“, jetzt bis in den Bezirk Dresden vorgedrungen, wird weiterhin Uran abgebaut. Dies aber geschieht unter der Oberhoheit einer sowjetischen Aktiengesellschaft, und das Uran wird – laut Staatsvertrag – auch 40 Jahre nach Kriegsende als Reparationsleistung transferiert. „Von dort können wir es“, beschwert sich Diplomingenieur Jürgen L. aus Frankfurt/Oder für seine Devisen wieder zurückimportieren.“

Erich Honecker hat auf dem letzten SED-Parteitag angekündigt, bis 1990 werde die „DDR“ den Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung auf 15 Prozent steigern. An diesen Plänen hat sich auch nach Tschernobyl nichts geändert. Das Kraftwerk Greifswald wird, wenn es wieder ans Netz geht (was noch vor dem Winter der Fall sein soll), systematisch weiter ausgebaut. Bis 1990 um vier weitere Reaktorblöcke.

In Stendal arbeitet man derweil an einem ganz neuen Großprojekt, das mehrere 1000-MW-Reaktoren erhalten wird.

Auch hier dürfte Honecker bei der Bevölkerung wenig Schwierigkeiten haben. „Wir müssen ja auch für die Energieausfälle der Sowjetunion wegen Tschernobyl geradestehen. Gegenwärtige Wirtschaftshilfe nennt man das hier. Und ihr streckt eure Füße ins warme und jammert, daß ihr nicht ohne Kernkraft frieren dürft“, so eine Stimme.



Kernkraftwerk Rheinsberg: Druckwasser-Reaktor mit sowjetischer Technologie FOTO: XRGES



Die Gründer und der Enkel: Charles Rolls, Chairman Richard Perry und Sir Henry Royce (v.l.n.) FOTOS: IV-REPORT

Leute, die sich auskennen, buchen den traumhaften Service.

Den Regal Imperial Service in der First und Executive Class.

Gute Planung und ein passendes Flugangebot sind entscheidende Kriterien zum Erfolg Ihrer USA-Geschäftsreise. Northwest Orient Airlines bietet Ihnen wöchentlich 9 Flüge ab Frankfurt nach Boston und Minneapolis/St. Paul. Anschlußflüge gibt es am gleichen Tag in über 40 Städte der USA. Zusätzlichen Komfort und Luxus genießen Sie mit dem einzigartigen Regal Imperial Service; den wir in First und Executive Class anbieten.

Dieser Service beinhaltet unter anderem eine Auswahl erlesener Menüs, Spitzenweine, internationale Cocktails, freie Sitzplatzwahl im voraus und separate Abfertigungsschalter. Darüber hinaus können Sie sich vor und zwischen den Flügen in unseren exklusiven Top Flight Lounges verwöhnen lassen. Im Oberdeck unserer 747 Jumbo-Jets stehen 16 bequeme Liegesessel zur Verfügung. Regal Imperial Service. Exklusivität zum attraktiven Preis.

People who know...



NORTHWEST ORIENT

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem Reisebüro oder direkt von Northwest Orient Airlines, Frankfurt: Tel. 069/23 43 44 u. 23 08 31, Zürich: Tel. 01/2 51 20 00, Wien: Tel. 02 22/5 12 87 09

Frankfurt • Amsterdam • München • Billings • Birmingham • Boston • Bremen • Brüssel • Chicago • Cleveland • Dallas • Denver • Detroit • Edmonton • Fargo • Fort Lauderdale • Fort Myers • Ft. Worth • Grand Forks • Grand Rapids • Grand Falls • Helena • Hollywood • Honolulu • Kansas City • Las Vegas • Los Angeles • Madison • Miami • Milwaukee • Minneapolis • Montreal • New York • Newark • Omaha • Orlando • Philadelphia • Phoenix • Portland • Rochester • St. Louis • St. Paul • St. Petersburg • San Diego • San Francisco • San Jose • Sacramento • Seattle • Spokane • Tacoma • Tampa • Tucson • Washington D.C. West Palm Beach • Winnipeg • Europe ... und Fernost



FDP-Frauen wollen Öffnung der Bundeswehr

A. E. Bonn

Die Frauen in der FDP gehen beim Thema „Öffnung der Bundeswehr für den freiwilligen Dienst von Frauen“ in die Offensive. Auf ihrem Kongress in Erlangen faßten sie einen entsprechenden Bescheid, zu dem FDP-Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwartz gestern gegenüber der „Neuen Ruhr Zeitung“ meinte, daß „sich viele Frauen aktiv an der Verteidigung der Bundesrepublik beteiligen wollen“. Die Initiative bei den Freien Demokraten ging von der Nachwuchsorganisation „Junge Liberale“ aus, denn die „Julis“ boxten die Bundeswehr-Öffnung für Frauen auch im FDP-Parteivorstand durch.

In einer Anfrage beim Bonner Verteidigungsministerium erfuhr „Julis“-Chef Guido Westerwelle, daß sich bisher mehr als 12 000 Frauen mit Anfragen und Bewerbungen an die Hardthöhe gewandt haben.

Frauen in Uniform gibt es in der Bundeswehr seit 1975. Sie dürfen seitdem bereits freiwillig als Sanitäts-offiziere (Ärztinnen und Apothekerinnen) dienen. SPD-Verteidigungsminister Georg Leber hatte mit dieser „ersten Öffnung“ damals versucht, den Mangel der Bundeswehr an Militärärzten zu beheben.

Neuer Prozeß in Stammheim

rt, Stuttgart

Vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) in Stuttgart-Stammheim hat gestern der Prozeß gegen den 30-jährigen Karl-Friedrich Grosser begonnen. Die Bundesanwaltschaft wirft dem Angeklagten Mitgliedschaft in der „Roten Armee

Wollen Sie Ihre Berufs-Chancen anderen überlassen?

Kaufen Sie sich jeden Samstag den großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte in der WELT

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Fraktion“ (RAF) und einen Raubüberfall vor. Grosser war bereits 1982 wegen Unterstützung der RAF zu drei Jahren Haft verurteilt worden.

Staatsschutz-Chef als Polizeidirektor

irk, Berlin

Der frühere Chef des Berliner Staatsschutzes, Manfred Kittlaus (SPD), soll neuer Landespolizeidirektor der Stadt werden. Innenminister Wilhelm Kewenig (CDU) entschied sich am Wochenende für diese „Binnen-Lösung“ zugunsten des erfolgreichen Bekämpfers zahlreicher terroristischer Aktivitäten in der Stadt. Kittlaus amtiert zur Zeit als Chef der Kriminalpolizei an der Spree. Der bisherige Landespolizeidirektor Kleineldam (CDU) war kürzlich gestorben.

Verwirrung um Ausstiegslinie

dpa, Bonn

Die Grünen im Bundestag halten an ihrer Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie fest. Dies stellte die Fraktion gestern in einer Presseerklärung fest, nachdem es auf Grund von Äußerungen des neuen Vorstandssprechers Willi Hoss vor der Presse zur Verwirrung über den Standpunkt der Grünen gekommen war. Hoss hatte eine Annäherung an die SPD signalisiert, in dem er von einem „schnellen Ausstieg“ innerhalb von zwei Jahren gesprochen hatte.

Polizist noch in Lebensgefahr

AP, Wackersdorf

In Lebensgefahr schwebte gestern noch immer einer der sechs beim Absturz eines Polizeihubschraubers in Wackersdorf verletzten Beamten. Der Helikopter war am Sonntagabend in unmittelbarer Nähe des Baugebietes der umstrittenen Wiederaufarbeitungsanlage für Atomabfälle bei der Verfolgung eines militanten Kernkraftgegners mit einem Schienenbus zusammengestoßen und abgestürzt. Der Sachschaden beträgt nach ersten Schätzungen 2,5 Millionen Mark.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Said mehr Ruhe über deutschen Landen? Phantoms beim Start FOTO: JÜRGEN ENGELS

Der „Export“ von Fluglärm in die Türkei stößt auf Schwierigkeiten

Ankara stellt harte Bedingungen für ein Tiefflugzentrum / Neues Angebot von Kanada

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Ob sich die Hoffnung der Bundesregierung realisieren läßt, noch mehr Lärm tieffliegender Kampflugzeuge aus der Bundesrepublik „exportieren“ zu können, ist gegenwärtig noch offen. Der Plan, in der Türkei ein Übungszentrum für Tiefflug und Waffeneinsatz für die Flugzeugführer aller NATO-Staaten einzurichten, stößt nach dem jetzigen Verhandlungsstand auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Trotzdem ist die Bundesregierung optimistisch, daß die nächste Konferenz der NATO-Verteidigungsminister Anfang Dezember in Brüssel den Weg für das „Projekt Konya“ freigeben wird. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, der für die Hardthöhe die Verhandlungen steuert, sagte der WELT, alle Beteiligten hätten durch die Errichtung dieses Übungszentrums letztlich einen Nutzen. Deshalb werde es sich wohl realisieren lassen.

Vorgesehen ist, in der Nähe von Konya, einer Stadt südlich von Ankara auf dem halben Wege zur Mittelmeerküste gelegen, ein „Tactical Fighter- und Weapon-Training-Center“ zu bauen. Die Türkei ist vor allem aus wirtschaftlichen Gründen an dem Projekt interessiert. Sie hofft auf Investitionsmittel sowie zusätzliche Arbeits- und technische Ausbildungsmöglichkeiten für die Bevölkerung Anatoliens, einer Region der NATO, die zu wirtschaftlich am wenigsten entwickelten in der Allianz zählt. Die das „Projekt Konya“ behindern-

den Faktoren sind zweifacher Natur. Zum einen stellt die Türkei Bedingungen, die in Bonn als nicht akzeptabel gelten. Zum anderen hat Kanada ein Konkurrenzangebot offeriert und dem Bundesverteidigungsministerium vorgeschlagen, die von der deutschen Luftwaffe sowieso schon für Tiefflugübungen genutzte kanadische Basis Goose Bay in Labrador zu einem größeren Übungszentrum auszubauen.

Obwohl eine Expertengruppe der NATO im Vergleich zwischen Konya und Goose Bay dem türkischen Angebot den Zuschlag gab, möchte sich Kanada mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben und fordert nach Vorlage einer verbesserten Offerte eine Neubewertung. Sie soll in der kommenden Woche in einer neuen Sitzung der Expertengruppe abgegeben werden. Känner der Materie erklärte aber schon vorher, daß die Chancen Kanadas kaum gestiegen seien. Das Land solle sich damit zufrieden geben, daß Goose Bay im bisherigen Rahmen auch künftig als Tiefflugzentrum genutzt werde. Für Bonn sei es wichtig, ein sehr viel größer angelegtes Trainingszentrum gewissermaßen „vor der Haustür“ europäischer Bodens zur Verfügung zu haben.

Ob das gelingt, hängt jedoch von der türkischen Bereitschaft zum Einlenken ab. Bisher zeigte sich der türkische Luftwaffen-Oberbefehlshaber bei einem Besuch in Bonn nur geneigt, für die Tiefflug-Übungen von NATO-Flugzeugen über der Türkei bestimmte Schneisen und einen rela-

tiv kleinen Luftraum freizugeben. Darauf aber will sich die deutsche Seite nicht einlassen und sagt, damit wäre eine ähnliche Lage wie in der Bundesrepublik für die Flugzeugführer geschaffen, wo sie aufgrund der Enge das überfliegene Gelände sehr schnell kennen und damit der Ausbildungswert der Tiefflüge sinkt.

Als weitere Schwierigkeit für das „Projekt Konya“ kommt aus deutscher Sicht die Finanzfrage hinzu. Nach bisher vorliegenden Berechnungen dürfte der Bau des Übungszentrums Mittel zwischen 600 Millionen bis zu einer Milliarde Mark erfordern. Sollte der Bau des Zentrums aus NATO-Mitteln im Rahmen des Infrastrukturprogramms finanziert werden, muß Bonn mit dem üblichen Anteil von 26,4 Prozent rechnen. Dieses Geld – bis zu 250 Millionen Mark – steht aber dem Vernehmen nach in der Finanzplanung des Verteidigungsministeriums noch nicht zur Verfügung. Vor der Dezember-Entscheidung der NATO-Verteidigungsminister müßte der Bonner Finanzminister demnach eine generelle Zusage für die Aufstockung der mittelfristigen Finanzplanung der Hardthöhe geben.

Bonn möchte auch wegen der Pflege der traditionellen guten Beziehungen zur Türkei im Auftrag der NATO den Aufbau des fliegerischen Übungszentrums bei Konya organisatorisch steuern. Eine weitere Schwierigkeit übersieht man am Rhein dabei nicht: Griechenland wird sich querlegen.

Genscher trifft in Budapest Kadar

Co, Bonn

Bundesaußenminister Genscher wird am Montag nächster Woche in Budapest mit dem ungarischen Parteichef Kadar und anderen Mitgliedern der ungarischen Führung zusammenreffen. Offizieller Anlaß seiner Reise ist die Teilnahme an der Einweihung des ersten SOS-Kinderdorfes im Ostblock am kommenden Wochenende. Daß Genscher bei dieser Gelegenheit auch ungarische Spitzenpolitiker sprechen kann, hält er gerade angesichts der gegenwärtigen ungewissen Lage zwischen West und Ost für politisch nützlich. Bei seinem jährlichen UNO-Besuch Ende des Monats wird Genscher in New York auch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse und sämtlichen anderen osteuropäischen Außenministern zusammenkommen.

Kohl erwartet Frau Thatcher

Co, Bonn

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher wird am Dienstag nächster Woche zu Konsultationen mit Bundeskanzler Helmut Kohl nach Bonn kommen. Zu ihrer Begleitung werden die Minister für Auswärtige, Verteidigung, Technologie und Umwelt gehören. Am Tag darauf will Frau Thatcher gemeinsam mit Kohl britische Truppeneinheiten in Fal-lingbowl und Sennelager besuchen. Die letzten regulären deutsch-britischen Konsultationen, die eigentlich alle sechs Monate stattfinden sollten, hatte es im November 1985 in London gegeben. Die Premierministerin und der Kanzler haben sich allerdings auch in der Zwischenzeit getroffen: auf dem Europagipfel in Den Haag und beim Weltwirtschaftsgipfel in Tokio.

FDP will mehr Stimmen als 1983

D.G. Bonn

Mit dem Slogan „Mut zur Zukunft“ ziehen die Freien Demokraten in den Bundestagswahlkampf. FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann äußerte sich optimistisch darüber, daß seine Partei das Ergebnis der letzten Bundestagswahl von sieben Prozent verbessern werde. Eindeutig bekannt sei Haussmann nach der gestrigen Präsidentschafts- und Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU nach dem 25. Januar 1987. Im Wahlkampf wollen sich die Liberalen verstärkt um Wählerstimmen der jungen Generation und der Frauen bemühen. Eine feste Frauen-Quote bei der Mandats- und Amtsvergabe lehnt die FDP ab. Die Frauen sollten aber entsprechend ihrem 25-Prozent-Anteil in der FDP bei Parlamentssitzen berücksichtigt werden.

„Beziehungen zu Moskau haben sich verbessert“

rnc, Bonn

Nach der Reise von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vergangenen Juli nach Moskau beleben sich nach 14-jähriger Pause auch die Kontakte von Parlamentariern aus der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion neu. Eine deutsche Gruppe von Abgeordneten kam gestern mit dem Eindruck zurück, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern künftig positiv entwickeln könnten. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Helmut Schäfer, der die Gruppe leitete, sagte vor Journalisten, das Klima der Gespräche habe sich seit dem letzten Besuch sowjetischer Repräsentanten sehr verbessert. Zu diesem Urteil kamen Schäfer und mit ihm der CSU-Bundestagsabgeordnete Alfred Biele vier Jahre nach Beginn der Stationierung westlicher Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Dies war damals von Moskau zum Anlaß für die Drohung genommen worden, in den deutsch-sowjetischen Beziehungen stehe eine „Eiszeit“ bevor. Biele, der im Bundestag dem Verteidigungsausschuß vorsitzt, berichtete, es sei auch über die Möglichkeit eines Besuchs dieses und anderer Ausschüsse des Bundestages in der Sowjetunion gesprochen worden. Beide Politiker meinten, ihre sowjetischen Gesprächspartner hätten erklärt, sie wollten nicht, daß die Bundesrepublik die NATO verlasse. Vielmehr seien sie daran interessiert, daß die Deutschen mäßigend auf die USA einwirkten. Die sowjetischen Gesprächspartner deuteten auch die Bereitschaft Moskaus an, im Kampf gegen den Terrorismus mitzuwirken.

„Chancen für Junglehrer erst wieder im Jahr 2000“

Stuttgart spricht von übersteigtem Wunschenken der GEW

HARALD GÜNTHER, Stuttgart

Mit einer spürbaren Verbesserung der Berufschancen junger Lehrer ist in Baden-Württemberg nicht vor der Jahrtausendwende zu rechnen. Dann allerdings öffnet sich wieder ein breiter Einstellungskorridor: Allein zwischen den Jahren 2000 und 2010 scheiden rund 34 000 Lehrer altersbedingt aus dem Schuldienst des Landes aus. „Daraus“, erklärte Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) jetzt in Stuttgart, ergeben sich wesentlich verbesserte Einstellungsperspektiven für die Studienanfänger ab 1992 an den Universitäten und ab 1995 an den Pädagogischen Hochschulen.

Beurlaubte drängen zurück

Dennoch warnte Mayer-Vorfelder vor verfrühten Hoffnungen. Ein Gutachten der Max-Planck-Stiftung über den „Talarbeitsmarkt Schule“, das schon für die neunziger Jahre einen hohen Junglehrerbedarf prognostiziert hatte, bezeichnete es als „unrealistisch“, der die Stiftung tragenden Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) warf er vor, ihre „besonderen Verantwortung“ für die nachwachsenden Studentengenerationen nicht gerecht zu werden. Ihre Bedarfsberechnungen seien schon immer von „übersteigtem Wunschenken“ getragen gewesen.

Nach Hochrechnungen des Stuttgarter Kultusministeriums wird sich die Einstellungssituation in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2000 kaum verändern. Danach können jährlich rund 750 ausgebildete Lehramtsstudenten mit der Übernahme in den Schuldienst rechnen. Das dürfte jeweils einem Zehntel der Bewerberzahl entsprechen.

Die letzte Einstellungsrunde, bei

Atomgegner bringen Rau in Bedrängnis

Düsseldorf muß jetzt über „Volksbegehren“ entscheiden

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Die Grünen, die Jungsozialisten sowie 35 andere Gruppen und Gruppierungen des linken Spektrums haben gestern beim Düsseldorfer Innenminister offiziell die Zulassung eines „Volksbegehrens gegen Atomanlagen“ in Nordrhein-Westfalen beantragt. In Begleitung von Kleinkindern und ausgerüstet mit blumengeschmückten Kübhlern-Nachbildungen aus Pappe übergeben Sprecher der Aktion den zuständigen Fachbeamten statt der von der Verfassung zur Einleitung des Verfahrens vorgeschriebenen 3000 Unterschriften gebündelte Listenberge, die 100 000 Namen von Gegnern der friedlichen Nutzung der Kernkraft enthielten. Die Demonstration der 40köpfigen Gruppe in Düsseldorf wurde nur von Journalisten zur Kenntnis genommen, könnte aber für den SPD-Kanzlerkandidat Ministerpräsident Rau eine unangenehme politische Zwischmühle eröffnen, auch wenn das Volksbegehren – wie erwartet – aus rechtlichen Gründen abgelehnt wird.

„Wir gehen davon aus, daß wir mit unserer Aktion der Landesregierung die Möglichkeit eröffnen, in Nordrhein-Westfalen den ersten Schritt zum Ausstieg aus der Kernenergie zu tun.“ Mit diesen Worten hatte gestern der Sprecher der Aktion, ein Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz, gegenüber dem Abteilungsleiter für Verfassungsrecht im Düsseldorfer Innenministerium, Heinz Elkmann, formell den Antrag begründet, über den die Regierung Rau in den nächsten sechs Wochen entscheiden muß. Das Schmunzeln auf dem Gesicht der Überbringer und der Beamten von Innenminister

Schnoor (SPD) zeigte, daß die Botenschaft verstanden worden war. Schließlich hatte Rau nicht nur auf dem Parteitag in Nürnberg immer wieder erklärt, die SPD wolle aus der Kernkraft aussteigen, müsse aber erst das Kanzleramt übernehmen und im Bundestag sowie Bundesrat die Mehrheit stellen. Da aber in Nordrhein-Westfalen zumindest bis 1990 die Mehrheitsverhältnisse eindeutig zugunsten der Sozialdemokraten entschieden sind, klingt Raus Ablehnung der grünen Aktion vor seiner Haustür zumindest bei den Jungsozialisten und im linken Vorfeld der SPD wenig überzeugend.

Der Landesvorsitzende der Jusos, Harald Zwick, hatte sich deswegen gestern auch demonstrativ bei den Grünen eingereiht und erklärt, seine Organisation werde trotz heftiger Kritik aus der SPD am Aktionsbündnis festhalten. Schließlich habe sich der Juso-Vorstand zweimal einstimmig für das Volksbegehren entschieden. Eine gegenteilige Erklärung des Juso-Geschäftsführers Brendgen sei die „Privatmeinung“ des von der Partei bezahlten Funktionärs.

Wegen der Bundeskompetenz für Kernkraftwerke fordern die Grünen in ihrem zum Volksbegehren gestellten Gesetzentwurf erst die nach der Landesverfassung mögliche Verstaatlichung der „Atomanlagen“ an Rhein und Ruhr und ihre anschließende Stilllegung. Da diese aber nach diesem Vorschlag Bundesbesitz wären, etwa den Schnellen Brüter in Kalkar enteignen müßte, spricht viel für die Ablehnung des Antrags aus juristischen Gründen. Politisch dürfte die Begründung für Rau allerdings schwieriger werden.

Kanzler Kohl verdient 25 787,52 Mark

AP, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat derzeit steuerpflichtige Bezüge von 25 787,52 Mark im Monat. Dies geht aus einer Dokumentation hervor, die der Bund der Steuerzahler gestern in Bonn vorlegte. Das Kanzlergehalt setzt sich aus dem eigentlichen Amtsgeld Kohls (21 675,52 Mark) und seinen Abgeordnetenbezüge (4112,00 Mark) zusammen.

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Armin Feit, erklärte in Bonn zu der Dokumentation, Politiker hätten in den vergangenen Jahren Einkommensabstriche hingenommen. „Dies verdient Beachtung und ist anerkennenswert.“ Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß diese Kürzungen zum Teil schon wieder ausflossen. Einsparungen in diesem Bereich wären zwar nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, meinte Feit. Sie signalisierten aber den Bürgern, daß auch die Politiker bereit seien, „ihre Scherlein zur Gesundheit der Staatsfinanzen beizutragen“. „Geheimdiskriminierung“ im Bereich der Politikerbezüge verleihe eine Demokratie nicht.

Nach der Dokumentation verdienen Bundesminister ohne Bundestagsmandat (Martin Bangemann, Rita Süssmuth, Walter Wallmann) 17 340,41 Mark im Monat. Wurden sie auch in den Bundestag gewählt – wie der Rest des Kabinetts – erhöhen sich die Bezüge um 4112 Mark.

Unter den Ministerpräsidenten haben Franz Josef Strauß (Bayern) mit 21 591,82 Mark und Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen) mit 21 520,87 Mark das beste Einkommen. An dritter Stelle folgt Lothar Späth (Baden-Württemberg) mit 20 429,29 Mark. In die Berechnungen des Steuerzahlerbundes gehen dabei neben dem Amtsgeld ein Ortszuschlag von rund 1000 Mark und die Abgeordnetenentschädigung der Politiker ein. Schlußlichter in der Verdienstabelle der Länder bilden die Bürgermeister von Hamburg und Bremen, deren Verfassung die gleichzeitige Ausübung von Senatsamt und Bürgermeisterschaft ausschließen. Klaus von Dohnanyi (Hamburg) muß sich mit 17 340,36 Mark begnügen, Klaus Wedemeier (Bremen) sogar mit 13 989,03 Mark.

Meldedienst für Umweltdelikte?

DW, Bonn

Der Vorsitzende des CDU-Fachausschusses Innenpolitik, der rheinland-pfälzische Innenminister Böckmann, und der Vorsitzende des Ausschusses Umweltpolitik, der Berliner Senator Hassemer, haben in ihren „Thesen zur Bekämpfung der Umweltdelinquenz“ die Einrichtung eines zentralen Meldedienstes für Umweltdelikte angeregt. Damit solle Umweltdelinquenz wirkungsvoller bekämpft werden. 1984 seien 31 Prozent mehr Straftaten gegen die Umwelt registriert worden als im Jahr zuvor. Die Schaffung einer besonderen Umweltpolizei lehnten beide Politiker ab. Vorrangiges Ziel müsse sein, die Umweltdelinquenz vorbeugend zu bekämpfen. Dazu gehöre ein Strafmaß, das ausreichende Abschreckung gewährleistet.

Mit Macht drängen die Frauen ins Hamburger Parlament

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl – nach den Skandalen der vergangenen Wochen unalkalischer als je zuvor – stehen zwei Ergebnisse fest: Die Frauen werden gewinnen und Charlotte Fera (CDU) wird das neue Landesparlament eröffnen. Das weibliche Aufgebot macht nach dem 9. November einen großen Sprung nach vorn: Statt 24 werden dann 39 Damen auf den 120 Sitzen des Hohen Hauses Platz nehmen (wenn man die gegenwärtige Sitzverteilung als Grundlage annimmt). Die dann 81-jährige Frau Fera will, erst abwarten, wie die Wahl ausfällt, bevor sie ihre Eröffnungsrede konzipiert. Doch da sie als Alterspräsidentin schon viermal eröffnet hat und nach eigenen Worten „die früheren geäußerten Gedanken immer noch aktuell sind“, könnte die Altparlamentarierin (seit 1957) und Generalsekretärin der Weltunion Christlich-Demokratischer Frauen mit Anstand sich selbst zitieren.

Der feminine Schub ist nicht in erster Linie den Grün-Alternativen zu verdanken. Gewiß, die GAL-Riege besteht diesmal nur aus Frauen, was wohl auf das Bedürfnis zurückzuführen ist, den Männern zu zeigen, daß man alle Themen besetzen kann. Ein

biischen Experimentierfreudigkeit ist auch mit im Spiel: Für eine der Bezirksversammlungen, die am gleichen Tag mitgewählt werden, hat die GAL zum Beispiel eine reine Männerliste aufgestellt, die nach zwei Jahren durch ein laienreines Damenkontingent gewechselt werden soll.

Unter den Bürger-schafts-Kandidatinnen der Grün-Alternativen findet sich übrigens kein Name aus der jetzigen achtköpfigen Fraktion. Mit der Sportlehrerin Thie Bock hat die GAL allerdings eine Frau aufgestellt, die zu Beginn der Legislaturperiode vor vier Jahren Nummer 1 der Liste war.

Den größten Wechsel gibt es bei der SPD: Von jetzt elf erhöhte sich die Quote der Frauen in der Fraktion auf 23 Mandate, 15 davon sind neue Namen. Während der Senat in Gegenrichtung marschierte – zu Beginn dieser Amtszeit zählte er vier Senatorin-



Eine Frau als Bürgerschaftspräsidentin? Helga Elstner (SPD, links). Die fünfte Eröffnungsrede: Charlotte Fera (CDU) FOTO: WERK K. 82-83

nen, jetzt sind es nur noch zwei – wollen die Hamburger Sozialdemokraten ihrem gestiegenen Anteil weiblicher Mitglieder im Parlament Rechnung tragen. Die Plazierung der ehemaligen Zweiten Bürgermeisterin Helga Elstner auf Platz 4 deutet darauf hin, daß mit ihr zum ersten Mal eine Frau das Amt der Bürgerschaftspräsidentin einnehmen soll. Als sicher gilt jedoch auch, daß der Senat sein Damen-Defizit schleunigst durch

die Zuwahl einer dritten Senatorin ausgleichen will – vorausgesetzt, Bürgermeister Klaus von Dohnanyi bekommt mit einer absoluten Mehrheit freie Hand. Dann dürfte Elisabeth Klausch zu den Favoritinnen zählen. Die 53-jährige SPD-Fraktionsgeschäftsführerin müßte zwar eigentlich die Traumfrau der emanzipierten Genossinnen sein – sie hat Schriftsetzerin und Einzelhandelskauffrau gelernt – doch die mehrfache Großmutter war so kühn, dem Abtreibungskurs der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zu widersprechen. Damit verlor sie ausgerechnet die Gefolgschaft vieler weiblicher Delegierter, als sie vor zwei Jahren – als erste Frau – für den Landesvorsitz kandidierte.

So hart sind zuweilen die Bräuche bei weiblichen Politikern, die nach

den Worten der CDU-Abgeordneten Eleonore Rudolph „vor allem Praxisnähe und menschliches Mitgefühl“ in eine Arena mitbringen, in der Männer den Stil bestimmen. Frau Rudolph, seit 1974 Mitglied im Landesparlament und erneut in einem von fünf auf acht Frauenplätze erweiterten CDU-Aufgebot, weiß, wovon sie spricht: Sie hat Anfang des Jahres selbst den Aufstand gegen die männliche Hierarchie geprobt. Die 62-jährige Witwe kandidierte für eine der drei Stellvertreterinnen von CDU-Landeschef Jürgen Echtenach. Die Partei-Oberen lobten zwar die wichtigen Beiträge von Frau Rudolph, zu familien- und frauenpolitischen Fragen, lehnten ihr Einsteigen in die Spitze jedoch ab. Ein männlicher Delegierter – der kulturpolitische Sprecher, Klaus Lattmann – brach für die Damen eine Lanze, mit Wilhelm Teil als Zeugen. „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“, zitierte er den großen Klassiker, und fuhr fort: „Ende des 20. Jahrhunderts ist es Zeit, daß endlich die Schwestern dazu kommen.“ Sein Beitrag wurde mit Gelächter quittiert und fand keine Gefolgschaft: Frau Rudolph fiel durch. In die Bürgerschaftsfraktion kehrt sie dennoch zurück: Sie hat einen sicheren Listenplatz.

Dem Baskenland droht verstärkter ETA-Terror

Nach Spaltung der Regierungspartei PNV / Kampf der Rivalen

KURTKLINGER, Lissabon
Die Spaltung der bislang einflussreichen Nationalistischen Baskenpartei (PNV) dürfte für die ETA-Terroristen sowie wie ein Freibrief bedeuten, ihren blutigen Kampf gegen die Madrider Zentralregierung, gegen Polizei und Militär zu intensivieren.

Die ETA, militärischer Arm der anderen Baskenpartei „Herri Batasuna“ (Freiheit fürs Baskenland) nahm in den vergangenen Wochen die politischen Erfordernisse der nationalistischen Parteien Rücksicht und konnte so einigermassen gezügelt werden, oder sie ließ sich im Rahmen gemeinsamer Anliegen zügeln. Das scheint vorbei zu sein, was für Madrid neues terroristisches Unheil auslösen könnte.

Die PNV-Dissidenten sind dabei, eine neue Partei aufzubauen und haben bereits angekündigt, daß sie im Euskadi (Baskenparlament) jetzt schon eine unabhängige Fraktion bilden werden. Die PNV-Regierungspartei ist auf einen Pakt mit den Sozialisten angewiesen, um als Minderheitskabinett zu überleben.

Ob sich dieser Pakt unter der neuen Gewichtsverteilung fortsetzen läßt, muß abgewartet werden. Jedenfalls stehen dem autonomen Baskenland erste bis schwerwiegende Prüfungen bevor.

Die Krise innerhalb der PNV, hinter der traditionsgemäß rund 85 Prozent der baskischen Wähler stehen, wurde durch zwei sich bekriegende interne Parteiströmungen ausgelöst. Die eine wird angeführt vom ehemaligen „Lendakari“ (Präsident der autonomen Regierung), Carlos Garaikoechea, die andere vom gegenwärtigen Parteichef Xabier Arzallus.

Im politischen Handeln autonom entscheiden

Es geht in erster Linie um die Vorratsfrage der Partei über die Regierung besonders im Parlament. Während Arzallus und seine Anhänger das Parteistatut zugunsten eines permanenten allgegenwärtigen Primats der Partei auslegen, interpretiert Garaikoechea, daß die Regierung im politischen Handeln wie bisher frei sei und auch im Parlament autonom entscheiden könne.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt

wurden als erste Konsequenz der Spaltung mehrere Kritiker von Arzallus aus der PNV ausgeschlossen. Auch Garaikoechea soll zum Austritt gezwungen werden. Er würde dann als „natürlicher Chef“ sofort „Lendakari“ der neuen Partei werden.

Spaniens Baskenland gleicht einem Pulverfaß, egal welcher nationalistischen Gruppierung sich die „Baskisten“ zuneigen werden. Die Bevölkerung aber folgt in ihrer Mehrheit längst nicht mehr den radikalen ETA-Parolen.

Geheimer Kampfbund gegen Verbrechen

In diesem Zusammenhang meldet das Madrider Magazin „Epoca“, in Nordspanien habe sich ein geheimer Kampfbund gegen den ETA-Terrorismus gebildet, genannt „Conafaya“ (antiterroristischer nationaler Koordinatort innerhalb der Streitkräfte und der Sicherheitsorgane). In anderen Ländern nennt sich der geheime Zusammenschluß von Polizisten zur illegalen Bekämpfung des organisierten Verbrechens „Todeschwadron“, weil – außerhalb der Gesetzesur – „Todesurteile“ in Selbstjustiz vollstreckt werden.

„Epoca“ zufolge hätten in befragten Behördenbüros der Baskenprovinzen keine offiziellen Bestätigungen für den Eigenbericht erlangt werden können. Doch sei eine „wachsende Unzufriedenheit“ bei der Polizei, bei der Zivilgarde und bei den Militäreinheiten auf Posten im Baskenland festzustellen gewesen, über die „Verbrechen der ETA und über die Unfähigkeit der Regierung, dem Terror ein Ende zu setzen“.

Ein Sprecher der Polizeibehörde der Provinz Girona, „Gerichte“ über die Bildung von „autonomen Gruppen“ innerhalb der Sicherheitskräfte zur Verbrechensbekämpfung gehört. Unter Hinweis auf eine Polizeiquelle heißt es: „Wir sind es leid, wie Hasen abgeknallt zu werden, während die Regierung mit diesem als Befreier getarnten Verbrecher verhandelt. Es ist höchste Zeit, mit der ETA in der einzigen Sprache zu reden, die sie versteht: in der des Blutes.“

Stärke der Mark irritiert Frankreich

J. Sch. Paris

In Paris stellte man sich in Finanz- und Wirtschaftskreisen vor dem Kanzlerbesuch die Frage, ob Helmut Kohl den offen geäußerten Wunsch von Premierminister Jacques Chirac nach einer deutschen Zinssenkung diskutieren will oder sich hinter der Autonomie der Bundesbank verschanzte.

Daß die Bundesregierung „ersatzweise“ eine DM-Aufwertung vorschlagen könnte, gilt als weniger wahrscheinlich. Vor den Bundestagswahlen würde sich eine solche Maßnahme kaum empfehlen, heißt es.

In den letzten Tagen hat der diplomatische Druck auf Bonn „etwas zu tun“, auch aus Paris spürbar genommen. Man verweist hier auf die „extreme Stärke“ der Mark, welche die Bank von Frankreich zu zurechtlegenden Interventionen zwingt. Allein am Donnerstag und Freitag letzter Woche seien dafür 500 Millionen Mark aufgewendet worden.

Zinsen senken

An den Devisenzufüssen, die Frankreich nach der letzten Franco-Abwertung verbucht hatte – etwa 50 Milliarden Franc innerhalb von drei Wochen –, ist das aber noch nicht sehr viel.

Damals mußte die Mark gestützt werden, damit sie ihre unterste Interventionsgrenze von 3,183 Franc nicht unterschreitet. Inzwischen wird sie am Pariser Devisenmarkt mit 3,278 Franc notiert und nähert sich damit der obersten Interventionsgrenze von 3,229 Franc.

Die Franco-Abwertung gegenüber der Mark von theoretisch sechs Prozent (Paritätskurs 3,2563 Franc), die effektiv zunächst nur drei Prozent betragen hatte, liegt jetzt schon bei sieben Prozent. Die französische Regierung will, wie sie wissen ließ, aber nicht mehr und nicht weniger als sechs Prozent, hat sie erklärt.

Außerdem möchte sie die Zinsen senken, um die noch ziemlich schwache französische Konjunktur anzukurbeln. Wegen des konstanten Inflationsgefülles zur Bundesrepublik braucht sie dafür aber eine deutsche Diskontsenkung, die überdies die Importnachfrage aus Frankreich befördern könnte. Aber damit würde wohl nur der frühere Zinsabstand wieder hergestellt und der Franc wieder unter Druck geraten.

„Neues Signal für Zusammenarbeit“

WELT-Gespräch mit dem Generalsekretär der Gaullisten, Toubon, vor Kohl-Besuch in Paris

PETER RUGE, Paris

Der heutige Besuch des Bundeskanzlers beim gaullistischen Premierminister Chirac leitet einen neuen Abschnitt der deutsch-französischen Regierungsbeziehungen ein, denn bisher wurde die Zusammenarbeit fast ausschließlich über das Präsidentenamt, den Elysee-Palast, abgewickelt.

Die CDU/CSU betrachtete bisher eher den christlich-liberalen Block UDF als ihren Gesprächspartner in der 5. Republik. Der Generalsekretär der Gaullisten, Jacques Toubon, kann sich eigentlich nur daran erinnern, ihre Führungsmannschaft bei Treffen im Rahmen der Union der europäischen Demokraten gesehen zu haben.

In einem WELT-Gespräch bedauert er diese mangelhaften Kontakte. Er sei mit Jacques Chirac einig, daß es wünschenswert wäre, Begegnungen sehr schnell zu fördern, ob in Paris oder in Bonn, um gemeinsamen interessierenden Themen zwischen den beiden bürgerlichen Parteien zu diskutieren. Toubon: „Ich könnte mir eine Art Seminar vorstellen, ein Treffen, bei dem wir auf verschiedenen Ebenen eingehend über Sicherheits- und Wirtschaftsafragen, den Umweltschutz, die Menschenrechte sprechen – und natürlich über die weitere Entwicklung Europas, die Probleme der Gemeinschaft. Ist das erst einmal in Gang gesetzt, so folgen daraus die nächsten Treffen wie von selbst.“

Die Gaullisten wollten die von Adenauer und de Gaulle begonnene Zusammenarbeit fortsetzen, Europa beruhe darauf. „Die deutsch-französische Gemeinsamkeit ist der Zement,

der Europa zusammenhält, auf dieser Linie sollten wir bleiben. In diese Richtung haben wir nach dem Machtwechsel in Frankreich ein Zeichen gesetzt. „Wir haben als neuen Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen einen Mann der gaullistischen Geschichte ausgesucht, der Minister unter de Gaulle und unter Pompidou war: André Bord. Chirac hat vor zwei Jahren schon einmal in Bonn gesagt: Der Vertrag von 1963 ist noch nicht ausgeschöpft.“

Daß eine gewisse Alltagsroutine den Geist des Vertrages ersetzt zu haben scheint, wird auf französischer Seite als Aufforderung verstanden, zu neuen Ufern aufzubrechen. Der 45jährige RPR-Generalsekretär gibt dabei eine Erwartungshaltung wieder, die vor allem unter den jüngeren Gaullisten anzutreffen ist: „Die Bezie-

hungen zwischen Regierungen sind eine Sache, für den Bürger zählen populäre Inhalte. Ich sehe für die nächste Zukunft vor allem eine Frage, die unsere beiden Nationen berührt, das ist unsere Verteidigung, wohlverstanden: Die gemeinsame Verteidigung. In meinen Augen hält die Unsicherheit an, die die Deutschen so lebhaft empfinden, sei es durch die pazifistische Bewegung oder durch das Hin und Her vor drei Jahren, um die Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa. Im Bewußtsein unserer beiden Völker wird immer klarer, daß wir in einer Schicksalsgemeinschaft leben. Das wiederum unterstützt die Anstrengungen unserer beiden Regierungen, ihre Politik verstärkt aufeinander abzustimmen.“

Die Frage der gemeinsamen Verteidigung in Europa sei nicht nur ein zentrales Thema unserer künftigen Verteidigungsstrategie, sondern Teil unserer europäischen Politik gegenüber den verschiedenen europäischen Staaten, aber in erster Linie gegenüber der Bundesrepublik.

Heute ist Bundeskanzler Kohl bei Premier Chirac zu Gast. Was erwartet Jacques Toubon von diesem ersten Arbeitsgespräch? „Ich verspreche mir ein neues Signal für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die – das sage ich als Gaullist – das Zentrum der europäischen Konstruktion bedeutet. Ich bin dabei frei von einem mystischen Glauben an diese Idee. Ich sehe das praktisch: Es geht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung des Lebensstandards. Das geht nur gemeinsam. Dazu dient dieses Treffen.“



Bedient Mangel an Kontakten: Generalsekretär Jacques Toubon
FOTO: CAMERA PRESS

Kaschmir direkt von Gandhi regiert

AP, Neu-Delhi

Der indische Staatspräsident Zail Singh hat das Bundesland Kaschmir der präsidialen Verwaltung unterstellt. Damit wird das Bundesland zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Indiens vor 39 Jahren direkt von Neu-Delhi aus regiert. Da der Staatspräsident selbst nur beschränkte politische Vollmachten hat, bedeutet die Maßnahme, daß die Provinz tatsächlich vom Kabinett des Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi regiert wird. Seit März verfügt Kaschmir über keine gewählte Regierung mehr.

Rock-Verbot in Malaysia

dpa, Kuala Lumpur

In Malaysia dürfen keine Rockkonzerte mehr in der Öffentlichkeit stattfinden. Ministerpräsident Mahathir Mohamad begründete ein landesweites und unbefristetes Verbot damit, daß Jugendliche sich bei solchen Konzerten „aufführen, als hätten sie ihren Verstand verloren“. Rockmusik und ihre Begleitumstände seien kein Bestandteil „der malaysischen Kultur“. Rockkonzerte an „geeigneten Orten“ wie etwa Nachtclubs sowie Übertragungen im Fernsehen seien weiterhin erlaubt, sagte Mahathir.

Jaruzelski vor Honecker in China

dpa, Warschau

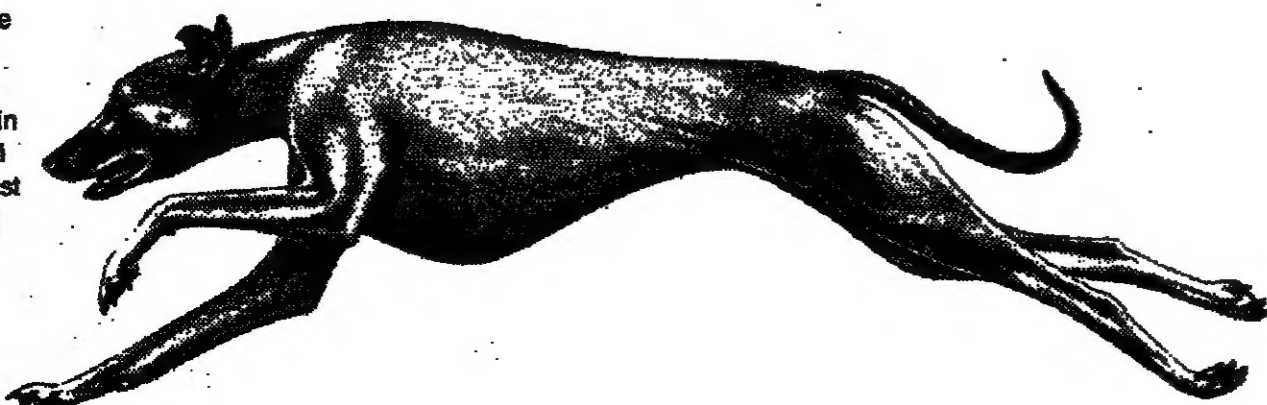
Der polnische Staats- und Parteichef Jaruzelski hat sich für Ende September in Peking angekündigt und wird damit nun doch noch vor SED-Chef Erich Honecker die Aussöhnung zwischen Moskau und Osteuropa besiegeln. Jaruzelski trifft voraussichtlich am 28. September in der chinesischen Hauptstadt ein. Die Visite wurde als Arbeitsbesuch und damit niedriger als die Honecker-Visite einstufte. Ost-Berlin war über den Vorstoß Jaruzelskis verärgert.

Einfach tierisch, was die Güterbahn an Schnelligkeit zu bieten hat.



Die Partiefracht
ist ein wirkliches Energiebündel und ein wahres Kraftpaket dazu. Sendungen ab einer Tonne bis zu einer knappen Wagenladung kommen damit schnellstens auf Trab. Denn die Partiefracht hat Anschluß ans InterCargo-System. Im Nachtsprung erreichen Ihre Güter somit alle wichtigen Wirtschaftszentren der Bundesrepublik. Aber die Partiefracht ist nicht nur auf der Schiene heimisch: Ihre Sendung wird per LKW abgeholt und dem Empfänger direkt zugestellt. Alles von heute auf morgen.

Der Expresdienst
ist nicht nur schnell, sondern auch überall zu Hause. An 1.800 Bahnhöfen ist er rund um die Uhr für Sie auf dem Sprung. Mit dem jeweils nächsten Reise- oder Expreszug kommt Ihre Sendung prompt auf die Schiene, und: von heute auf morgen ans Ziel. Bis in den letzten Winkel. Dabei entwickelt der Expresdienst ungeahnte Kräfte. 100 kg darf jedes Stück auf die Waage bringen.



Der Terminiendienst
zeigt sich nur nachts. Dann aber entwickelt er ein ganz atemberaubendes Tempo. Dabei ist er so schnell und zuverlässig, daß wir für seine Ankunftszeit garantieren. Bis 17.30 Uhr können Sie an einem der 60 Terminiendienstbahnhöfe Ihr Gut aufgeben.

100 kg Stückgewicht dürfen Sie dem Terminiendienst dabei ohne weiteres auf-laden (nach Vereinbarung auch mehr). Am nächsten Morgen steht Ihr Gut dann bis spätestens acht Uhr am Zielbahnhof bereit. Auf Wunsch wird Ihre Sendung innerhalb von zwei Stunden auch zugestellt – ebenfalls garantiert.

Wenn Sie mehr über die drei schnellen Angebote der Güterbahn wissen möchten, sprechen Sie doch einfach einmal mit Ihrem Kundenberater der DB. Der sagt Ihnen alles Weitere.

DB Die Bahn

Klassenkampf im Klassenzimmer: Nicht nur die Politik-Schulbücher weisen eine ideologische Schlagseite auf, auch Deutsch-Bände werben für eine andere Republik. Nicht selten sind sie noch radikaler. Die Indoktrination – mit Politiker-Texten von Walter Ulbricht bis Willy Brandt – hat Vorrang vor Literatur.

Das Kommunistische Manifest als ein Literatur-Denkmal

Von PAUL F. REITZE

Der Schulbuch-Kritiker Rudolf Willeke hat festgestellt, daß einzelne Texte über hundertmal in verschiedenen Werken verwendet wurden – für Politik, Deutsch und selbst Religion. Heinrich Manns Roman „Der Untertan“ wird so gut wie überall als Unterrichts-Steinbruch mißbraucht. Es gibt Literatur-Bände, die gleich auch noch das „Kommunistische Manifest“ abdrucken. Waltraff ist hier wie dort Star. Dasselbe gilt, obschon neuerdings mit nachlassender Tendenz, für klassenkämpferische Tonbandprotokolle Erika Runges. Die wissenschaftstheoretische Rechtfertigung liefert der Marxismus, der behauptet, Literatur sei „Widerspiegelung“ von Wirklichkeit.

Mancher Schulbuch-Herausgeber hätte gut daran getan, selbst seinen ideologischen Ziehvater Theodor W. Adorno genauer zu lesen. „Der outrierte Realismus ist unrealistisch“, schrieb er. Er verteidigte das Recht auf ästhetische Freiheit. Goethe hat gewußt, warum er seiner Autobiographie den Titel „Dichtung und Wahrheit“ gab. Große Literatur zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie Wirklichkeit verwandelt. Ihr politisch-gesellschaftlicher Aussagegehalt ist höchst problematisch.

In weiten Bereichen sind die Fächerprofile von Sozialkunde und Deutsch fast identisch, wenn man sich nach den angebotenen Schulbüchern richtet. Dies ist Absicht: Wer indoktrinieren will, erhöht seine Erfolgschancen, wenn er es auf breiter Front versucht.

1974 begann die Reihe „drucksachen“ zu erscheinen. Sie predigte zuerst (und auf Jahre am nachdrücklichsten) die andere Republik. Nach einem Verlagswechsel gibt es sie jetzt

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber schließen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kohlmann schickt sie gerne zu.

wieder in einer überarbeiteten Form. Etwa jeder zweite Text ist ausgetauscht. Das Prinzip ist indes weitgehend identisch geblieben.

Daran läßt das zugehörige Lehrerhandbuch keinen Zweifel. Zur ästhetischen Seite von Literatur heißt es darin: „Das Lesewerk drucksachen“ verweist die Form in eine dienende Funktion... „Gesellschaftliche Praxis“ hat Vorrang. „Emanzipation“ ist weiterhin das Ziel. Poesie wird als gefährliche Ware gebrandmarkt; durch sie werde „in offener wie in sehr versteckter Weise Herrschaft ausgeübt“. Bestehendes... gerechtfertigt und der Versuch unternehmen, Konsens noch dort zu erzeugen, wo die Interessen vieler Menschen verletzt werden“. Es gilt somit, „günstige Voraussetzungen für Handeln zu schaffen“.

Eine Heiratsanzeige neben Mutter Teresa

So steht denn ein Gedicht des Barockpoeten Gryphius neben einer Heiratsanzeige, Mutter Teresa neben Waltraff, König Salomo neben der Nonsens-Reimerin Friederike Kempner. Ein Rechtsstreit um zwei Klössets in einer Mietkaserne, ausgefochten im Berlin der Jahrhundertwende, scheint ebenso mittellangwert wie die „10 Gebote für Sex“, die ein Arzt formuliert hat. Darin heißt es immerhin unter Punkt 5: „Du darfst nicht antreiben“ und unter Punkt 6: „Du sollst warten lernen“. Neben Marx begegnet man jetzt auch Papst Pius XI.

Das ist ein Kunterbunt, das kein Heranwachsender verkraften kann. Aber darauf kommt es vorrangig ja wohl auch nicht an. Darf man immerhin noch fragen, was das DGB-Grundschulprogramm von 1983 in einem Deutsch-Band zu suchen hat?

Es soll Politik gemacht werden. So handelt denn ein Kapitel von Wahlen. Es beginnt mit einem Auszug aus

Shakespeares „Julius Caesar“, zitiert sodann aus Hitlers „Mein Kampf“ und rundet schließlich ab mit einem alles anderen als taufischen Text von Günter Grass: „Rede an einen jungen Wähler, der sich versucht fühlt, NPD zu wählen“. Ein weiteres Kapitel befaßt sich mit „verfolgten Minderheiten“.

Was soll man davon halten, wenn im Vorwort von „Literatur“, einem für die Oberstufe bestimmten Werk, verkündet wird, man wolle „dem Benutzer helfen, Lesen zu lernen“? Müßig die Frage, ob sich dieser Wunsch nicht reichlich spät zu materialisieren beginnt.

Zwei Hauptziele der „emanzipatorischen“ Lesebücher sind die Familie und die Arbeitswelt – auch hier eine Übereinstimmung mit Politik-Bänden.

„Wort und Sinn“ variiert für Klasse 5 die alte „drucksachen“-Melodie „Kindsein ist süß – Kindsein ist mies“. Die kleine Katharina schreibt, in Gedichtform, an die Eltern einen Brief: Warum ist ihr verboten, was Erwachsene sich selber gestatten? Eine Kalendergeschichte des guten alten Johann Peter Hebel soll dazu benutzt werden, den Vater „zu entlarven“. Die Lehrer werden in einem Begleitband ermuntert, die Schüler eigene vergleichbare Erlebnisse mit der Familie aufschreiben zu lassen.

„Westermann: Texte deutsch“, eine erfolgreiche Reihe, bietet in den Gymnasialbänden eine insgesamt ausgewogene Autorenmischung, von Waltraff bis Gehlen, von Montesquieu bis Eugen Roth, von Jünger bis Wilhelm Busch. Aber wenn es um Väter geht, brennen die Sicherungen durch. Der Titel des entsprechenden Kapitels: „Verlorene Söhne“.

Den Vogel schießt noch immer „Kritisches Lesen“ ab. Im Kapitel „Appellative Texte“ stößt man unverseht auf das Vierte Gebot. Dazu die Unterrichtsfager: „Wie beurteilst du die mit „auf daß“ eingeleitete Folgerung?“



„Das Lesepflänzchen“ von A. Paul Weber

Über die deutsche Arbeitswelt läßt sich, ausweislich der Deutsch-Bücher, kaum Positives mitteilen. Gelegentlich wird ein entsprechendes Kapitel in einer Neuauflage einfach entfernt, wenn die Kritik daran zu peinlich geworden ist.

„Westermann: Texte deutsch“ beginnt – für die Hauptschulklassen 7 – mit Kinderarbeit im 19. Jahrhundert, ein Thema, das schon die Hessischen Rahmenrichtlinien favorisiert haben. Dann wird aus einer „DDR“-Waggonfabrik des Jahres 1983 berichtet, durchaus positiv. Was im Anschluß bundesdeutsche Jugendliche über die Berufstätigkeit der Eltern mitteilen, hinterläßt bestenfalls einen zwiespältigen Eindruck. Weitere Texte bewegen sich auf derselben Linie.

Interessiert Lyrik nur Werbefachleute?

Auch in der Neubearbeitung ist das für die gymnasiale Oberstufe bestimmte „Arbeitsbuch Deutsch“ des Didaktikers Robert Ulbricht einseitig geblieben. In der Erstauflage hatte er noch Gedichte ausgeklammert – mit dem Hinweis, Lyrik interessiere heutzutage vornehmlich Werbefachleute. Jetzt präsentiert er eine (bescheidene) Auswahl.

Im ersten Band, Kapitel „Politische Rede“, begegnet man nicht nur Willy Brandts Erfurter Ansprache (1970) und der Entgegnung des Freiherrn von und zu Guttenberg. Zu Wort kommen auch Hitler und Ulbricht, letzterer mit der These von der „DDR“ als dem sozialistischen deutschen Nationalstaat. Das ganze Kapitel hat in einem Lesebuch nichts zu suchen, geht es doch hier in erster Linie, von den Inhalten her, um historisch-politische Interpretationen, nicht um rhetorische Würdigung.

Der zweite Band informiert zunächst über „Deutsche Literatur nach 1945“. Es folgen dokumentarische Texte, zu Auschwitz wie Arbeitswelt. Dann werden einige „große deutsche Schriftsteller unseres Jahrhunderts“ (Kafka, Thomas Mann, Müll, Döblin, Brecht) vorgeführt. Im Anschluß, einigermaßen überraschend, findet man knapp zwanzig Seiten über Barock.

Der Rest ist mit dem Begriff „eigenartig“ nur sehr unzulänglich zu charakterisieren. Die Aufklärung wird mit dem Feudalismus zusammengepackt, garniert mit einem Text von Max Horkheimer. Im Kapitel über die Klassik begegnet man dem marxistischen Theoretiker Georg Lukács. Unter „Realismus“ wird ein Sammelsurium geboten: ne-

ben Stifter auch Brecht, neben Nietzsche auch Grass, neben Fontane auch Heinrich Mann, nicht zu vergessen Vertreter des „sozialistischen Realismus“. Das ist ein literaturwissenschaftlicher Skandal.

Mit ästhetischen Kategorien hat Ulbricht auch in der Neubearbeitung nichts im Sinn. Literatur interessiert den Herausgeber nur „insofern... als sie... exemplarische Konflikte gestaltet und deutet...“

So einseitig Politik-Werke sind: Die Deutsch-Bücher hatten im letzten Jahrzehnt insgesamt noch mehr ideologische Schlagseite. Das hat die Zulassungsbehörden mancher Bundesländer inzwischen zu größter Vorsicht stimuliert. Nirgendwo sonst werden mittlerweile so viele Änderungen verlangt.

Ein Beispiel dafür ist die neueste Ausgabe von „Lesen, Darstellen, Begreifen“ (1985). In Baden-Württemberg entfielen alle „Rollenspiele“, etwa zum Thema Streit um Schulnoten („Wie würdet ihr den Fall entscheiden?“). In Band 7 dominieren hier statt dessen die klassischen Textgattungen – als erste Hinführung zur literarischen Gestaltung.

Entsprechende Doppelausgaben gibt es auch von „Kritisches Lesen“. In Band drei wurde das Foto einer Gastarbeiterunterkunft gegen ein Chamisso-Gedicht ausgetauscht. Andere Opfergaben von fraglichem Bildungswert kamen Lessings „Mimna von Barnheim“ und Johann Peter Hebel zugute.

Kein Licht ohne Schatten: Leider werden auch Werke im Zuge des Zulassungsverfahrens verschlechtert, in Teilausgaben. Das betrifft ausgerechnet das neueste (und mit weitem Abstand beste), das „Lesebuch Deutsch“ von Westermann. Es macht wieder Ernst mit der Literatur – und dies schon auf der Mittelstufe.

Für Nordrhein-Westfalen war dies offenbar zu viel Fortschritt. Gnade

band nur die weit weniger anspruchsvolle Hauptschulauflage. Wollen Gymnasien an Rhein und Ruhr das „Lesebuch Deutsch“ einführen, so können sie das tun – mit der Hauptschulversion. Warum die Opposition im Landtag und die Lehrverbände hier noch nicht nachgehakt haben, ist rätselhaft.

Nicht brandmarken, zum Lesen verführen

Das „Lesebuch Deutsch“ ist eine klare Absage an jede Form von „Sozialdokumentarismus“. Der Lehrband legt dar, wie notwendig es sei, die historische Dimension rückzugewinnen. Abgelehnt wird, die Lebenswelt des Schülers zu denunzieren. Die Texte sollen Identifikation ermöglichen, heißt es. „Sie ergeben insgesamt ein positives Bild der Familie, ohne harmonistisch zu sein.“

Das Ziel: nicht brandmarken, nicht verteuflern, sondern „zum Lesen verführen“. Und: „Vorbei die Zeit der Schulreform, in der mit Lesebüchern eine radikale Veränderung der Gesellschaft vorangetrieben werden sollte und über neue Lesebücher eine grimmige Diskussion zwischen Elternverbänden, Kultusministerien und Lehrern ausgetragen wurde.“

Ob diese Zeit wirklich schon vorbei ist, erscheint leider doch einigermaßen fraglich. Deutsch-Werke werden heute von Schulen vielfach nur noch für ihre Bibliotheken angeschafft. Der Lehrer fotokopiert daraus, teilt die Bücher vielleicht auch für kurze Zeit aus. Ein tiefgreifender Lektüre-einfluß kann so von einem neuen Werk nicht rasch ausgehen, zumal dann nicht, wenn unterschiedlichste Konzepte nebeneinander benutzt werden.

„Die Deutschen könnten an vollen Tischen sitzen und ziehen es vor, aus dem Brotbeutel Krümel zu genießen“, klagte vor Jahren der Germanist Walther Killy. Er sprach von einem „großen Verrat“ an allem, was Deutschland geistig bedeute.

Wenn wir der nachwachsenden Generation nicht den Weg zum Schatzhaus unserer Literatur weisen, dann machen wir sie nicht nur arm. Das „Vaterland ist nirgends und überall“, klagte Goethe 1799 angesichts der staatlichen Zersplitterung. Die Dichter und Philosophen vor allem haben das einigende Band gewoben, das uns zusammenhält, in Ost wie in West.

Nächste Folge

Das Dilemma der Lehrpläne

PostGiro erschließt Ihrem Computer ein neues Betätigungsfeld. Damit Ihr Zahlungsverkehr einfacher und preiswerter wird.

Überall da, wo es um rationelles und kostengünstiges Arbeiten geht, leistet die elektronische Datenverarbeitung wertvolle Hilfe. Das gilt auch für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs über PostGiro. Im Massenzahlungsverkehr gehört dazu der beleglose Datenträgeraustausch über Magnetband, Magnetbandkassette und Diskette sowie die Datenfernübertragung.

Das Beschriften von Überweisungen, Zahlungsanweisungen und Lastschriftvordrucken entfällt ebenso wie das Sortieren und Archivieren von Gutschriftsbelegen und Zahlungsmitteln. Dazu kommen alle Vorteile, die PostGiro ohnehin schon bietet: Die Überweisungsdauer von nur einem oder zwei Tagen bei Überweisungen von Postgirokonto zu Postgirokonto, zügige Abwicklung von Auslandszahlungen und die insgesamt niedrigen Kontoführungsgebühren. Weil dieses komplexe Leistungsangebot nicht überall mit allen Details bekannt ist, stellt die Post Ihnen gern einen Berater zur Verfügung.

Erläutert Ihnen, wie schnell und wirkungsvoll das Team aus PostGiro und Ihrem Computer den Zahlungsverkehr rationalisiert.

Am besten, Sie schicken den Coupon gleich an folgende Anschrift: Posttechnisches Zentralamt, Referat Vw 23, Postfach 11 80, 6100 Darmstadt.

- ☐ Rufen Sie uns bitte an, damit wir einen Beratungs-Termin vereinbaren können.
Unsere Telefon-Nr. lautet _____
zuständig bei uns ist Herr/Frau _____
- ☐ Schicken Sie uns bitte die Broschüre über die Rationalisierung des Zahlungsverkehrs durch den Postgiro-Datendienst.

538 W

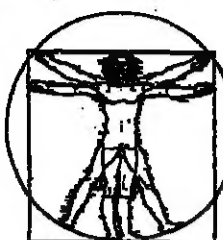
PostGiro. Das clevere Konto.

Post

NOTIZEN

Saljut bis 1990 im All

Moskau (AP) - Die sowjetische Raumstation Saljut 7, die seit 1982 die Erde umkreist, soll nach einem Bericht der „Prawda“ noch bis 1990 im All bleiben. Zwar ist das Programm von Saljut für bestimmte Weltraumflüge abgeschlossen, doch die Station soll in ein paar Jahren noch einmal von Kosmonauten aufgesucht werden, um sie auf ihren Zustand zu überprüfen.



Die letzten Kosmonauten, die sich in der Orbitalstation aufgehalten hatten, waren im Juni von Saljut in die neue sowjetische Weltraumstation „Mir“ übergewechselt.

Marine Delwale

Bonn (DW) - Die zwei im Umweltschutz eingesetzten DO 28 Flugzeuge der Bundesmarine haben 1986 bisher 117 Einsätze (350 Flugstunden) über Nord- und Ostsee geflogen. Dabei wurden in den ersten sieben Monaten zehn mutmaßliche Verursacher von Ölverschmutzungen erkannt und den Strafverfolgungsbehörden gemeldet. Dieser Anfangserfolg wird von Fachleuten als geeignet bewertet, vor weiteren Umweltverschmutzungen abzuwehren.

Mehr Arzt-Rezepte

Essen (Inw) - Die 312 nordrhein-westfälischen Betriebskrankenkassen (BKK) haben im ersten Halbjahr 1986 für die Arzneimittelversorgung fünf Prozent mehr Geld ausgeben müssen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Wie die BKK mitteilen, sind damit für die rund 2,3 Millionen Mitglieder pro Kopf 296 DM aufgewendet worden. Als Ursache wird angegeben, daß die Ärzte in dieser Zeit 5,4 Prozent mehr Rezepte ausgeschrieben hätten. Die Pharmaindustrie habe die Preise von 5050 Medikamenten um durchschnittlich 1,76 Prozent angehoben.

Wenn alte Bekannte verschwinden

Die neue Rote Liste für NRW zeigt weiterhin einen negativen Trend beim Artenschutz

Von LUDWIG KÜRTEN

Die Zahl der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren größer geworden. Dies ist das Ergebnis einer umfassenden Bestandsaufnahme der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF). Die Ergebnisse werden in der neuen Ausgabe der „Roten Liste“ für NRW eingetragenen. Die Liste der gefährdeten Arten wird in neuer Auflage erscheint. Die ständig mit wachsender Genauigkeit vorgenommenen Bestandserhebungen in diesem und anderen Bundesländern zeigen, in welchem Ausmaß die Natur bedroht ist.

Insgesamt hat sich nach Feststellungen der LÖLF der negative Trend seit der letzten Bestandserhebung fortgesetzt. Zwar konnten durch Artenhilfsmaßnahmen in einigen Bereichen kleine Erfolge erzielt werden, doch mußte auf der anderen Seite allein die Liste der Farn- und Blütenpflanzen um 133 Arten erweitert werden. 89 mußten höher eingestuft werden, das heißt sie sind heute mehr bedroht als vor sieben Jahren, als die erste Rote Liste für NRW veröffentlicht wurde.

Nach dem Vorbild der „Red Data Books“ der Internationalen Union zum Schutz der Natur (IUCN) wurden in den siebziger Jahren in der ganzen Bundesrepublik Listen über den Gefährdungsgrad von Tier- und Pflanzenarten erstellt. Für die Arbeit des Naturschutzes haben sie inzwischen eine so große Bedeutung, daß sie gar nicht mehr wegzudenken sind. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die Gefährdung vieler Tiere und Pflanzen in der Öffentlichkeit bewußt zu machen. Bei der Planung von Maßnahmen, die in Natur und Landschaft eingreifen, gehört es heute zum Alltag nachzufragen, ob Arten aus der Roten Liste betroffen sind.

Der Gefährdungsgrad muß ständig überprüft werden

Diese Listen müssen jedoch ständig fortgeschrieben werden. Etwa alle fünf Jahre wird die Bestandssituation der einzelnen Arten erneut untersucht und abgewogen. Die Untersuchungen stützen sich dabei weitgehend auf die Befragung von Experten. Ohne die lokalen Kenntnisse zahlreicher Fachleute wäre das Zustandekommen dieser Liste nicht denkbar. Glücklicherweise beschäftigt

sich heute viele Menschen, sei es beruflich oder als Hobby, mit dem Artenbestand ihrer näheren Umgebung und deren Schutz, ob es sich nun um Blütenpflanzen, Vögel, Schmetterlinge oder Fledermäuse handelt.

Bei einer Reihe von Arten kann die neue Liste Korrekturen an den bisherigen Kenntnissen vornehmen. Die Roten Listen haben dazu geführt, daß verstärkt nach seltenen und bedrohten Exemplaren geforscht wird. Von 18 bereits als verschollen geglaubten Farn- oder Blütenpflanzen konnten alleine aus der Literatur bekannte Fundorte bestätigt oder neue Vorkommen entdeckt werden.

Die neue Liste konnte um 64 Arten bereinigt werden. Sie gehören entweder nicht sicher zur Flora von Nordrhein-Westfalen, oder es handelt sich um sog. Neubürger (Neophyten), die sich erst in den letzten 200 Jahren im Land angesiedelt haben. Es gibt ein Übereinkommen in der Bundesrepublik, daß Neophyten nicht in Rote Listen aufgenommen werden sollen. Ähnliche Korrekturen sind auch bei der Liste der Tagfalter zu erwarten, die ebenfalls sehr umfangreich ist.

Das Ergebnis aller Bestandserhebungen zeigt, daß sich der negative Trend der Vergangenheit fortsetzt. Von der stärkeren Gefährdung sind vor allem Arten der Kulturlandschaft betroffen, die durch verschiedene Formen einer intensiven Nutzung ihres Lebensraums verloren haben. Bei den Farn- und Blütenpflanzen, bei Großpilzen, sowie Vögeln, Reptilien und Lurche zeichnet sich ab, daß vor allem Arten des intensiv ge-



Vom Aussterben bedroht: die Pyrenäen-Spitzmauer. Foto: B. L. 1987

nutzten Grünlandes starke Einbußen erlitten haben. Von den Vögeln mußten Rotkehlchen und Wachtelkönig, von den Pflanzen Herbstzeitlose, Hirsensäge, Stachelsegg, Schmalblättriges Wollgras und andere neu in die Liste aufgenommen werden. Weitere typische Vertreter der Feuchtwiesen mußten von der Kategorie „gefährdet“ in die nächsthöhere „stark gefährdet“ eingestuft werden. Dazu gehören Braunkehlchen, Schwarzkehlchen und Schafschäfer sowie Breitblättriges Knabenkraut und Sumpfwendzahn.

In einigen Biotopen ist der Schwund besonders groß

Unter den Lurche ist jetzt auch der Laubfrosch vom Aussterben bedroht, da seine sommerwarmen Laichgewässer, die hauptsächlich in wasserüberstauten Mulden im feuchten Grünland zu finden sind, durch den Umbruch des Landes immer mehr verschwinden. Die erstmals erstellte Liste der in Nordrhein-Westfalen gefährdeten Großpilze zeigt ebenfalls, daß die auf intensiv genutztes Grünland angewiesenen Pilzarten (Sämlinge, Tintlinge, Egerlinge oder Röllinge) stark bedroht sind.

Bei den Pflanzen mußten viele Arten in die Liste aufgenommen werden, die auf Kalkmagerrasen wachsen. Diese Biotop sind in den letzten Jahren intensiv beweidet oder aufgeföhrt worden. Unter den neu aufgenommenen Arten sind auch viele Ackerwildkräuter, darunter viele Arten, die man vor Jahren noch häufig an den Getreidefeldern anzutreffen waren, zum Beispiel Kornblume oder Feld-Löwenzahn. Dieser negative Bilanz stehen nur wenige Erfolge gegenüber. So haben sich zum Beispiel die Bestände von Graureiher, Haubentaucher, Habicht und Sperber gefestigt, nachdem ihre Bejagung eingestellt wurde.

Ein Vorteil der neuen Liste ist, daß man den Gefährdungsgrad einer Art nicht nur für das ganze Land NRW, sondern auch für einzelne Großräumgebiete angeben kann. So ist künftig feststellbar, ob Arten der Farn- und Blütenpflanzen, Reptilien, Lurche und Schmetterlinge unterschiedlich stark in den Naturräumen Eifel und Siebengebirge, Niederrheinische Bucht, Niederrheinische Tiefland und Süderbergland und Weserbergland gefährdet sind.

Sonniger Sommer - kräftige Gewitter

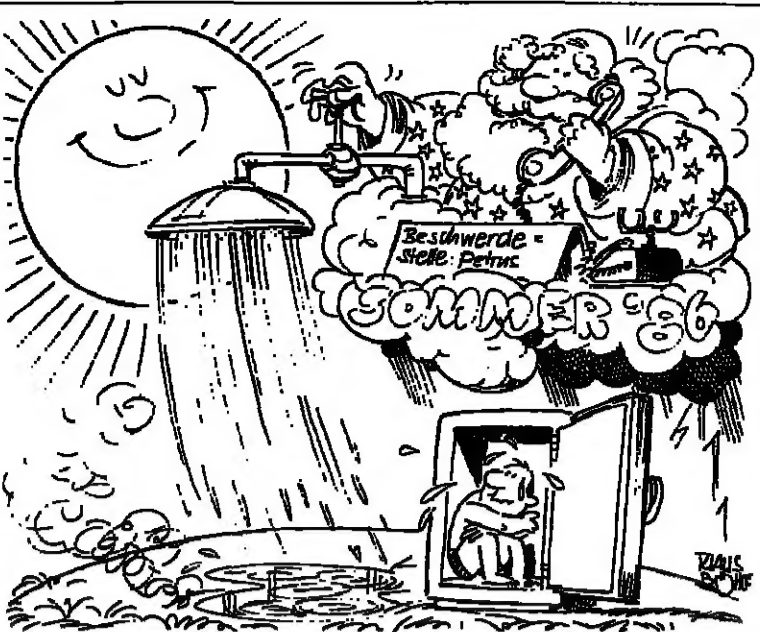
Von MARTIN BOECKH

Der Sommer ist zu Ende. Noch bevor die Sonne am 23. September einmal im Jahr genau im Osten aufgeht und damit den kalendrischen Herbst signalisiert, ziehen die Meteorologen am 1. September ihre Wetterbilanz. Ihr Fazit: Ein mustergültiger Sommer, dessen Ende allerdings zu wünschen übrig ließ.

Einige Wochen, nachdem die Sonne den nördlichen Wendekreis am 21. Juni erreicht hatte und sich schon längst wieder auf den Weg zum Äquator befand, stiegen dann auch im Juli die Temperaturen in tropische Höhen. Das Maximum war allerdings erst während der sogenannten „Hundstage“ im August zu verzeichnen, die damit ihrem Namen alle Ehre machten. Spitzenreiter auf der Temperaturskala war die Stadt Karlsruhe mit 36,9 Grad im Schatten.

Was der Tourist im vielgepriesenen sonnigen Süden noch gerne tolerieren mag, das gibt ihm zu Hause jedoch Anlaß zu vielfältiger Nörgerei: Meist ist es ihm zu heiß, zu trocken, zu feucht oder zu schwül. Dabei war der meteorologische Sommer 1986 im Vergleich zu den Vorjahren gerade 0,2 Grad wärmer, wenn man den Mittelwert sechs deutscher Städte zugrunde legt. Dabei kam es in den Städten Hamburg, Berlin, Mannheim, Essen, Stuttgart und München zu erheblichen Abweichungen der Monatsmitteltemperaturen. Bis auf den Süden der Bundesrepublik verzeichnete man eine positive Abweichung von bis zu 0,5 Grad, was einer Sonnenbilanz von 107 Prozent des Erfahrungswertes zu verdanken ist.

Die Kehrseite der vielen sonnigen Tage: der Niederschlag betrug bundesweit nur knapp 90 Prozent des Sollwertes, in manchen Orten lag er sogar bis zu 25 Prozent unter der Norm. Wenn es regnete, dann meist in Form von Gewittergüssen, die für herbe aber örtlich sehr unterschiedliche Niederschläge sorgten. Bestes Beispiel dafür war ein kräftiger Schauer im Raum Karlsruhe, der



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

innerhalb von sechs Stunden einen Spitzenwert von 67 Litern Regenwasser pro Quadratmeter erbrachte.

Was Temperatur- und Sonnenscheinwerte verschweigen, sagt die Zahl der Sommertage aus. An durchschnittlich 35 Sommertagen, und damit an zehn Tagen mehr als gewöhnlich, überstieg die Quecksilbersäule die 25-Grad-Marke. Ein Sommer also, der seinen Namen sichtlich zu Recht trug. Doch welchen Anteil an dieser Bilanz trägt der Monat August? Mit einer Monatsmitteltemperatur von 17,3 Grad wurde der Augustwert exakt getroffen. Dennoch gab es bei den einzelnen Stationen deutliche Abweichungen. Während es im Süden Deutschlands bis zu 0,8 Grad wärmer war, fehlten an der Nordsee 0,8 Grad zum Mittelwert.

Heftige lokale Niederschläge, verbunden mit Gewittern und Hagel, prägten die erste Augusthälfte. In Frankreich und Italien verursachten in dieser Zeit Tornados große Sturmschäden. Die hochsommerliche aber schwüle Hitzewelle war in dessen in der Rheinebene besonders ausgeprägt: Hier lag an 21 Tagen das Temperaturmaximum für die Bundesrepublik.

Das insgesamt unbeständige, aber warme Sommerwetter hielt trotz zahlreicher atlantischer Tiefausläufer noch bis zum letzten Monatsdrütel an. Ein Vorstoß subpolaren Kalkluft bis zu den Alpen bedeutete dann vorläufig den Sommer. Auf der Zugspitze fielen 14 cm Schnee, in Hamburg gingen die Temperaturen am Boden auf frostverträgliche 2 Grad zurück. Meteorologen nennen diese

kräftigen Kaltluftvorstöße auch „Monsunwellen“, um den deutlichen Windrichtungswechsel von südliche auf nördliche Richtungen zu charakterisieren. In der letzten Augustwoche erreichten die Tageshöchstwerte noch nicht einmal 20 Grad, in München lag das Tagesmaximum sogar unter 13 Grad.

Schuld an diesen mißratenen Sommerausklang war ein Orkanstief, das sich aus dem Hurrikan „Charly“ abgespalten hatte und sich über der Nordsee zu einem starken Zyklonwirl entwickelte. Bis auf 0 Grad am Boden sank in München das Thermometer. In allen sechs Großstädten lag das monatliche Temperaturtief daher auch in der letzten Augustwoche.

Die Bilanz des Sonnenscheins war trotz der starken Bewölkung mit Werten zwischen 200 und 220 Stunden überall ausgeglichen. Benachteiligt war wieder einmal Essen. Hier schien die Sonne nur 173 Stunden in diesem Sommer. Damit wurde das Ruhrgebiet leider einmal mehr seinem schlechten Wetter-/Ruf gerecht.

Den regenreichsten und zugleich sonnigsten August hatte Stuttgart. Mit 99,5 Millimeter Regenhöhe wurde das Monatsstief zu 113 Prozent übererfüllt. Andererseits registrierte der Heliograph, wie die seitliche Glasglocke zur Sonnenscheinsmessung genannt wird, hier eine Gesamtsumme von 219 „sonnigen“ Stunden. Wieder ein Beweis dafür, daß weder der Monat August, noch der ganze Sommer so schlecht waren, wie man ihm gerne nachsagen möchte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Untaugliches Modell

„Ein neues Politikmodell“ von Dr. Hans-Joachim Lunde, 28. August

Wenn der Hamburger Historiker Wolf-Dieter Gruner auf einer deutschlandpolitischen Tagung vorgeschlagen hat, den Deutschen Bund - sogar von einer „Verfassungsstruktur“ her - als föderatives Modell einer deutschen Wiedervereinigung in Betracht zu ziehen, so vermag das nicht zu überzeugen.

Zu fragen wäre vielmehr, ob der angeblich verengte Blickwinkel auf das Bismarck-Reich dann nicht durch neue, folgenreichere „Verengungen“ ersetzt wird. Das von Bismarck initiierte Reich ist für uns innenpolitisch längst kein Vorbild mehr. Aber es war beileibe nicht so reaktionär strukturiert wie der Deutsche Bund. Es wurde von vielen Liberalen als Einlösung deutscher Einheitswünsche begrüßt. Dieses Reich ist dann trotz des Kulturkampfes auch von den deutschen Katholiken mitgetragen worden. Es war auch ein Rechtsstaat, der immerhin unter Mitarbeit noch heute namhafter Juristen das Bürgerliche Gesetzbuch hervorgebracht hat. Die Weimarer Republik stand in der staatlichen Kontinuität dieses föderativen Reichs, wie anders, aber ähnlich die Bundesrepublik auch in der Kontinuität Weimars steht.

Hingegen führt vom Deutschen

Bund keine Kontinuitätslinie in unsere Gegenwart. Welt davon entfernt, nach innen ein moderner Staat und nach außen ein Stabilitätsfaktor zu sein, hat dieser lose Staatenbund sich immerhin dazu aufraffen können, die liberalen, nationalen, auch konfessionellen Bestrebungen nach staatsbürgerlicher Freiheit zu unterstützen. Soll etwa mit den kommunistischen Machthabern nach Analogie der Heiligen Allianz eine mitteleuropäische Föderation zur Niederhaltung freierlicher Bestrebungen und gegen die Zersetzung durch westliche Ideen gegründet werden? Soll das Eingreifen ausländischer Fürsten im Deutschen Bund die ehrwürdige historische Patina für die Wiederbelebung überwindener Formen alliierter Besatzungsherrschaft liefern? Solen Jalta und Potsdam durch Parallelisierung mit der Kongreßdiplomatie der Restauration Aufwertung erfahren?

Wir müssen unseren Staat auch in Zukunft auf demokratische Mehrheiten gründen. Dafür, folglich auch für ein in Freiheit wiedervereinigtes Deutschland, bietet der Deutsche Bund auch nicht den Schatten eines „Modells“.

Prof. Dr. Winfried Becker, Lehrstuhl für neuere und neueste Geschichte, Universität Passau

Namen und Zeitgeist

„Da waren's deren neun“, WELT vom 22. August

Im Zusammenhang mit der Erhebung der österreichischen Stadt St. Pölten zur Landeshauptstadt von Niederösterreich stimmt „egw“ über den namensgebenden Heiligen nach und mokiert sich darüber, daß der Name Hippolyt „den Bewohnern so wenig einging, daß sie daraus den St. Pölten machten“.

Solche Reaktion ist Frucht eines Zeitgeistes, der unter Vernachlässigung allen geschichtlichen Werdens Städte und Länder am liebsten in einer international verbindlichen amtlichen Schreibweise nennt (Sri Lanka statt Ceylon, Klaipeda statt Memel) und deshalb der Sprache keine Geschichte und keine regionale Abweichung zubilligt.

Tonis (Tünnes) steht für Antonius, das fast gleichlautende Denis für Dionysius, Jürgen für Georginus, Sepp für Joseph, Stoffel für Christophorus, Hinnerk für Heinrich.

Unverständlich

„Soldaten klagen in Karlsruhe“, WELT vom 1. September

Sehr geehrte Damen und Herren, mir ist als alter Soldat unverständlich, wie der Bundeswehrverband in Karlsruhe klagen will, um die 40-Stunden-Woche der Soldaten durchzusetzen.

Vergleicht sich der Bundeswehrverband schon mit den Gewerkschaften? Findet ein eventueller Abwehrkrieg, den Gott verhüten möge, demnächst im Saale statt? Ein Angreifer kann doch am Wochenende die Bundesrepublik quer durchwandern, ohne einen Schuß abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen
Hanns-Ritter Klippert,
Neubulach 3

Illusionen

„Genscher lobt den Krenn und spricht von Fortschritt“, WELT vom 1. September

Sehr geehrte Damen und Herren, was soll man noch von einem Außenminister halten, der offensichtlich wirklich glaubt, daß es nicht das Ziel der UdSSR sei, die Bundesrepublik Deutschland von ihren Verbündeten beiderseits des Atlantik zu trennen? Wenn er die diesbezüglichen Aussagen Gorbatschows für bare Münze nimmt, dann bestätigt er damit nur, daß er seine eigenen Illusionen für die Wirklichkeit hält.

Eine Koalition mit diesem Außenminister für weitere vier Jahre? Nein, danke. Mit dieser Außenpolitik dauert es vielleicht ein wenig länger als mit der SPD und den Grünen, am Ende ist jedoch die Freiheit so oder so verloren.

Was soll man da noch wählen? Den heutigen Bundestagsparteien kann man nur noch ins Stammbuch schreiben: „Ihr seid aus nichts, und euer Tun ist auch aus nichts, und euch wählen ist ein Grunel.“ (Jesaja 41, Vers 24)

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Georg Schulze,
Köln 90

* „Realitätstheorie“, WELT vom 28. August

Sehr geehrter Herr Ströhm, Ihre Ausführungen schließen: „Wer kann schon wissen, wohin Genscher Reise geht.“ Das fragen sich auch immer mehr besorgte Bürger.

Vielleicht sollte sich der Kanzler diese Frage einmal stellen. Nur steckt er in der unangenehmen Situation, sich in eine Lage manövriert zu haben, die reichlich ausweglos ist. Die Frage: „Wohin geht die Reise?“ ist mehr als berechtigt, wenn man bedenkt:

1. Genschers kontinuierliche Ostpolitik,
2. seine Haltung betreffend Südafrika,
3. Millionen an das kommunistische Nicaragua,
4. sein „Nein“ zur wirksamen Bekämpfung der „Asylanten“,
5. sein „Nein“ zur Änderung der skandalösen Scheidungsgesetze,
6. seine Ablehnung eines Verbots der Vermummung.

Diese Liste läßt sich beliebig verlängern.

Ruth Doepper,
Celle

Einseitigkeit

„Bauhaus: Es gibt keinen Bürgerkrieg“, WELT vom 1. September

Die 150 Arbeitnehmervertreter des weitverbreiteten VW-Konzerns fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Lohnfortzahlung für Verhaftete in Südafrika. Bedauerlich ist, daß das politische Gewissen dieser Arbeitnehmervertreter so einseitig auf eines der reichsten Länder Afrikas ausgerichtet ist, in dem die Schwarzen mehr Freiheiten haben als in fast allen anderen Ländern Afrikas. Die Freiheit für „politische Gefangene“ wie zum Beispiel Nelson Mandela zu fordern ist malakisch. 1983 wurde er auf der Rivonia-Farm außerhalb von Johannesburg ertrappt mit 210 000 Handgranaten, 49 000 Landminen und 50 Tonnen Sprengstoff. Er fordert noch heute den Einsatz von Gewalt, ebenso wie seine Ehefrau.

Was sich die Damen und Herren Arbeitnehmervertreter von VW für wirkliche politische Gefangene einsetzen wollen, seien Sie zum Beispiel auf die ca. 5000 unschuldig inhaftierten Menschen in der DDR und Ost-Berlin verwiesen. Von denen hat keiner Gewalt angewendet oder propagiert. Warum schweigen die VW-Leute hierzu?

Dr. Wulf Rothenbacher,
Ditz

Zweierlei Maß

In den Nachrichten wird all das verschwiegen, was während der letzten Jahre an grundlegenden Reformen in Südafrika stattgefunden hat. Daß dies eine Repräsentanz der schwarzen Bevölkerungsgruppen auf Regierungsebene in Kürze zur Folge haben wird, ignoriert man.

Es war vorauszuweisen, daß der Verhängnis der Ausnahmezustandes in Südafrika ein Aufbruch der Medien folgen würde. Wunderlicherweise ist nur, daß eine solche Reaktion fern bleibt aufgrund des Ausnahmezustandes, der in Zimbabwe seit 1980 und in Sambia seit 1964 beständig erneuert wird.

Dieter Hesse,
Windhoek

Personen

WAHL

Der Vorsitzende des Vorstandes der Degussa AG in Frankfurt am Main, Gerd Becker, ist zum neuen Schatzmeister des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Dr. Walther Casper an, der nach sieben Jahren erfolgreicher Tätigkeit auf eigenen Wunsch aus dem Amt ausscheidet. Gerd Becker gehört seit 1978 dem Landesratium von Hessen im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft an.

UNIVERSITÄT

Dr. Horst Weisser, Akademischer Oberamt am Institut für Lebensmittel-Verfahrenstechnik der Karlsruher Universität, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Brauerei-Anlagen und Lebensmittel-Verpackungstechnik der Technischen Universität München erhalten. Dr. Weisser soll die Nachfolge des im Oktober 1983 tödlich verunglückten Professor Frank Berg antreten.

GEBURTSTAG

Seine Prägung erhielt er in der Bekennenden Kirche durch ein Opfer des nationalsozialistischen Regimes: Dietrich Bonhoeffer. Der in Obersachsen geborene Bischof Albrecht Schönherr vollendet am 11. September das 75. Lebensjahr. Mit



Albrecht Schönherr

seinem Namen ist eine Kirchenpolitik verbunden, die dem Evangelischen Kirchenbund in der „DDR“ begrenzten Freiraum gewinnen konnte. Nach der vom SED-Staat erzwungenen Trennung der acht evangelischen Landeskirchen von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1969 war Schönherr wegweisend für die Protestanten in der atheistischen Umwelt Mitteleuropas. Der Theologe hat in Tübingen und Berlin studiert und von 1951 bis 1962 das Predigerseminar in Brandenburg geleitet. Nach der Aussperrung des in West-Berlin

BUCHPREMIERE

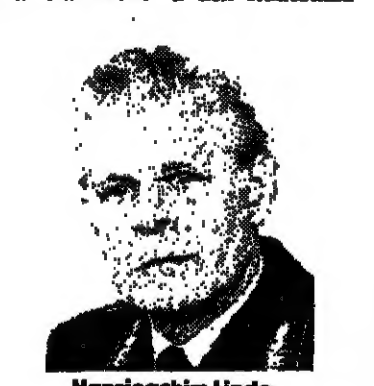
Ein Buch, das mit Spannung in Bonn erwartet wurde, hat der frühere Bundesminister Dr. Rainer Barzel geschrieben und in der Bundeshauptstadt vorgestellt. Sein Titel: „Im Streit und umstritten“. Der Untertitel lautet: „Anmerkungen zu Adenauer, Erhard und den Ostverträgen“. Ullstein hat das Buch auf den Markt gebracht. „Man kann in Diskussionen erst begeben, wenn man nicht mehr im politischen Geschäft ist“, so der Autor gestern bei der Buchpremiere in der Berlin-Vertretung. In den zum Teil bisher unveröffentlichten Dokumenten und persönlichen Aufzeichnungen aus seiner Zeit als Fraktions- und später auch als Parteivorsitzender der CDU ist ein Brief von Konrad Adenauer von besonderem Interesse. Am 29. Oktober 1966 schrieb dieser an Barzel: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie Bundeskanzler würden und wenn die bisherige Koalition fortgesetzt würde.“ Adenauer wollte damals nicht nur Erhard loswerden, sondern suchte wohl in Barzel den Mann, der die Große Koalition, die dann am 1. Dezember kam, noch hätte verhindern können.

MILITÄR

Generaloberstabsarzt Dr. Hans-Joachim Lunde, Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, wird von Bundesverteidigungsminister Dr. Manfred Wörner am 28. September mit einem Großen Zapfenstreich auf der Bonner Harthöhe in den Ruhestand

GESTORBEN

Der Schweizer Komponist Armin Schibler ist am Sonntag in Zürich im Alter von 65 Jahren gestorben. Schibler, 1920 in Kreuzlingen geboren, hatte in Zürich und London studiert, wo er sich Benjamin Britten und Michael Tippett anschloß. Der gemäßigten Zwölftöner und fesselnde Rhythmiker hinterläßt Sinfonien aus den Jahren 1947, 1954 und 1957, eine Orchesterpassacaglia (1950), sinfonische Variationen (1950), die „Rhythmischen Metamorphosen“ (1956), ein Violinkonzert (1960), das Konzert für Schlagzeug (1961) sowie Kammermusik und Klavierwerke. 1958 verfaßte er die Ballettoper „Das Jubiläum“, weitere Ballette und Opern („Der Raub des Feuers“, „Der spanische Rosenstock“, „Der Teufel im Winterpalais“, „Blackwood und Co.“) entstanden in den fünfziger und sechziger Jahren. Schibler hat mehrere Schriften zur modernen Musik und Oper verfaßt.



Hans-Joachim Lunde

KIRCHE

Der Leiter der deutschsprachigen Abteilung im Vatikanischen Staatssekretariat, Prälat Dr. Erwin Ender, ist im Rahmen seiner diplomatischen Laufbahn zum Nuntiaturnunt in Tübingen befördert worden. Der am 7. September 1937 in Steingrund (Grafschaft Glatz) geborene Priester gehört der deutschen Diözese Münster an. Seit 1970 arbeitet er in der deutschen Abteilung des Päpstlichen Staatssekretariats. Der Rang des Nuntiaturnunt entspricht dem des Botschaftsrates im weltlichen diplomatischen Dienst.

EHRUNG

Die Deutsche Gesellschaft für Photographie und die Stadt Köln haben sechs deutsche Kameraleute mit dem Deutschen Kamerapreis Köln 1986 ausgezeichnet. Jörg Seidl erhielt den aus einem Kristallgloben bestehenden Preis in der Kategorie Kino-Spielfilm („Kamin-

Ehmke sieht den Gipfel in Gefahr

rnc. Bonn

Nach Gesprächen mit hochrangigen Politikern der Administration und des Kongresses in Washington stellte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, gestern vor Journalisten fest, die Affäre um den US-Journalisten Daniloff könne letztlich das Zustandekommen des amerikanischen Gipfeltreffens vereiteln. Ehmke, der gemeinsam mit dem früheren Berliner Bürgermeister Dietrich Stobbe und dem Berater des SPD-Kanzlerkandidaten, Bodo Hombach, in Washington die Beschlüsse des Nürnberger Parteitag zur Sicherheitspolitik erläuterte, sagte in Bonn, die Sowjetunion müsse einsehen, daß sie nicht einseitig den „Fall Daniloff“ spielen und andererseits doch auf die Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow hoffen könne. Stobbe fügte hinzu, für die USA sei die Behandlung Daniloffs, von dem Moskau behauptet, er sei als Spion tätig gewesen, nicht hinnehmbar. Es sei denkbar, daß die US-Regierung unter sehr starkem Druck der amerikanischen Öffentlichkeit gerade, wenn Daniloff nicht freikommt.

Ehmke meinte, es sei gelungen, in Washington „Mißverständnisse und Mißinterpretationen“ über den sicherheitspolitischen Kurs der SPD nach Nürnberg auszuräumen. Er zeigte sich erfreut darüber, daß für ihn und Stobbe die wichtigsten Politiker und Beamte trotz der intensiven Vorbereitungsarbeiten für das Gipfeltreffen Zeit gehabt hätten. Im Grundsätzlichen sei mit ihnen Einvernehmen darüber erzielt worden, daß es gemeinsames Interesse der USA und der Deutschen sein müsse zu verhindern, „die europäische Küste unter anderer Leute Kontrolle fallen zu lassen“.

USA sprechen von einem Affront Gorbatschows

„Fall Daniloff“ eskaliert / Festhalten an Gipfel-Vorbereitung

Die Entscheidung des Kreml, den „Fall Daniloff“ eskalieren zu lassen und den amerikanischen Korrespondenten in Moskau formell der Spionage anzuklagen, hat in Washington ernste Sorge um das geplante Gipfeltreffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow ausgelöst. „Wir betrachten die Angelegenheit als sehr, sehr ernst“, erklärte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses.

Die Anklageerhebung wegen Spionage ist indirekt zugleich ein deutlicher Affront gegen Präsident Reagan, der sich am Freitag in einem Brief an Gorbatschow persönlich dafür verbürgt hatte, daß Daniloff kein Spion sei. Eine direkte Antwort Gorbatschows auf das Schreiben Reagans steht noch aus.

Professor David Pipes von der Harvard Universität, der einige Zeit als Berater Reagans in sowjetischen Fragen im Weißen Haus diente, erklärte: „Nachdem die Reagans Erklärung ignoriert haben, habe ich Schwierigkeiten, mir vorzustellen, wie ein Gipfeltreffen über die Bühne gehen kann.“

Neue Prioritäten

Dennoch bemüht man sich im Weißen Haus und im State Department, die sowjetischen Eskalationen im „Fall Daniloff“ nicht mit dem Abbruch der Gipfelvorbereitungen zu beantworten. Zur Stunde ist die Reagan-Administration noch entschlossen, das Treffen der beiden Präsidenten am 19. und 20. September wie geplant in Washington über die Bühne gehen zu lassen. Man plant jedoch, den „Fall Daniloff“ zum Top-Thema dieses Treffens zu machen. Eigentlich sollen bei dieser Begegnung nur die

Tagesordnung und der genaue Termin des Gipfeltreffens ausgehandelt werden.

Man rechnet in Washington damit, daß das State Department die sowjetische Verschärfung des „Falles Daniloff“ in Kürze mit Gegenmaßnahmen außerhalb des Bereichs des Gipfeltreffens beantworten wird, beispielsweise mit Restriktionen im Kulturaustausch. Ob sie ausreichen werden, die zunehmend zorniger werdenden Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit und der Medien zu besänftigen, muß jedoch bezweifelt werden.

Revanche-Strategie

Im amerikanischen Außenministerium versteht man die Entscheidung des Kreml, Anklage wegen Spionage gegen Daniloff zu erheben, als ein deutliches Zeichen dafür, daß die Sowjets entschlossen sind, diese Affäre mit strikter Revanche-Strategie zu handhaben. Man sieht deshalb einen Zusammenhang zwischen dieser jüngsten Eskalation und der Tatsache, daß der sowjetische UN-Beamte Sacharow heute in New York unter Spionageanklage gestellt wird. Das würde bedeuten, daß die Sowjets offenbar nur einen direkten Austausch von Daniloff und Sacharow als Lösungsmöglichkeit betrachten. Das aber ist von amerikanischer Seite bisher strikt abgelehnt worden.

Der sowjetische UN-Beamte war Mitte April in New York verhaftet worden, als er einem angeblichen Informanten 1000 Dollar zahlte. Der amerikanische Journalist Daniloff war am 30. August in Moskau vom KGB verhaftet worden, als ein sowjetischer Bürger ihm einen Briefumschlag aushändigte, der angeblich Geheimdokumente enthielt.

Vetter: Ich stehe Ausschuß zur Verfügung

p. p. Bonn

Der ehemalige DGB-Vorsitzende und heutige Europa-Abgeordnete Heinz Oskar Vetter hat sich gestern gegen den Vorwurf verwahrt, er sei dafür verantwortlich, daß der Bonner Nene Heimat-Untersuchungsausschuß ihn bisher nicht als Zeugen vernehmen konnte. In parallel zu einem gleichlautenden Einschreibebrief abgesandten Fernsehbrief an den Ausschuß-Vorsitzenden Heinz-Günther Hüsich sprach Vetter davon, daß „Sie wissen, daß mit dieser Behauptung die Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt werden“.

Vetter erinnerte Hüsich an den tatsächlichen Zeitablauf. „Bereits im Juli ist auf Ihre Veranlassung mit mir verbindlich der 8. September 1986, 14 Uhr als Anhörungstermin vereinbart worden. Am 26. August 1986 haben Sie mein Büro durch den Ausschußsekretär Landau mitteilen lassen, der Termin müsse verschoben werden, weil einige Ausschußmitglieder aufgrund von Fraktionsitzungen verhindert seien. Wie ich nunmehr erfahre, haben Sie unmittelbar nach dem Termin auf den gleichen Tag den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Klaus Otto Cordua als Zeugen vor den Ausschuß geladen. Anschließend haben Sie mit mir den 8. Oktober als Anhörungstermin vereinbart. Wenig später haben Sie diesen Termin durch das Ausschußsekretariat auf den 9. Oktober 1986 verlegen lassen.“

Mit „freundlichen Grüßen“ merkt Vetter in dem Brief abschließend an, daß „damit feststeht, daß der nunmehr in der Öffentlichkeit erweckte Eindruck, die Ursachen für die Terminverlegungen lägen bei mir, eindeutig falsch ist“. Er fordert Hüsich dazu auf, „dies auch der Öffentlichkeit gegenüber unmißverständlich klarzustellen“.

Cattenom kann wie geplant ans Netz gehen

UR. Bonn

Der Versuch der saarländischen Landesregierung, die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Cattenom zu verhindern, ist vorerst gescheitert. Das Verwaltungsgericht in Straßburg wies die Klage des Saarlandes und einiger saarländischer, rheinland-pfälzischer und luxemburgischer Gemeinden auf eine einstweilige Anordnung ab, mit der die Inbetriebnahme bis zur Hauptverhandlung in ein bis zwei Jahren ausgesetzt werden sollte. Der erste Block des Kraftwerks kann damit, wie geplant, am 11. November ans Netz gehen.

In Saarbrücken wurde die Entscheidung des Gerichts „mit Bedauern“ registriert. Und auch das Ministerium für Umweltschutz verwies darauf, daß der französische Staatskommissar während der Verhandlungen immerhin gravierende formale Fehler eingeräumt hatte und als Vertreter der Regierung in Paris für die Aussetzung der Betriebsgenehmigung plädiert hatte. 1976 wurde in Cattenom ein Kraftwerk mit zwei Blöcken je 1300 und zwei Blöcken je 900 Megawatt genehmigt. Gebaut wurden dann aber vier Blöcke à 1300 Watt. Damit liegt für zwei Blöcke de facto keine Betriebsgenehmigung vor.

Grundsätzlich sieht sich die CDU-Landesregierung allerdings in ihrer Strategie, zu verhandeln statt zu klagen, bestätigt. Jetzt müßten die Gespräche intensiviert werden. Die französische Seite müsse den Wassereintritt vom 23. August noch einmal sorgfältig unter Sicherheitsaspekten prüfen und Zusagen über die Einhaltung von niedrigeren Grenzwerten, als sie die Genehmigung erlauben, völkerrechtlich verbindlich erklären. Eine Forderung, die die Bundesregierung nicht mittelt. Mainz appellierte an das Saarland, auf den Verhandlungsweg zurückzukehren und Bonn dabei stärker zu unterstützen.

Terrorwelle führt weltweit zu Konsequenzen

Ost-Berlin verstärkte seine Überwachung bereits vor Anschlägen

WERNER KAHL, Berlin

Uniformierte Ostberliner Polizisten und zivile Aufpasser des „DDR“-Staatsicherheitsdienstes waren bereits vor der neuen terroristischen Anschlagswelle im westlichen Ausland vor den arabischen diplomatischen Missionen im Berliner Sowjetsektor verstärkt auf Posten gezogen. Die Ostberliner Führung hatte vermutlich von ihren Agenten im Nahen Osten Vorwarnungen von zu erwartenden Attentaten erhalten. Dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) dürfte es ebenso wenig wie westlichen Nachrichtendiensten entgangen sein, daß in den letzten Tagen aus Terrorzentralen Kommandos auf Reisen geschickt worden waren, deren Zielorte jedoch zumindest für westliche Beobachter unbekannt blieben.

Die Ostberliner Führung hat offensichtlich seit einiger Zeit angeordnet, besonders auf Vorgänge im libyschen „Volksbüro“, der Botschaft im Stadtteil Karlsruher Ort, weit vom sowjetischen Hauptquartier, zu achten. Dort war es bereits im Frühjahr im Gebäude der Mission während hitziger Diskussionen über die Aufgabe des „Volksbüros“ im „revolutionären Kampf“ zu Schießereien gekommen. Unbekannte hatten ferner in der Nacht

vom 1. zum 2. Mai in der Nähe der Ostberliner Botschaft Libyens einen früheren libyschen Diplomaten erschossen, der an der Freien Universität in West-Berlin an seiner Promotion arbeitete. Seine Ermordung wurde von den „DDR“-Medien verschwiegen. Als Todesursache schrieb der Ostberliner Leichenbeschauer auf den Totenschein lediglich „zerstörtes Gehirngewebe“.

Auch in der Botschaft Syriens war es bei Auseinandersetzungen zwischen syrischen Geheimdienstbeauftragten und Diplomaten zu Schießereien gekommen. Am stärksten scheint der Staatsicherheitsdienst die PLO-Vertretung unter Kontrolle zu haben.

Am innerstädtischen Ausländerübergang „Checkpoint Charlie“ werden libysche Diplomaten nach wie vor an der Fahrt in die Westsektoren gehindert und zurückgewiesen. Das Verbot wurde als Folge des Bombenanschlages Anfang April auf die Diskothek „La Belle“ gegen rund 30 Libyer, die in Ost-Berlin akkreditiert waren, erlassen. Aus der Besorgnis, die eigenen Sicherheitsbehörden könnten die Kontrolle über Palästinenser, Syrer und Libyer verlieren, soll auch die „DDR“-Führung auf eine Beachtung der diplomatischen Regeln gedrungen haben.

Sharon versöhnt sich mit Peres

dpa/AP, Jerusalem

Die israelische Regierung hat ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Verantwortlichen für den Terroranschlag in Istanbul ausfindig zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen. Ein Selbstmordkommando hatte sich als Touristen verkleidet in eine Synagoge eingeschlichen und 22 Menschen sowie anschließend sich selbst erschossen. „Wir müssen die Verantwortlichen finden und wir müssen die Terroristen unerbittlich bekämpfen, wo immer sie sich aufhalten“, sagte Verteidigungsminister Rabin gestern. Der Grad der Brutalität deute auf palästinensische Kreise hin.

Bei der Suche nach Hintermännern hat die türkische Polizei 36 Personen festgenommen, darunter sieben Palästinenser, vier Iraker, einen Syrer, einen Iraker sowie vier Araber, deren Staatszugehörigkeit nicht mitgeteilt wurde.

Unterdessen ist die israelische Regierungskrise, die durch Außenminister Sharon entstanden war, beigelegt worden. Sharon, der eine Verbindung zwischen der „weichen Politik“ von Ministerpräsident Peres und dem Anschlag gezogen hatte, hat sich schriftlich bei Peres entschuldigt. Ein Grund für das Einlenken dürfte die für Oktober fällige Übertragung des Amtes des Ministerpräsidenten an Außenminister Shamir sein.

Luftpiraten droht der Tod

dpa/AP, Karatschi

Die Luftpiraten, die am Freitag auf dem pakistanischen Flughafen Karatschi eine PanAm-Maschine mit 384 Passagieren an Bord gekapert hatten, sollen nicht an die USA ausgeliefert werden. Der pakistanische Präsident Ziaul Haq teilte mit, die Terroristen würden in Pakistan vor Gericht gestellt. Dort drohe ihnen der Tod durch den Strang. Es hätten sich bisher keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die vier Palästinenser in Verbindung mit der Regierung eines anderen Landes gestanden hätten. Es sei außerdem noch nicht geklärt, warum sie den Anschlag auf palästinensischem Gebiet begangen hätten.

Zuvor hatte ein amerikanischer Bundesrichter Haftbefehle ausgestellt, um sicherzustellen, daß die Terroristen in den USA vor Gericht gestellt werden können. Im Verlauf der Kaperung der Maschine und ihrer Befreiung waren 18 Menschen getötet und etwa 106 verletzt worden. Ein kleiner Junge konnte bisher nicht identifiziert werden. 32 verletzte Passagiere werden noch in Krankenhäusern behandelt. Einige von ihnen schweben weiterhin in Lebensgefahr.

Einen Einsatzbefehl für die amerikanische Spezialeinheit „Delta Force“ hatten Beamte im Weißen Haus aus politischen Gründen zurückgehalten, berichtete jetzt das Magazin „Newsweek“.

Rom fragt in Tripolis an

E. ANTONAROS, Rom

Als der amerikanische Flugzeugträger „Forrestal“ während der PanAm-Flugzeugkaperung mit unbekanntem Ziel Neapel verließ, befürchteten Roms Politiker, daß ein amerikanischer Vergeltungsschlag gegen Libyen bevorsteht.

Roms Außenministerium bemühte sich um eine Entschärfung der schwelenden Krise. Nach einem Gespräch mit Ministerpräsident Ciriaco De Mita beauftragte der christdemokratische Außenminister Andreotti, dem eine große Araberfreundlichkeit nachgesagt wird, den italienischen Botschafter in Tripolis, von den Libyern eine klare Antwort darüber zu holen, ob sie mit der Entführung etwas zu tun hätten.

Daraufhin ließ Tripolis verlauten, daß es „jede Art von Terrorismus“ verurteile. Die Italiener, die den libyschen Angriff auf die westliche

liegendende Klein-Insel Lampedusa im vergangenen April noch frisch in Erinnerung haben, glauben, durch ihre diplomatische Aktionen die Krise entschärfen zu haben.

Verteidigungsminister Spadolini, der bekanntlich eine stärkere Anlehnung an Amerika befürwortet und von Andreottis pro-arabischen „Extra-Touren“ nicht viel hält, sagte zwar, er trage die Entscheidung Andreottis mit. Seine Formulierungen ließen allerdings deutlich erkennen, daß er nicht hundertprozentig einverstanden war. Durch Indiskretionen aus seinem Ministerium hatte die Öffentlichkeit auch erfahren, daß die in verschiedenen süditalienischen Luftstützpunkten stationierten Bomber Anweisungen erhalten haben sollen, im Ernstfall bestimmte libysche Ziele zu bombardieren. (SAD)

Chinesen machen Bomben-Geschäfte

JOCHEN HEHN, Hongkong

Sie sind leicht zu handhaben, kampferprobt und dazu viel billiger als die Konkurrenz: Waffen made in China haben sich zu einer begehrten Ware auf den internationalen Märkten entwickelt. Vor allem in der Dritten Welt sind die Chinesen blendend ins Geschäft gekommen.

Die Aktivitäten Chinas auf dem internationalen Waffenmarkt sind vor allem im chronischen Devisenmangel begründet. Sie sollen das Geld einbringen, das benötigt wird, um teure westliche Technologie für das umfangreiche Modernisierungsprogramm des Landes zu importieren und die Umstellung der Volksbefreiungsarmee von einer Massenarmee zu einer schlagkräftigen Streitmacht

mit modernster Rüstung zu finanzieren.

Der erste Vorstoß Pekings auf den internationalen Markt geht auf Oktober 1984 zurück, als bei einer Waffenauktion in Griechenland erstmals militärische Produkte aus China angeboten wurden. Seitdem finden sich Verkaufswerbung in den meisten einschlägigen Fachzeitschriften.

Das Angebot der Chinesen ist reichhaltig. Von leichten Waffen angefangen bis zu Panzern, Abfangjägern und Patrouillenbooten ist alles zu haben. So werden zum Beispiel die neu entwickelten chinesischen Maschinengewehre nur zu einem Viertel des Preises angeboten, den das entsprechende amerikanische Modell kostet. Und der F-7-Jäger, eine ver-

besserte Version der sowjetischen MiG-23, kostet nur ein Zehntel vergleichbarer westlicher Modelle. Was Wunder, daß chinesische Waffen weltweit reißenden Absatz finden.

Westliche Militärexperten sind der Meinung, daß China mittlerweile einer der größten Waffenlieferanten der Dritten Welt ist. Obwohl offizielle Statistiken fehlen, ist bekannt, daß Pakistan, Ägypten und Nordkorea zu den Hauptkunden Pekings zählen. Angeblich soll auch das seit fast sieben Jahren mit Irak im Krieg liegende Iran zu den Abnehmern chinesischer Waffen gehören. Dies wird von den Chinesen jedoch dementiert. Die „Washington Post“ schrieb, China sei heute der größte Waffenlieferant des Khomeini-Regimes.



Vermögensberatung durch die Sparkasse eröffnet Ihnen angenehme Perspektiven für später.

Auf die Frage, wie man sein Geld gewinnbringend anlegt, gibt's viele Antworten. Weil aber nicht jede zu jedem paßt, lohnt sich ein Gespräch mit Ihrem Geldberater. Wenn er weiß, welche Vorstellungen Sie haben – etwa die Anlagedauer und spätere Verfügbarkeit –, wird er ein klares Konzept entwickeln. Für Sie und mit Ihnen gemeinsam.

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über die verschiedenen Anlageformen.

Denken Sie an diesen Sparkassen-Service, wenn Ihre Lebensversicherung fällig, die betriebliche Rente ausbezahlt oder die verkaufte Zweitwohnung zu Kapital wird: Ihre Sparkasse bietet unter anderem festverzinslichen Wertpapiere und interessante Sparkassenfonds, die alle eines gemeinsam haben: die Sicherheit, daß Ihr Kapital auf gutem Kurs ist.

Wenn's um Geld geht – Sparkasse



erstärkt
wachung
anschlägt



Die Sorgen im Tabakwaren-Fachhandel halten an. Die öffentliche Diskussion um Rauchen und Gesundheit, fehlende Innovationen bei Rucherbedarfsmitteln sowie die als zu gering bezeichnete Gewinnmarge im Zigarettenverkauf gestalten das Geschäft rund um den „blauen Dunst“ als sehr schwierig. (Seite 11)

FOTO: SVEN SIMON

FÜR DEN ANLEGER

Zanders: Zu 240 DM je 50-DM-Aktie bietet die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch Gladbach, den Aktionären neue, stimmrechtslose Vorzugsaktien im Verhältnis 4:1 an. Sie sind für das Geschäftsjahr 1986 voll gewinnberechtigt.

Liquidität: Für ein auslaufendes Wertpapiergeschäft über 10,1 Mrd. DM bietet die Bundesbank dem Kreditgewerbe eine Anschuldfinanzierung zum unveränderten Festzins von 4,35 Prozent an.

Leasing: Japan lockt den Kapitalexport weiter, die Post-Lebensversicherung darf unbegrenzt ausländische Wertpapiere kaufen.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 255,98 (289,55); Chemie: 189,33 (170,40); Elektro: 335,58 (337,54);

Auto: 763,57 (771,33); Maschinenbau: 151,09 (152,87); Versorgung: 164,66 (167,12); Banken: 426,54 (433,66); Warenhäuser: 174,09 (177,08); Bauwirtschaft: 547,22 (545,19); Konsumgüter: 187,51 (189,70); Versicherung: 151,64 (154,83); Stahl: 158,92 (164,83).

Kursgewinner: DM + %
Kali + Salz 318,50 33,3
Bardow Rd. 10,75 9,69
Kawasaki Kisen 3,00 9,09
AAC South Afr. 33,80 7,64
Amaz 32,50 6,58

Kursverlierer: DM - %
Kraft Rheinl. 270,00 12,9
Hussel 590,00 7,81
Leifheit 518,00 7,00
Fiat NA Vz. 14,00 5,72
Bertelsmann 218,50 5,00
(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwach

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Mannesmann: Über die vorzeitige Pensionierung von 2200 Beschäftigten der Röhrenwerke wird die Bundesanstalt für Arbeit morgen entscheiden.

Shell: Der Mineralölkonzern bietet den Autofahrern jetzt die Möglichkeit, sich die Verträge für ihr Fahrzeug bestmöglich zu lassen.

Es wird garantiert, daß durch die Verwendung von bleifreiem Benzin keine Schäden auftreten. (S. 11)

Nissan: Die britische Premierministerin Thatcher hat das neue Werk des japanischen Automobilherstellers in Washington nahe Newcastle im Nordosten Englands eingeweiht. (S. 10)

WELTWIRTSCHAFT

Lob: US-Finanzminister Baker (Foto) hat erneut die Notwendigkeit betont, daß die US-Handelspartner wirtschaftliche Ankerbelegungsmaßnahmen ergreifen müßten. Dies sei in einigen Ländern bereits geschehen. Baker würdigt besonders die Steuerreformbestrebungen der Bundesregierung, die er als wachstumsfördernd bezeichnet.

Minister-Treffen: Die stellvertretenden Finanzminister der fünf großen Industrieländer haben in Paris getagt. Das Treffen diente der Vorbereitung der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds am 30. September in Washington.

Öl: Die Weltproduktion wird im dritten Quartal um 48,7 Mill. Barrel täglich den Verbrauch von 46,1 Mill. Barrel weiterhin beträchtlich übersteigen, ergibt eine Studie der Internationalen Energieagentur (IEA).

Dritte Welt: Staatliche Eingriffe in allen Wirtschaftsbereichen blockieren nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in vielen Ländern der Dritten Welt die vorhandenen Wachstumschancen. Mit mehr Marktwirtschaft könnten die Produktivkräfte besser genutzt und das Wachstum angekurbelt werden. (S. 10)



Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar)

Produkt	5.9.86	6.9.86	7.9.86	8.9.86	1973
Superbenzin	205,50	206,50	165,00	286,00	97,00
0,15 g Bleigehalt					
Diesel (EG-Material)	134,50	132,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl					
3,5 % S	75,50	74,50	73,50	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

Patronat: Der Präsident des nationalen Unternehmerverbandes (CNPF), Yvon Gattaz, hat der neuen französischen Wirtschaftspolitik großes Lob gezollt. (S. 10)

sortechnik, Automation und Datenverarbeitung. (S. 12)

Gehälter: Durch Aktienoptionen, die ihre Firmen ihnen als Leistungsanreiz gewähren, kommen Top-Manager in den USA auf Einkommen, von denen ihre deutschen Kollegen nur träumen können. (S. 12)

NAMEN

Schatzmeister des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Walther Casper an.

IBH: Morgen beginnt in Koblenz der Prozeß gegen Horst-Dieter Esch, ehemals Vorstandsvorsitzender der Dachgesellschaft des zusammengebrochenen Baumaschinenkonzerns. (S. 10)

WER SAGT'S DENN?

Zivikourage ist das, was von einem Menschen übrigbleibt, wenn der Vorgesetzte das Zimmer betritt.

Werner von Braun



Nachfolger: Der Vorstandsvorsitzende der Degussa AG, Frankfurt, Gert Becker (Foto), ist zum neuen

Sollen die Mittel für Landwirte oder für Soziales gekürzt werden?

Der Streit um die Agrarpolitik ist im EG-Ministerrat wieder aufgeflammt

WILHELM HADLER, Brüssel
Gleich in der ersten Sitzung nach der Sommerpause ist der EG-Ministerrat gestern wieder mit der Frage nach dem Stellenwert der europäischen Agrarpolitik konfrontiert worden. Die für Budget-Angelegenheiten zuständigen Minister standen vor der Wahl, ob die unerlässlichen Einsparungen im EG-Haushalt zu Lasten von Vorhaben im Sozial-, Regional- oder Forschungsbereich vorgenommen werden sollen oder durch Kürzungen der Mittel für die Landwirtschaft.

Die Beratungen gestalten sich außerordentlich schwierig. Schon im Juli war der Rat an der Aufgabe gescheitert, Anders als in früheren Jahren besitzen nämlich die in einem größeren Finanztransfer der EG interessierten ärmeren Mitgliedsländer durch den Beitritt Spaniens und Portugals eine Sperrminorität gegen Beschlüsse, aber auch die „reichen“ Staaten, die sich gegen den Abfluß von mehr Mitteln nach Brüssel stemmen, sind allein nicht beschlußfähig.

Der Vorentwurf der EG-Kommission für den Haushalts 1987 sieht Gesamtausgaben von rund 77 Mrd. Mark vor, was gegenüber dem laufenden Jahr einer Steigerung um 4,4 Prozent entspricht. Rund 48,2 Mrd. Mark davon (plus 3,8 Prozent) sind für den Agrarfonds vorgesehen. Das Problem ist, daß mit diesen Ansätzen die der EG zustehenden Einnahmen bis auf einen kleinen Betrag (563 Mill. Mark) erschöpft sind. Schon heute läßt sich absehen, daß für die Agrarpolitik ein höherer Finanzbedarf entstehen wird, der dann nicht mehr gedeckt werden kann.

Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Belgien und Dänemark treten für eine größere Sicherheitsmarge ein; das bedeutet, daß anderen Ausgaben gespart werden muß. Die Landwirtschaftspolitik kann in der Tat nicht durch einen einfachen Budgetbeschuß verändert werden, da sie gesetzlich fixierte Ansprüche schafft.

Italien, Spanien, Griechenland, Irland und Portugal widersetzen sich bisher Kürzungen bei den Struktur- ausgaben. In ihren Augen kommt die Agrarpolitik vornehmlich den nördlichen EG-Ländern zugute. Wie die

wicklung im laufenden Jahr von plus zwei Prozent - getragen von der landwirtschaftlichen Konsumgüter - erwarten die Unternehmen für 1987 wieder steigende Umsatzzuwächse sowohl im Inland (plus fünf Prozent) als auch im Ausland, hier sogar mit plus sieben (plus/minus 0) Prozent deutlich stärker.

Bei allen Exportschwierigkeiten auf dem US-Markt geht man offensichtlich davon aus, überproportional am beschleunigten Wachstum des Welthandelsvolumens 1987 partizipieren zu können. Dabei sind vor allem die Investitions- und die Verbrauchsgüterhersteller, zuversichtlich, mit plus acht (drei) bzw. sechs (vier) Prozent ein überdurchschnittliches Exportwachstum zu erzielen.

Von der Wachstumpause nicht beeinträchtigt wurde die Investitionsneigung der deutschen Industrie. Mit einer nominalen Zuwachsrate von 14 Prozent werden ihre Investitionen den Aufschwung 1986 sogar entscheidend mittragen. Und ein Indiz dafür,

Mehrheit des Europaparlaments sieht diese Gruppe in der Entwicklung neuer gemeinsamer Politiken eine „Zukunftshoffnung“, zumal sie zu den Nettoempfängern gehört. Wenn gespart werden muß, dann nach ihrer Ansicht auch bei der Finanzierung des Butter- oder Rindfleischberges.

Nicht leichter geworden ist ein Kompromiß durch die jüngsten Budgetschätzungen, außer einer beträchtlichen, wenn auch in ihrem Ausmaß noch nicht genau zu überschauenden Mehrbelastung für Ausfuhrsubventionen, die sich in höheren Ausgaben niederschlagen wird, hat der niedrige Dollarkurs auch die Einnahmen der EG beeinträchtigt. Die Kommission sah sich deshalb veranlaßt, nur zwei Monate nach Verabschiedung des Haushalts für 1986 bereits den Entwurf eines Nachtragsbudgets vorzulegen. Die EG-Einnahmen aus Zöllen und Agrarsubventionen werden sich danach im laufenden Etatjahr um rund 2,2 Mrd. Mark verringern. Dem steht allerdings ein Plus von 650 Mill. Mark bei den Mehrwertsteuereinnahmen gegenüber.

Konjunktursignale auch 1987 auf Grün

Ifo-Umfrage: Industrieproduktion steigt im nächsten Jahr um knapp fünf Prozent

daß dieser Investitionsmotor weiterhin rund laufen wird, sieht das Ifo darin, daß bereits zum jetzigen frühen Zeitpunkt die Investitionspläne für 1987 eine Zunahme von fünf Prozent vorsehen. Unter Berücksichtigung einer strukturellen Unterschätzung bedeute dies ein Wachstum von etwa acht bis zehn Prozent.

Zugute kommen wird diese anhaltende Aufwärtsbewegung auch der Beschäftigungsentwicklung in der Industrie. Bis Ende 1986 werden die Unternehmen im Jahresdurchschnitt 1,7 Prozent mehr Mitarbeiter eingestellt haben. Fortsetzen wird sich diese Entwicklung auch 1987 mit einer derzeit geplanten Aufstockung um 0,4 Prozent. Letztlich kann aber auch hier, so das Ifo, damit gerechnet werden, daß die tatsächliche Entwicklung 1987 die Pläne um bis zu einem Prozentpunkt übersteigen wird. Danach dürfte das verarbeitende Gewerbe dann etwa 190 000 Personen mehr beschäftigen als 1985.

250 000 neue Arbeitsplätze geplant

A. G. Bonn

Die Fördermaßnahmen des 15. Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollen dazu beitragen, daß in der Zeit von 1986 bis 1990 etwa 251 500 neue Arbeitsplätze geschaffen und rund 274 600 bestehende gesichert werden. Diese Zahlen teilte das Bundespräsidialamt gestern in Ergänzung der Beschlüsse über eine Neuaufgrenzung der Fördergebiete mit, die der Planungsausschuß für regionale Wirtschaftspolitik unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann bereits im Juli gefaßt hatte.

Um diese Arbeitsplatzziele zu erreichen, ist geplant, private Investitionen in Höhe von 58,3 Mrd. Mark zu fördern. Ferner ist vorgesehen, den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur mit einem Investitionsvolumen von 2,1 Mrd. Mark zu unterstützen. Der 15. Rahmenplan soll in Kürze als Bundesgesetzdrucksache veröffentlicht werden.

Die im Juli beschlossene Neuaufgrenzung der Fördergebiete soll mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft treten. Für die Neuregelung hatten die Bundesregierung sowie die unionsregierten Länder gegen die Stimmen der SPD-Länder votiert. Danach werden künftig etwas über 30 (bisher 35) Prozent der Wohnbevölkerung in Fördergebieten leben.

Unterstützung für Städtebau mit neuem Gesicht

vos, Bonn

„Umwelt und Gewerbe im Städtebau“ heißt ein fast 300seitiger Bericht, in dem Bundesbauminister Oscar Schneider anhand von über 100 Fallbeispielen ein neues Leitbild für den Städtebau entwirft. Ökonomische und ökologische Revitalisierung sind die Schlagworte, die für neue Wohn- und Lebensqualität und damit auch für die Bemühungen um Standortattraktivität für Unternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb stehen. Dazu gehört die Stadtentwicklung nach innen, die darauf verzichtet, immer neue „Freiflächen“ als Baugebiet freizugeben. Statt dessen soll durch Sanierung, Grünflächen und Verkehrsberuhigung das Leben in der Innenstadt wieder attraktiv gestaltet. Natürliche Lebensgrundlagen sollen geschont oder wiederhergestellt werden.

Gleichzeitig dringt Schneider darauf, das Baugesetzbuch möglichst schnell zu verabschieden, um den Gemeinden bei der Durchsetzung der neuen Baupolitik auch das rechtliche Instrumentarium an die Hand zu geben. Doch auch praktisch soll den Gemeinden unter die Arme gegriffen werden: Seit 1982 wurden die Mittel der Städtebauförderung verknüpft, sie liegen heute bei 4,6 Mrd. DM und reichten für Zuschüsse in über 1000 Städten. Die Nachfrage liegt jedoch um das Vierfache höher.

AUF EIN WORT



Personalsuche für die mittelständische Industrie ist ähnlich wie Brautwerbung. Entweder mögen sich die Partner auf Anhieb oder es ist nahezu aussichtslos, eine Stelle zu besetzen. Dies bedeutet natürlich ein enormes Risiko für die Dauerhaftigkeit der Beziehung nach der Probezeit, genau wie nach den Flitterwochen in der Ehe.

Jürgen Liedtke, Inhaber der Unternehmensberatung Dipl.-Kfm. Jürgen Liedtke, Neukirchen-Vluyn.

FOTO: DEWELT

Senioren entwickeln Initiative

ERWIN SCHNEIDER, Leverkusen
Mit einem finanziellen Minimum und dem Maximum an beruflicher Erfahrung älterer Leute will die Senior Experten Service (SES)-Unternehmen. Ehrenamtlicher Dienst der deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH, Bonn, ein Stück praktizierter Entwicklungshilfe leisten. Zwei Ziele werden damit erreicht, erklärte SES-Kuratoriumsleiter Prof. Herbert Grünwald in Leverkusen. Mit diesem Angebot entsprechen wir nicht nur einem dringenden Bedarf der Entwicklungsländer, sondern bieten aktiven Senioren die Chance, noch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, bei der sie Befriedigung und Anerkennung finden.

Die Idee dieser Initiative stammt aus den USA, wo sie während der Ara Kennedy Anfang der 60er Jahre entwickelt wurde. Eine erste Nachahmung verschwand dann in der Bundesrepublik Ende der 60er Jahre wegen mangelnder Unterstützung durch die Bundesregierung. Erst 1983 wurde die SES neu gegründet. Dann zeigte sich schnell, daß eine Lücke gefunden worden war. Denn „besonders kleine und mittlere Unternehmen in den Ländern der Dritten Welt sind auf eine gezielte Unterstützung bei der Lösung betrieblicher Probleme angewiesen“, erläuterten die Geschäftsführer Rudolf Schuster und Heinrich Nordstieck. Die traditionellen Instrumente der Entwicklungspolitik seien oft nicht ausreichend.

Hilfe zur Selbsthilfe und die Anleitung des einheimischen Personals stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Bis Ende 1985 wurden 145 Einsätze in 49 Ländern - unter denen sich allerdings ein Schwerpunkt in der Volksrepublik China und Brasilien gebildet hat - mit einer mittleren Dauer von 65 Tagen durchgeführt. Für das laufende Jahr sind 100 Einsätze geplant, 50

schon realisiert. Bisher haben sich 1500 Experten gemeldet, ohne daß gezielt für diese Initiative geworben wurde.

Der Durchschnittsalter liegt bei 64 Jahren. Die Bewerber müssen sich durch fachliche Eignung, Gesundheit, Sprachkenntnisse und Auslandserfahrung qualifizieren. Außerdem soll sie materiell unabhängig und bereit sein, auf eine Vergütung ihrer Tätigkeit zu verzichten“, so Schuster. Denn sie erhalten nur ein Taschengeld.

Entsprechend sparsam ist der SES-Jahresetat dotiert. Die Aufwendungen von rund 1 Mill. DM werden zu 60 Prozent von den Sponsoren der Wirtschaft, zu denen die Deutsche Industrie- und Handelskammer, der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Carl Duisberg-Gesellschaft gehören, sowie von den Auftraggebern durch Zahlung eines Gemeinkostenanteils getragen.

Hoffnung auf Diskontsenkung verweht

cd. Frankfurt

Der von der Inflationsschysterie in den USA ausgelöste Anstieg der amerikanischen Zinsen, der den Dollarkurs bei der amtlichen Notierung von 2,0315 auf 2,0640 DM klettern ließ, hat gestern die Hoffnungen auf eine deutliche Diskontsenkung an diesem Donnerstag weggeblasen und die internationale Spekulation auf eine Markaufwertung gedämpft.

Darauf reagierte der Rentenmarkt mit einem Kurseinbruch bis um 1,50 DM bei Bundesanleihen; ihre Durchschnittsrendite stieg von 5,59 auf 5,66 Prozent. Am Aktienmarkt war das Schwinden der Zinssenkungshoffnungen Signal für Gewinnmitnahmen. Unter Druck standen vor allem Aktien von Geschäft- und Hypothekenbanken, die bis zu fünf Prozent ihres Kurswertes einbüßten.

USA wollen Stahl-Vertrag nun anwenden

dpa/VWD, Brüssel

Die USA haben der Europäischen Gemeinschaft jetzt zugesagt, die Vereinbarung über den Import von Stahl-Halbzeug aus der EG am 15. September in Kraft zu setzen. Dies teilte die EG-Kommission mit. Bisher hatte Washington die Anwendung der im Juli getroffenen Vereinbarung mit Hinweis auf die formell noch nicht aufgehobenen EG-Einfuhrzölle verweigert. Die Kommission rechnet trotz der Widerstände Italiens und Griechenlands damit, daß der EG-Ministerrat die Zitrussimporte am 15. September freigeben wird.

In den Häfen der USA liegen rund 75 000 Tonnen Halbzeug aus der EG fest, die nun entzollt werden dürfen. Nach dem Übereinkommen darf die EG bis Jahresende 300 000 Tonnen Halbzeug in die USA ausführen.

Kein Kuckucksei

in (London) - Ein „Kuckucksei“, wie manche schimpfen, ist es gewiß nicht, was der europäischen Automobilindustrie mit dem neuen Nissan-Werk in Großbritannien ins Nest gelegt wurde. Dafür wird das „Montagewerk“ der Japaner sowohl in seinem Frühstadium mit einem Jahresausstoß von bis zu 24 000 Mittelklassewagen als auch in einem späteren Ausbaustadium kaum groß genug sein. Außerdem muß sich noch erweisen, ob die Fertigung der Autos, die ausschließlich aus in Japan vorgefertigten Teilen zusammengebaut werden, bis 1990 auf die anvisierten 200 000 Stück angehoben werden kann.

Dieses große Fragezeichen ist allem durch Erfolg oder Versagen der Nissan-Modelle zunächst auf dem britischen Markt und später auf dem ganzen EG-Markt gesetzt. Bevor Nissan für seine Fertigung im Nordosten Englands 60 Prozent und am Ende der Ausbaustufe sogar 80 Prozent der Teile aus der EG beziehen, werden die Wagen aus dem nordenglischen Washington auf die mit Großbritannien seit Jahren vereinbarte japanische Selbstbeschränkung auf eine Einfuhrquote von maximal elf Prozent aller britischen Neuzulassungen angerechnet. Mit anderen Worten: Sie gelten als Importe.

Es besteht kein Zweifel, daß andere EG-Länder mit ähnlichen Abkommen wie Frankreich oder Italien ebenso verfahren werden. Der Aufschrei über das angeblich „unfaire Sprungbrett“ für Nissan ist somit nicht gerechtfertigt. Nur zu gerne wird die Bedeutung des ersten rein japanischen Autoworkes auf EG-Boden für den Dialog zwischen Europa und Japan übersehen.

Mehr Sonne für das Foto

Von WERNER NEITZEL

Der deutsche Fotomarkt zeigt ein freundliches Bild. Nach vier harten Jahren, in denen sich die Sparte der Amateurfotografie - im Gegensatz zu dem von der Konjunktursonne besser beleuchteten Fachfotobereich - im Rückwärtsgefand befand, trat die von der Branche lang erhoffte Wende zum Besseren ein. Erstmals verbuchte man nach schwieriger Durststrecke im Sektor Amateurfotografie wieder ein Marktwachstum von fünf Prozent. Dies entsprach zugleich ziemlich genau auch der Ausweitung der erfolgreicheren Fachsparte. Und auch im laufenden Jahr 1986 bleibt die Wachstumsblende geöffnet. In der ersten Jah-

falsche Markteinschätzungen auf Seiten der Anbieter. Eines der jüngsten Beispiele ist die Disc-Kamera, die von Herstellerseite als das Nonplusultra gepriesen wurde, wenn es darum ging, 100prozentige Treffericherheit beim Knipsen zu bekommen. Doch hat schon recht bald Ernüchterung eingesetzt. Was nutzt es, wenn man zwar keine Fehlbelichtungen hat - nichts frustriert den Fotografen mehr als verpaßte oder verkorkte Knipsgelegenheiten -, die Bildergebnisse aber andere Mängel aufweisen! Denn für die bei den Fotohändlern mit großem Werbegetrömel offerierten Vergrößerungen auf üppigere Bildformate beizugehen, zeigen sich für die Disc-Kameras Grenzen auf. So ist es nicht verwunderlich, daß der Disc-Kameratyp, dem wegen seiner leichten Handhabbarkeit anfangs durchaus Chancen eingeräumt wurden, allmählich wieder von der Bildfläche verschwindet. Zum großen Renner am Markt avancierte die kompakte Autofokus-Sucherkamera.

Optimistisch gestimmt ist die Fotoindustrie nach Überwindung ihrer vierjährigen Durststrecke. Mit neuen Produkten und dem Einsatz der Mikroelektronik hat die Branche auf Wachstum geschaltet.

Vollgestopft mit Elektronik, die eine automatische Einstellung von Belichtung, Schärfte, Blitzauslösung, motorisierten Transport, Filmbastung und manches andere mehr ermöglicht und bewerkstelligt. Die Attraktivität dieser Kameras, die einen anhaltenden Verkaufsboom erleben, beruht auf nervensparender Bedienbarkeit und jederzeitiger Knipsbereitschaft, also Eigenschaften, wie sie auch von Fotoneulingen gewünscht werden.

Aber auch Weiterentwicklungen am Spiegelreflex-Sektor, in dem man inzwischen gleichfalls mit Autofokus aufwartet, haben dazu beigetragen, daß trotz der relativ hohen Marktsättigung im Kamera-Sektor die zeitweilige Erlahmung der Marktdynamik überwunden wurde. Überhaupt zeigt sich, daß echte Innovationen noch immer ihre Abnehmer gefunden haben.

Der Fotoindustrie kommt zuzustatten, daß Möglichkeiten des Films noch längst nicht ausgereizt sind. Die Fototechnik steht vor weiteren großen Schritten nach vorn. Der Film wird sich auch bei extremen Lichtverhältnissen besser denn je bewähren. Andererseits verzahnt sich die Mikroelektronik immer mehr mit der Fotosparte. Konzepte der Unterhaltungselektronik sind auf das Videofilmen eingestiegen, wie auch die Fotobranche in jenen Bereich vorgestoßen ist. Der Wettkampf sorgt für Preisdruck, was dem Verbraucher nur recht sein kann.

Und schließlich bietet die moderne Kamertechnik nicht nur ausgebauten Fotofans, sondern auch dem technisch etwas weniger Gebildeten die Möglichkeit, mit größerer Sicherheit als früher von Belichtung und Schärfeneinstellung her, bessere Bilder zu machen. Hier gab es in der Vergangenheit ja einige

Mit privater Verkabelung erfolgreich

dos. Hannover

Die über Erwarten günstige Entwicklung der mit privatem Kapital realisierten Verkabelungsprojekte in Braunschweig und Wolfsburg hat bei der federführenden Beratungsgesellschaft Gundlach & Sülter, Hannover, zu einer breiteren Basis geführt. Die Gesellschaft firmiert jetzt als Aktiengesellschaft und ist mit einem Stammkapital von 6 Mill. DM ausgerüstet. Neben Burkhard Gundlach und Klaus Sülter (jeweils 15 Prozent) ist die Hannover Finanz GmbH, eine Tochter des Versicherungskonzerns HDI, an der neuen AG mit Schachtel beteiligt. Den Aktionärskreis vervollständigen drei weitere Privatpersonen und eine Vermögensverwaltungsgesellschaft.

Hintergrund der neuen Rechtsform ist nach Gundlachs Worten das erwartete hohe Finanzvolumen in den nächsten zwei bis drei Jahren, das zu einem beträchtlichen Teil am freien Anlagemarkt beschafft werden soll. Vertraglich fixiert seien bereits Breitbandverkabelungsprojekte in Osnabrück und Wiesbaden. Das Finanzierungsverhältnis in Osnabrück (36 Mill. DM) und Wiesbaden (40 Mill. DM) liege bei 30 Prozent Eigenmitteln und 70 Prozent Fremdkapital. Wie schon in Wolfsburg und Braunschweig werden wieder Fonds als Kapitalgeberstellen dienen.

Die Erfahrungen in Niedersachsen zeigten, daß die Eigendynamik des Marktes immer stärker werde. Allein in den vergangenen vier Monaten seien 8000 Anschlüsse verkauft worden. In Wolfsburg haben 17 000 von 24 000 möglichen Haushalten bereits Kabelanschlüsse, in Braunschweig von 13 000 rund 8000 Haushalte. Vom einzuwerbenden Eigenkapital (28 Mill. DM) habe Gundlach & Sülter derzeit 80 Prozent platziert.

„Made in Germany“ gefragt

Spanier sind Nixdorfs umsatzstärkste Auslandsstöchter

HEINZ HILDEBRANDT, Madrid
Deutsche Produkte genießen in Spanien nach wie vor einen hohen Stellenwert. Das ist laut Francisco Robert einer der Gründe für den Erfolg der von ihm geleiteten Nixdorf Computer S. A., Madrid. Die spanische Tochter des deutschen Computertechnikers konnte ihren Umsatz seit 1981 vervierfachen und war 1985 mit umgerechnet rund 275 Mill. DM dessen umsatzstärkste ausländische Gesellschaft.

Die Hälfte der Gesamterlöse kamen aus dem Banken-Bereich, fast ein Viertel von mittelständischen Unternehmen, der Rest entfiel auf die öffentliche Hand, die Großindustrie und den Handel. Dessen Anteil, 1985 erst sieben Prozent vom Gesamtumsatz, dürfte sich im laufenden Jahr verdoppeln. Auf weite Sicht wird in diesem Bereich sogar mit den größten Wachstumschancen gerechnet.

Schon jetzt ist Nixdorf in Spanien Marktführer bei hochwertigen Scannerkassen, der Marktanteil liegt hier bei 80 Prozent. Trotzdem besteht auf dem Handelsmarkt noch ein großer Nachholbedarf, beispielsweise bei der Lagerüberwachung, bei einer Zinsrate von derzeit noch zwölf Prozent ein wichtiger Faktor in der Kostenrechnung.

Aufträge vom Staat

Auch in den Depots der Streitkräfte sind bereits Nixdorf-Systeme eingesetzt. Zu den staatlichen Auftraggebern zählt neuerdings auch die Justizverwaltung, die bisher den Datenanfall noch weitgehend manuell in den Griff zu bekommen versuchte.

Ein wichtiger Aktivposten für das Nixdorf-Image in Spanien ist auch die eigene Produktion, 1983 in Toledo aufgenommen, 1984 in einen neu errichteten Werkskomplex im dortigen neuen Industriegebiet verlegt. Pro-

duziert werden hier neben kompletten Systemen für den spanischen Markt vor allem bestimmte Module, seit dem Vorjahr auch solche für digitale Telefonsysteme.

Die Zahl der 1985 hier gefertigten Module erreichte rund 29 000, die Flanzahl für das laufende Jahr liegt bei 55 000 Stück. Hier wird allerdings nicht nur für den spanischen Markt produziert, sondern weitgehend auch für die Belieferung der deutschen Produktion. Der Exportanteil des Werkes Toledo lag 1985 bereits bei 50 Prozent, für 1986 werden 70 bis 75 Prozent erwartet. Von den hier gefertigten Systemen geht eine insgesamt noch geringe Zahl nach Südamerika, vor allem nach Venezuela. Der Kontinent läßt sich auszeichnen von Spanien aus betreuen, da es in vielen Ländern - wie in Venezuela - keine Sprachprobleme gibt.

Lob für Belegschaft

Im Werk Toledo liegen die Produktionskosten um 20 Prozent unter denen in der Bundesrepublik Deutschland, obwohl die Lohnsteigerungen in den letzten Jahren immer um etwa zwei Prozent höher lagen als die Inflationsrate. Die Tarife werden dabei jeweils mit dem Betriebsrat ausgehandelt.

Betriebsleiter Jeronimo Santos, selbst Spanier wie alle der hier beschäftigten 175 Mitarbeiter, stellt seiner Belegschaft denn auch ein gutes Zeugnis aus. Bei der auch in Spanien wachsenden Zahl der Hochschulabsolventen aus der Studienrichtung Informatik wird auch der Nachwuchs an Führungskräften in der Zukunft kaum noch ein Problem sein. Das gilt nicht nur für den Fertigungsbereich, sondern auch für die Software, für die Erarbeitung von Programmen und von Problemlösungen.

Marktwirtschaft auch für Dritte Welt empfohlen

A. G. Bonn

Auch für die Länder der Dritten Welt würde sich durch mehr Marktwirtschaft die Chance eröffnen, die Produktivkräfte besser zu nutzen und damit das Wachstum anzukurbeln. Zu diesem Ergebnis gelangt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder. Denn: Staatliche Eingriffe und Reglementierungen in allen Bereichen der Wirtschaft blockierten in vielen Entwicklungsländern die durchaus vorhandenen Wachstumschancen. Zwar sei „mehr Markt“ auch kein Allheilmittel für alle Probleme der Dritten Welt, aber mit einer Anti-Marktpolitik trete der wirtschaftliche Fortschritt in den Entwicklungsländern auf der Stelle.

Die größte Wachstumsbremse sei ein aufgeblähter Staatsapparat. Im OECD-Raum sei durchschnittlich nur jeder Siebte im Staatsapparat beschäftigt, in den Entwicklungsländern zum Teil jeder Zweite. Als besonders schädlich erwiesen sich dabei neben den zahlreichen unwirtschaftlichen staatseigenen Betrieben und der dirigistischen Wirtschaftspolitik vor allem die administrativen Eingriffe bei Löhnen, Zinsen, Wechselkursen und Lebensmittelpreisen.

Die Bereitschaft, auf Leistungsanreize zu reagieren, sowie das notwendige unternehmerische Potential seien zweifellos auch in der Dritten Welt vorhanden. Es fehle aber oftmals - gerade bei den Privilegierten - der Wille zu Reformen. Hier seien auch die Industrieländer gefordert. Sie müßten nicht nur auf Reformen drängen, sondern auch ihre Märkte für Dritte-Welt-Produkte vor allem aus dem Agrarbereich öffnen. Das Plädoyer für „mehr Markt“ sei nur dann überzeugend, wenn auch hier nach diesem Prinzip verfahren werde.

500 Seiten Anklageschrift

Der Prozeß gegen Horst-Dieter Esch beginnt morgen

INGE ADHAM, Frankfurt

Morgen beginnt vor dem Landgericht in Koblenz einer der größten Wirtschaftsprozesse, den es je vor deutschen Gerichten gegeben hat. Auf der Anklagebank: Horst-Dieter Esch, ehemals Vorstandsvorsitzender der IBH-Holding in Mainz, der Dachgesellschaft jenes Baumaschinenkonzerns, dessen Zusammenbruch neben zahlreichen Beteiligungsunternehmen auch die SMH-Bank und ihre Eigner in den Strudel gerissen hatte.

Die Anklageschrift der Koblenzer Staatsanwaltschaft ist 500 Seiten stark. Die schwersten Vorwürfe unter den mehr als 20 Verstößen gegen das Recht, die gegen Esch erhoben werden, lauten Untreue und Betrug. Aber auch Steuerhinterziehung wird Esch vorgeworfen. Für den umfangreichen Prozeß in einer komplizierten Materie hat das Koblenzer Gericht 30 Verhandlungstage angesetzt; am 5. Januar nächsten Jahres soll nach bisheriger Planung das Urteil gesprochen werden.

Zur Erinnerung: Horst-Dieter Esch, seinerzeit vielbewundener Senkrechtholzer in der deutschen Industrie, der 1975 die IBH-Holding gründete, hatte innerhalb von acht Jahren durch den Aufbau von - überwiegend maroden - Unternehmen den drittgrößten Baumaschinenkonzern der Welt zusammengeschneidert. Als sein Hauptkreditgeber, das Bankhaus Schröder, München, Hengst & Co (SMH) nach knapp einer Milliarde Mark Kredit für IBH nicht mehr mitmachen konnte (die persönlich haftenden Gesellschafter der SMH-Bank wurden bereits in einem halbjährigen Prozeß vor dem Frankfurter Landgericht verurteilt), brach auch der total überschuldete Konzern zusammen.

Zur IBH gehörten damals in der Bundesrepublik, wo 4500 der insgesamt gut 10 000 Mitarbeiter tätig wa-

ren, die Zeilmayer Maschinenfabrik, Konz, die Hanomag GmbH, Hannover, die Maschinenfabriken Hamm, Kallenberg, Lanz und andere. An der Holding beteiligt waren General Motors, Babcock, das britische Unternehmen Powell Duffryn (Unternehmen, die sich im Zusammenhang mit der Übernahme ihrer Baumaschinenaktivitäten an der IBH beteiligten), die Dallah Est. des Scheichs Salah A. Kamel, SMH und Esch selbst.

Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der IBH-Tochter Wi-bau AG hat Esch bereits vor Gericht gestanden und wurde im November 1984 zu dreieinhalb Jahren verurteilt, die er in Butzbach absaß. Derzeit sitzt Esch als Untersuchungshäftling in der Justizvollzugsanstalt in Koblenz-Karthaus. Seinen ehemals treuesten Förderer, der lange umbeirrt zu ihm hielt und darüber selbst fiel, den persönlich haftenden SMH-Gesellschafter Ferdinand Graf Galen, wird Esch am 29. September auf der Zeugenbank in Koblenz wiedersehen.

Ein Wiedersehen wird es in der ersten Oktoberwoche für Esch auch mit dem saudischen Geschäftsmann Scheich Salah A. Kamel geben, der dann eine Woche lang als Zeuge zur Verfügung stehen wird. Ihn hat Esch nach Ansicht der Staatsanwaltschaft über den tatsächlichen Wert der IBH getäuscht und ihn so um rund 200 Mill. DM gebracht. Insgesamt sollen in dem Mammutprozeß 150 Zeugen aus mehreren Kontinenten aussagen, um u. a. auch jenen Geldern auf die Spur zu kommen, die Esch beim Registergericht zwar als Kapitalerhöhung durch Bareinlage anmeldete, die aber nach Meinung der Staatsanwaltschaft sofort wieder über andere Konten abgezogen wurden. Verurteilt wird Esch von den Rechtsanwälten Manfred Geis, Frankfurt, und Helmut Lorenz, Mainz.

Thatcher eröffnet Nissan-Werk in Washington

fu. London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat das neue Werk des japanischen Automobilherstellers Nissan in Washington nahe Newcastle eingeweiht. Dort wird Nissan in der ersten Produktionsstufe bis zu 24 000 Personenwagen pro Jahr fertigen. In der zweiten Stufe in drei Jahren soll die Fertigung bis zu 300 000 Wagen reichen.

Bei dem neuen Nissan-Werk handelt es sich um die erste alleinige japanische Autoproduktion innerhalb der EG. Die Personenwagen sind zunächst nur für den britischen Markt bestimmt. Gefertigt wird das Modell Datsun Bluebird (Stanza), und zwar mit der Montage von überwiegend aus Japan importierten Bauteilen. Der britische Fertigungsanteil einschließlich des Anteils der Komponenten aus den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft liegt bei 40 Prozent.

Die Investitionen für die erste Produktionsphase haben gut 150 Mill. DM betragen. Beschäftigt werden zunächst 470 Mitarbeiter, von denen ein großer Teil in Japan geschult worden ist. Ihre Zahl soll sich im Laufe der Jahre auf 1000 erhöhen. Im übrigen hat der Hersteller von Datsun-Autos die jahrzehntelange, eingefahrene Gewerkschaftsstruktur im britischen Automobilbau radikal verändert.

So hat die Nissan-Geschäftsführung mit der als gemäßigt geltenden Metallarbeitergewerkschaft AUTOW einen Exklusivvertrag für alle Mitarbeiter abgeschlossen. Damit werden Streikaktionen praktisch ausgeschlossen und gleichzeitig flexible Arbeitspraktiken eingeführt. Eine Art Betriebsrat, den es in der britischen Wirtschaft sonst nicht gibt, erörtert regelmäßig Unternehmensfragen und Arbeitnehmerprobleme.

Patronat lobt Wirtschaftspolitik

Frankreichs Steuerbelastungen sind jedoch noch zu hoch

J. Sch. Paris

Der neuen französischen Wirtschaftspolitik hat der Präsident des nationalen Unternehmensverbands (CNPF), Yvon Gattaz, überraschend großes Lob gezollt. Wie er gestern erklärte, zeigten die bereits durchgeführten und noch bevorstehenden Liberalisierungsmaßnahmen in die „gute Richtung“. „Die Unternehmer beginnen eine Besserung zu spüren.“

Diejenigen, denen es nicht schnell genug vorangeht, erinnerte Gattaz daran, daß die Regierung in fünfzehn Monaten Preis- und Devisenkontrollen beseitigt hat, die über vierzig Jahre lang bestanden hatten. Begrüßt wurde insbesondere auch die Aufhebung des behördlichen Genehmigungszwangs für Entlassungen. Gattaz betonte jedoch, daß die steuerlichen und sozialen Belastungen der französischen Unternehmen, gemessen am Sozialprodukt, 17,2 Prozent erreichten und damit doppelt so hoch

lägen wie bei den ausländischen Konkurrenten. Auch seien sie immer noch stärker als diese verschuldet, und zwar zu Zinsen, die durchschnittlich an die 15 Prozent reichen. Denn vorzeitige Tilgungen sind in Frankreich nur gegen hohe Abfindungen möglich. Zur Lösung dieses Problems schlägt Gattaz eine besondere Amortisationskasse vor.

Speziell zur Förderung des Exports fordert Gattaz die Senkung der Gewerbesteuer, die „wie ein Zoll mit umgekehrten Vorzeichen“ wirke. Die steuerliche Belastung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen verschärfte er insgesamt auf zehn Prozentpunkte. Diese traditionellen - nicht unumstrittenen - Darlegungen gehörten zum Repertoire des Patronats. Neu dagegen ist, daß sie jetzt in einer grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber der (bürgerlichen) Regierung eingebettet sind.

Internationale Finanzen

Exportversicherungen: Japan will zehn hochverschuldete Länder, u. a. Brasilien, Mexiko, Argentinien und die Philippinen, wieder versichern.

Kopierer: Ricoh Co. will ein Werk in Europa eröffnen. Als Standorte können Frankreich und die Bundesrepublik in Frage.

Ghana: Das Land wird ausländischen Investoren nur noch dann die Gründung von Handelsniederlassungen gestatten, wenn das nationale Investitionszentrum eine entsprechende Genehmigung erteilt.

EIB: Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird am holländischen Kapitalmarkt 15jährige Bonds über 300 Mill. HfF mit einem Kupon von sechs Prozent aufliegen.

Madagaskar: Japan hat einer Umschuldung der Verbindlichkeiten in Höhe von fast zwei Mrd. Yen zugestimmt.

Armenie: Bei Fortsetzung des Streiks im Werk Middeltown muß der US-Konzern möglicherweise Konkurs anmelden.

Die liquiden Mittel sind erschöpft, so die Unternehmensleitung.

Saudi-Arabien hat Importkredite von drei Mrd. Dollar bewilligt, die zu 70 Prozent für Importe aus diesem Land genutzt werden müssen.

Argentinien: Eine Vereinbarung, wonach die Zins- und Tilgungszahlungen auf zehn Mrd. Dollar der Auslandsschulden für ein halbes Jahr ausgesetzt werden, wurde mit den Gläubigerbanken erreicht.

Fermenta: Das schwedische Biotechnologie-Unternehmen, das sich in Kaufverhandlungen mit der italienischen Montedison befindet, erklärte jetzt, daß die staatliche Holdinggesellschaft Procordia Vorkaufrechte für 26 Prozent des Kapitals hat.

Platin: Mit Wirkung von heute beträgt die Einschuforderung für Platin an der New Yorker Metal Exchange 3000 anstatt 2250 Dollar je Kontrakt. (vos)

Der typische Neuaktionär ist 34 und weiblich

dpa/VWD, New York

In der Halle des Grand-Central-Bahnhofs im Herzen Manhattans steht unter der wuchtigen Glaskuppel ein kleines Häuschen, vor dem sich täglich nach 16 Uhr Schlangen bilden. Aber nicht der irische Schankwirt oder der Eiscremekarren sind es, die die hektischen Großstädter geduldig warten lassen.

Durch die Glasverschalung sind die beiden Stockmaster-Bildschirme zu erkennen, die den Menschenauflauf verursachen. Seit Beginn der Hausse vor einem Jahr herrscht in dem Glashäuschen, wo die aktuellen Börsenkurse zu erfahren sind, Hochbetrieb. Wer sich vor der Heilmacht über die letzten Aktienkurse informieren will, dem steht ein Tickerdienst der Agentur Dow-Jones zur Verfügung.

Da warten nicht nur Herren in dunklen Nadelstreifenanzügen, sondern ein buntes Menschengemisch, dem unterschiedliche Schulbildung, Berufsgehörigkeit und Einkommen anzuhausen ist. Männer wie Frau-

en drängen sich in dem Häuschen, das die Brokerfirma Merrill-Lynch vor mehreren Jahren aufgestellt hat.

Wußten bis vor wenigen Jahren nur Eingeweihte mit Kursnotierungen etwas anzufangen, sind für die Menschen vor dem Glaskasten Begriffe wie „Offshore“ und „Bonds“ inzwischen Alltagsvokabeln.

Die 30 Titel, die den Dow-Jones-Average ausmachen, sind die meistgefragten. Hierzu zählen unter anderem IBM, General Motors, Exxon, das Pharma-Unternehmen Pfizer aber auch die Fast-Food-Kette McDonalds.

Entgegen früheren Vorhersagen, der Kleinanleger werde an der Börse immer mehr von einflußreichen Institutionen verdrängt, erfreuen sich Aktien seit Jahren einer wachsenden Popularität. Der optische Eindruck aus dem Grand-Central Bahnhof wird durch eine Studie der New York Stock Exchange bestätigt: Im vergangenen Jahr waren 47 Mill. Amerikaner - ein Rekord - durch Aktienbesitz an der Börse engagiert. Über 60 Pro-

zent der Aktien befanden sich 1985 in Privatbesitz.

Daß einer von fünf Amerikanern Aktien besitzt und 30,5 Prozent aller Haushalte einen Aktionär beherbergen, fällt dem einzelnen Broker kaum auf, da die meisten US-Bürger ihre Aktien über Investmentfondsgesellschaften erwerben.

Die Strukturanalyse der Aktionäre ergibt weiter, daß die Wertpapierbesitzer immer jünger werden: Das Durchschnittsalter sank von 50 auf 44 Jahre. Ein weiteres Indiz für die Veränderungen auf dem Wertpapiermarkt: Der „typische“ Neuaktionär ist 34 Jahre alt, weiblich und in einem technischen Beruf tätig. Das verfügbare Einkommen beträgt 35 000 Dollar.

Das zunehmende Interesse des „Mannes auf der Straße“ ist aber nicht gleichbedeutend mit Erfolg an der Börse: Wie Paul Getman von Chase Econometrics betonte, werden die größten Gewinne in der Regel auch von den Großverdienern erzielt.

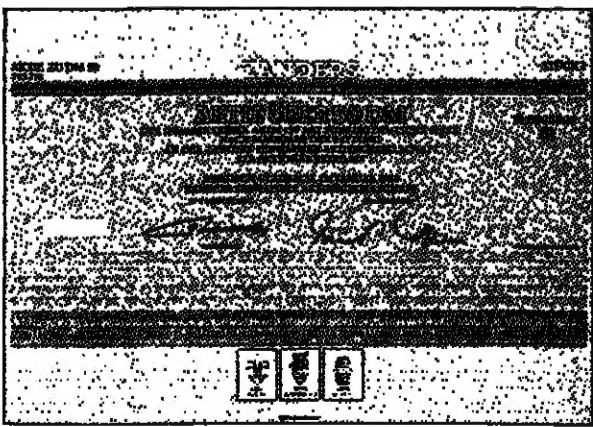
378 Mio

Wer in 10 Jahren 378 Millionen Mark investiert, ist sich seiner Zukunft sicher.

Zanders ist weltweit einer der größten Hersteller von hochwertigen Feinpapieren. Unsere Produkte werden dort angewandt, wo es gilt, höchste ästhetische Ansprüche zu erfüllen. Bei Büchern und Kalendern, Werbeprospekten und Geschäftsberichten. Bei Verpackungen und Etiketten für viele bekannte Markenartikel. Bei Formularen und Briefbögen.

Die führende Marktposition verdankt Zanders vor allem der konsequenten Unternehmenspolitik, die auf Kontinuität der Entwicklung setzt.

So konnte in den letzten 10 Jahren eine Umsatzsteigerung von 300% erzielt werden. 1985 betrug der Umsatz 910 Millionen DM, wobei 250.000 Tonnen Feinpapier abgesetzt wurden. Fast die Hälfte davon ging in den weltweiten Export in über 100 Länder.



Um diese Erfolge weiter auszubauen, investiert Zanders in die Zukunft. In die ständige Weiterbildung der 4.000 Mitarbeiter. In 200 Ausbildungsplätze. In neue Techniken und Maschinen. In bestehende und neue Märkte. In neue Chancen und Möglichkeiten.

Dafür haben wir in den letzten 10 Jahren 378 Millionen DM investiert. Als Investition in die Zukunft werden es 1986 weitere 100 Millionen DM sein.

ZANDERS

Weltweit der Name für Feinpapier.

Shell bietet Bleifrei-Garantie

Prüfung auf Verträglichkeit an 1500 Tankstellen möglich

JB. Hamburg
Die Deutsche Shell AG, Hamburg, unternimmt einen weiteren Versuch, die Verwendung von bleifreiem Benzin neue Impulse zu geben. Seit Wochenbeginn bietet der Mineralölkonzern den Autofahrern die Möglichkeit, sich die Verträglichkeit von unbleifreiem Kraftstoff für ihr Fahrzeug bestätigen zu lassen. Im positiven Fall leistet die Shell eine schriftliche Garantie, daß keine Schäden am Motor auftreten, die auf bleifreies Kraftstoff zurückzuführen sind. Das Unternehmen übernimmt für die Dauer von drei Jahren eine entsprechende Haftung. Der „Bleifrei-Paß“ wird an rund 1500 Shell-Stationen ausgegeben. Die Haftung der Shell beschränkt sich auf den Ersatz eventueller Reparaturkosten.

Nach der technischen Ausrüstung könnten heute mehr als die Hälfte aller PKWs mit Otto-Motoren unbleifreies Kraftstoff sein sollte.

Mehr Interesse für Fotografie

Sortimentsstruktur des Fachhandels hat sich gewandelt

nl. Köln
Im Unterschied zum laufenden Bild, bei dem die Videographie das Schmalbild verdrängt hat, wird es beim Stehbild in absehbarer Zeit zu keiner Substitution der Fotochemie durch die Elektronik kommen. Dieser Überzeugung ist Rolf H. Krauss, Verwaltungsvorsitzender der Europäische-Foto-Gruppe und renommierter Stuttgarter Fotohändler. Seiner Meinung nach steckt, wie er anlässlich der photokina 1986 gegenüber der WELT betonte, in der Fotochemie „noch allerhand“.

Krauss geht davon aus, daß es eher zu einem fruchtbaren Nebeneinander beider Technologien kommen werde. Seit etwa einem Jahr habe das Interesse an der Fotografie wieder zugenommen. Wesentliche Impulsegeber seien die neuen Spiegelreflex-Kameras mit Autofokus, vor allem aber die von der Industrie in großer Breite auf den Markt gebrachten kompakten Autofokus-Kleinbild-Sucherkameras. Infolgedessen habe der Fotohandel aufgestaut, als er 1985 ein Umsatzplus zwischen vier und 5,5 Prozent erzielte.

Benecke setzt auf das Auto

dos. Hannover
Das hannoversche Familienunternehmen J. H. Benecke GmbH setzt stärker auf eine anhaltend günstige Entwicklung der Automobilindustrie. Bereits jetzt entfallen rund 75 Prozent des Umsatzes von zuletzt knapp 300 Mill. DM auf Zulieferungen an diese Branche.

Benecke zählt zu den führenden Herstellern hochwertiger Folien und beschichteter Materialien für die Innenausstattung von Automobilen. Von den steigenden Absatzzahlen der Fahrzeugindustrie erhofft sich Benecke kräftige Wachstumsraten. Geplant wird mit einem Umsatzanstieg auf 350 Mill. DM. Vor diesem Hintergrund sei der Ausstieg aus den Spinnyles-Aktivitäten zu sehen. Erst 1984 hatte Benecke diesen Bereich ausgegliedert und in seine gemeinsame mit der britischen Firmengruppe BPB Industries PLC die Corovin GmbH gegründet.

Nach Abschluss der Umstrukturierung erwartet Benecke zugleich eine deutliche Verbesserung der Ertragslage. In der jetzt vorgelegten Bilanz 1985 wird lediglich ein Jahresüberschuss von 0,52 Mill. DM ausgewiesen; einschließlich des Gewinnvortrags aus 1984 ergibt sich ein Bilanzgewinn von 1,84 Mill. DM. Das unbefriedigende Ertragsniveau begründet die Geschäftsführung mit den hohen Aufwendungen im Rahmen des Umstrukturierungsprogramms.

Die Investitionen, so heißt es, sollen kräftig aufgestockt werden. Die Pläne sehen bis 1988 ein Volumen von rund 60 Mill. DM vor, davon 20 Mill. DM im laufenden Jahr nach 15 Mill. DM im Jahre 1985. Benecke beschäftigt derzeit rund 1700 Mitarbeiter, 50 mehr als im Vorjahr.

Kaufring will sich neu profilieren

Pilotprojekt schon nach drei Monaten erfolgreich - 1986 wieder leicht schwarze Zahlen

HARALD POSNY, Düsseldorf
Wild zu schnellem Erfolg entschlossen hat Europas größter Verbund mittelständischer Kaufhäuser und Fachgeschäfte, die Kaufring eG, Düsseldorf, ihre nach der Jahreswende vorgestellte neue Unternehmenskonzeption auf den Weg gebracht. Man will fernab von der „grünen Wiese“, die beste Dienstleistungszentrale für das innerstädtische Einkaufszentrum werden und in den Citys als relativ größter Anbieter für den Bedarf des täglichen Lebens die Rolle eines Magneten übernehmen.

Ein Pilotprojekt des neuen Kaufhaustyps (2500 qm) wertete Vorstandsvorsitzender Klaus-Peter Schneider bereits nach drei Monaten als Erfolg. Auf wirtschaftlich schwierigem Pflaster wurde das bislang verlustbringende Haus eine zukunftsichere Existenzgrundlage für den Unternehmer. Das Erfolgsgeheimnis: Weg von dem Image der grauen Maus ohne Angebotsprofilierung, hin zum Kaufhaus mit klarer Trennung von

(preisgünstigem Selbstbedienungs-) Bedarfs- und (teureren Beratungs- und Bedienung-) Erlebnisbereich. Schneidewind will dieses Konzept für die Kaufhäuser in Innenstädten durchsetzen, die 80 Prozent des Kaufring-Einzelhandelsvolumens ausmachen. Das dürfte bis 1991 vollzogen sein. Daneben entwickelt der Kaufring Konzepte für Fachmärkte und Fachgeschäfte, die sich um ein solches Kaufring-Warenhaus herum gruppieren und von Franchisenehmern betrieben werden sollen. Auch hierfür gibt es bereits erprobte Textilkonzepte. Mittelfristig sollen etwa 70 Prozent aller Umsätze aus den Kaufhäusern - und 30 Prozent aus den Fachmärkten kommen.

„Der Aufbruch zu neuen Ufern verdeutlicht ein wenig die Bereinigung der Atlanten“ (Schneidewind). Der Kaufring-Jahresabschluss 1985 weist einen Verlust von 24,8 (3,4) Mill. DM aus, der im wesentlichen aus außerordentlichen Aufwendungen durch die 1985 aufgelöste Großhandels GmbH Gro-

Dem Tabakladen an der Ecke geht jetzt die Luft aus

Die Ertragslage des Fachhandels verschlechtert sich immer weiter - Vorwürfe an Zigarettenindustrie

DOMINIK SCHMIDT, Minden
Ein Ende der seit Jahren unbefriedigenden Situation im Tabakwarenfachhandel ist nicht in Sicht. Eckhard Streit, Geschäftsführer der zur Melitta-Gruppe gehörenden Gust. Gebr. InterTabaco GmbH in Lübbecke, verweist auf den anhaltenden Ausverkauf innerhalb der Branche. Seit Ende 1984 habe sich die Zahl der Geschäfte in der Bundesrepublik um rund 1000 auf jetzt noch etwa 5000 verringert. Mit Sicherheit, so Streit, werde diese Entwicklung noch zwei bis drei Jahre anhalten. Gefährdet seien vor allem die unabhängigen Fachhändler mit einem durchschnittlichen Umsatz von 0,5 bis 0,6 Mill. DM. Die Überlebensgrenze liege bei mindestens 0,8 Mill. DM Umsatz.

Streit geht davon aus, daß sich der „reine Fachhandel“ letztlich bei einer Zahl von 2500 bis 3000 Geschäften einpendeln wird. Davon dürfte dann

die Hälfte auf Filialketten entfallen. Allerdings tue sich die Branche bei der Abgrenzung des Fachhandels-Status schwer. Längst gehören Randsortimente wie Alkohollika, Zeitschriften und Lotto-/Toto-Annahmestellen bei vielen Betrieben zu wichtigen Umsatzträgern. Kioske, selbst solche mit breitem Tabakwarenangebot, bleiben zudem außen vor.

Der entscheidende Grund für die Misere im Tabakwarenfachhandel ist nach den Worten Streits die sich ständig verschlechternde Ertragslage. Eine kürzlich bekanntgewordene Betriebsvergleichsanalyse habe erschreckende Ergebnisse gebracht. Danach sei das Betriebsergebnis mit minus 1,4 Prozent in den negativen Bereich abgerutscht. Um einigermaßen über die Runden zu kommen, benötigt der Fachhandel aber eine Netto-Rendite von rund 2,5 Prozent. Viele Fachhändler würden Faktoren wie eigene Arbeitszeit und Miete nur

noch bedingt in die Kalkulation mit einbeziehen. Angesichts der Tatsache, daß diese Bereiche gut 90 Prozent des Kostenblocks ausmachen, gerieten immer mehr Geschäfte in Schwierigkeiten.

Heftige Vorwürfe richtet Streit an die Adresse der Zigarettenindustrie, die nicht oder zu wenig die Belange des Fachhandels berücksichtige. Die Senkung der Zigarettenpreise Mitte 1983 hänge noch immer nach, obwohl jetzt wieder das frühere Preisniveau erreicht sei. Immerhin entfalle auf die Hälfte des Fachhandels-Umsatzes auf die Zigarette. Ertragsmäßig aber mache das „Zigarettenverkaufen keinen Spaß“.

Streit fordert von der Industrie eine Preisdifferenzierung zwischen den gutgehenden Marken und den Randsorten, um den Handel für das Vorhalten eines breiten Sortiments zu belohnen. Wenn es nicht zu einer neuen „Quotierung des Wirtschaftsnutzens“

zwischen Industrie und Handel kommt, müßten andere Überlegungen angestellt werden. Streit könnte sich zum Beispiel vorstellen, daß der Fachhandel mit einer eigenen Handelsmarke, die im oberen Preisbereich angesiedelt ist, auf den Markt kommt.

Eine auch eher rückläufige Tendenz zeige sich beim Feinschnitt-Tabak, weil auch junge Leute weniger selbst drehen. Zusammen mit dem Pfeifentabak erreiche sich ein Umsatzanteil von etwa elf Prozent. Unverändert sei die Situation bei Zigarren, auf die sieben Prozent des Branchen-Umsatzes entfallen. Mangelnde Innovation beklagt Streit im Bereich der Raucherbedarfartikel (vier Prozent), die allerdings noch am renditeträchtigsten sind. Die stärkere Konzentration auf Nicht-Tabakartikel, vor allem auf Zeitschriften, ließ deren Umsatzanteil inzwischen auf gut 20 Prozent wachsen.

BFH zu Auskünften über private Konten

Kl. München

Private Sparkonten aus Geldern unbekannter Herkunft berechnen für sich allein nicht zur Annahme unverbüchteter Betriebseinnahmen, wenn der Steuerpflichtige für seinen Betrieb eine ordnungsgemäße Buchführung vorweisen kann. Der Bundesfinanzhof führte zur Begründung dieser für die Praxis bedeutsamen Entscheidung (I R 265/83) aus, der Steuerpflichtige sei zwar dem Finanzamt gegenüber zur Auskunft verpflichtet; dies bedeute jedoch nicht, daß er in sich geschlossenen Nachweis über die Herkunft seines Privatvermögens führen müsse.

Die Richter entschieden, daß Vermögensmehrungen unaufgeklärter Herkunft in solchen Fällen den steuerpflichtigen Einkünften grundsätzlich nur dann hinzugezählt werden dürfen, wenn das Finanzamt zuvor anhand einer Vermögenszuwachs- und Geldverkehrsrechnung nachgewiesen habe, daß mehr Geld ausgegeben als angelegt worden sei, als dem Steuerpflichtigen zur Verfügung stand.

FDP-Kritik an Späth

Stuttgart (VWD) - Die Subventionsentscheidung der baden-württembergischen Landesregierung für das geplante Daimler-Benz Werk in Rastatt hat der Landesvorstand der FDP in Baden-Württemberg kritisiert. Die 140-Millionen-DM-Subvention sei „Gift für eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik“ heißt es in einer Erklärung.

75 Jahre ILO Werke

Hamburg (JB) - Die ILO Motorenwerk GmbH, Pinneberg, besteht in diesem Jahr 75 Jahre. Seit 1977 im Besitz des US-Konzerns Tecumseh Products Company zählt ILO zu den führenden Anbietern von Zwei-Takt-Industriemotoren für Landwirtschaft und Gartenpflegegeräte. Der Umsatz für 1986 gibt das Unternehmen mit 35 Mill. DM an. Beschäftigt werden 300 Mitarbeiter. Zur Modernisierung der Produktionsanlagen hat der stark exportorientierte Motorenhersteller in den vergangenen Jahren fast 10 Mill. DM investiert. Für luftgekühlte Zwei-Takt-Industriemotoren

werden auch künftig noch Marktersuchen gesehen. Um weitere Abnehmer in den Bereichen des Maschinen- und Motorenbaus, der Automobil- und Zulieferindustrie zu finden, soll außerdem verstärkt auf Produkte und Know how der Muttergesellschaft zurückgegriffen werden.

„Keine Entlassungspläne“

Saarbrücken (dpa/VWD) - Wegen angeblicher Entlassungspläne hat die CDU Opposition im Saarland die sofortige Einberufung der Interfaktionellen Arbeitsgemeinschaft für Stahlfragen beantragt. Sie fordert Aufklärung über Meldungen, wonach im Neunkircher Zweigwerk die Produktion gedrosselt und rund 400 Arbeiter ohne Sozialplanregelung entlassen werden sollen. Ein Unternehmenssprecher dementierte die angeblichen Entlassungspläne.

Alusuisse: Erneut Verlust

Zürich (dpa/VWD) - Der schweizerische Aluminium- und Chemiekon-

zern Alusuisse wird auch 1986 einen „namhaften Jahresverlust“ zu verzeichnen haben. Wie das Unternehmen in einem Zwischenbericht weiter mitteilte, werde dieser aber „wesentlich niedriger“ als 1985 ausfallen. Im Vorjahr wurde ein Minus von 692 Mill. Franken (837 Mill. DM) ausgewiesen. Der Aluminium-Konzern registrierte im 1. Halbjahr 1986 mit 3,6 Mrd. Franken (4,35 Mrd. DM) einen um 17 Prozent geringeren Konzernumsatz.

Größter Investor

München (dpa/VWD) - Als „größter Investor im produzierenden Gewerbe“ gab die bundesdeutsche Stromwirtschaft nach eigenen Angaben 1985 insgesamt 15,32 Mrd. DM aus. Davon entfielen 3,6 Mrd. DM auf das Verteilernetz. Dies teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) zu Beginn ihrer zweitägigen „Kabeltagung“ in München mit. Die 54 bundesdeutschen Kabelhersteller produzierten 1985 für 2,7 (2,6) Mrd. DM und exportierten für 1,1 (0,9) Mrd. DM. Die Kabelimporte beliefen sich auf 0,4 (0,3) Mrd. DM.

Türkei testet die internationalen Kapitalmärkte

cd. Frankfurt

Die Türkei versucht mit Privatplatzierungen bei japanischen Investmentbanken die Aufnahmefähigkeit des internationalen Kapitalmarktes für türkische Staatspapiere zu testen und die Adresse Ankara im Markt bekanntzumachen. Die positive Aufnahme der in diesem Jahr platzierten 160 Mill. Dollar läßt, so Zentralbankpräsident Yavuz Canevi in Frankfurt, die steigende Kreditwürdigkeit seines Landes erkennen, das bisher nur über Commercial Paper, die von japanischen Banken garantiert wurden, in New York und am Euromarkt Mittel aufgenommen hat.

Für dieses Jahr rechnet die Türkei mit einem Leistungsbilanzdefizit in der Größenordnung von einer dreiviertel bis 1 Milliarde Dollar, das 1987 weiter sinken werde. 1980 entstand noch ein Defizit von 3 Milliarden Dollar. Diese seither eingetretene Verbesserung wie auch die Rückführung der Inflationsrate von 100 auf derzeit 30 Prozent - für das Jahr 1987 werden 20 Prozent anvisiert - wertet der Notenbankchef als Erfolg der 1980 in Richtung Marktwirtschaft eingeleiteten Umstrukturierungspolitik, die eine deutliche Steigerung der Effizienz in den 70er Jahren in einer Krise steckenden türkischen Wirtschaft gebracht habe.

Das Bruttoinlandsprodukt, das 1980 noch geschrumpft war, wuchs in den letzten Jahren um durchschnittlich vier bis fünf Prozent; für 1986 wird ein reales Wachstum von sieben bis acht Prozent erwartet.

Die Auslandsschulden des Landes haben sich von 1980 bis jetzt um 10 auf 26,4 Milliarden Dollar erhöht, darunter 14 Milliarden Dollar zinsgünstige mittel- und langfristige Kredite offizieller Stellen. In den 8 Milliarden Dollar kurzfristigen Auslandsschulden sind allein 3,4 Milliarden Dollar Ersparnisse türkischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland enthalten. Diese werden von der Dresdner Bank aufgrund eines jetzt zehn Jahre bestehenden Abkommens an die türkische Notenbank weitergeleitet.

PERSONALIEN

Direktor i. R. Dr. Reinhold W. H. Baum-Krey, ehemaliger stellvertretender Vorstandsvorsitzender der R+V Allgemeine Versicherung AG und der R+V Lebensversicherung a.G., vollendet am 10. September 1986 sein 75. Lebensjahr.

Merihisa Kaneko, Leiter der schwedischen Panasonic-Niederlassung, ist zum Geschäftsführer der Panasonic Deutschland GmbH, Hamburg, berufen worden. Er ist Nachfolger von Seinosuke Kaneko, der für eine neue Aufgabe in die Konzernzentrale nach Osaka zurückkehrt.

Kurt Ulrich wurde mit Wirkung vom 1. September zum Geschäftsführer der AEG Elektrowerkzeuge GmbH (AEW), Winnenden, bestellt und zum Sprecher der Geschäftsleitung ernannt. Hans-Jörg Lamping, bisher Leiter Vertrieb Inland der AEG, wird zum Geschäftsführer ernannt. Roland Runge scheidet aus der Geschäftsführung der AEG aus und übernimmt eine andere Aufgabe beim AEG-Konzern.

Manfred Schmidt ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bei der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. und bei der Stuttgarter Unfallversicherung AG bestellt worden.

Richard H. Buchen, alleiniger geschäftsführender Gesellschafter der Richard Buchen GmbH, Köln-Stürth, wurde am 8. September 70 Jahre.

Dr. Heinrich J. Klein, Sprecher des Vorstands der Schott Glaswerke, Mainz, ist ins Präsidium des Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln gewählt worden.

Georg Lorenz (44) ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, mit Wirkung vom 1. Januar 1987 ernannt worden.



Wie man mit seiner Geldanlage ruhiger schläft.

Geld macht frei. Dieser Satz ist genauso richtig, wie jener: Wer Geld hat, hat auch Sorgen. Der Widerspruch ist leicht aufgeklärt. Geldanleger schlafen immer dann schlecht, wenn ihre Geldanlage nicht ihrer Anlagementalität entspricht.

Berater, die das wissen, fragen nicht einfach: Wieviel Geld wollen Sie denn anlegen? Sie fragen vor allem danach, was Ihnen am meisten liegt, was für ein „Anlage-Typ“ Sie sind:

Wollen Sie mehr Sicherheit, oder haben Sie das Risiko?

So wird man Ihnen z. B. zu einem Investmentkonto raten, wenn Sie Ihr Geld stetig in Wertpapieren anlegen wollen. Sparobligationen sind die Empfehlung, wenn ein Teil Ihres gesparten Geldes für längere Zeit ertragreich, aber ohne jedes Kursrisiko arbeiten soll. Vielleicht sind aber auch festverzinsliche Wertpapiere mit hoher Rendite oder Goldmünzen genau das Richtige für Sie.

Unsere Fachleute meinen, daß ein Börsenkurs Sie nicht um den Schlaf bringen sollte, wenn beispielsweise ein offener Immobilienfonds das sanfteste Ruhekitzen für Sie wäre.

Dresdner Bank
In Berlin: BHI

Ingenieure und Informatiker haben die besten Chancen

EDV-Kenntnisse werden für die Karriere immer wichtiger

Die Ingenieure profitieren besonders von dem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik. Stellengesuche kommen vor allem aus der Elektrotechnik, dem Maschinen- und dem Fahrzeugbau, berichtet die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in Frankfurt, die zusammen mit den Fachvermittlungsdiensten der Arbeitsämter an 24 Hochschulorten für die besonders qualifizierten Fach- und Führungskräfte zuständig ist. Dringend gesucht werden beispielsweise Ingenieure für die Bereiche Mikroprozessortechnik, Automation, Digitaltechnik und Datenverarbeitung.

Diese Tendenzen zeigen sich in dem Bericht der ZAV für das Jahr

Vom weiteren Vormarsch der Elektronik profitieren jedoch nicht nur die Ingenieure. So verzeichneten die Fachvermittlung für Informatiker wie schon im Jahr zuvor einen Überhang an offenen Stellen. Die Angebote kamen nicht nur von Geräteherstellern oder Softwarehäusern, sondern aus allen Wirtschaftsbereichen, in die die Datenverarbeitung Einzug hält.

Da der hohe Personalbedarf nicht allein von Elektroingenieuren und Informatikern gedeckt werden kann, eröffnen sich etwa für Physiker und Mathematiker mit entsprechenden Zusatzkenntnissen gute bis sehr gute Möglichkeiten. „Ausgesprochen gesucht“ waren beispielsweise Physiker mit Spezialkenntnissen in der Messtechnik für die Qualitätskontrolle bei der Herstellung elektronischer Geräte.

Gefragt sind auch Mathematiker mit fundierten Kenntnissen in der elektronischen Datenverarbeitung, „weniger Fachleute für die Software-Entwicklung als vielmehr Systemberater“. So zeigten Consultingfirmen und Unternehmensberatungen Interesse, um ihre Kunden beim Einsatz der Datenverarbeitung zu beraten.

Verbessert hat sich auch die Situation für Chemiker und Chemie-Ingenieure. Verstärktes Interesse zeigten chemische Großunternehmen an promovierten Chemikern mit sehr guten Examina und kurzem, gezieltem Studium für Aufgaben in Forschung und Entwicklung. Beklagt wurde jedoch vielfach der Mangel an EDV-Kenntnissen. Zudem sind Studienabgänger im Umgang mit modernen Analysegeräten nicht genügend geschult.

Vom konjunkturellen Aufwind profitieren auch die Absolventen der Betriebswirtschaftslehre. Vor allem aus den Wachstumsbranchen Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau und der chemischen Industrie kamen die Angebote. Ein großer Bedarf zeigte sich an Fachleuten aus dem Finanz- und Rechnungswesen, dem Controlling und dem Vertrieb.

Für Volkswirte stellte sich der Arbeitsmarkt als sehr ungünstig dar. Oftmals verpasste eine Umorientierung auf betriebswirtschaftliche Tätigkeiten die Chancen für den Bewerber. Hier hilft der Fachvermittlungsdienst wie in vielen anderen Fällen mit Fortbildungsveranstaltungen und Hinweisen.

BARBARA SCHROTER-GRUNOW

Das Einkommen von Lee Iacocca bleibt für deutsche Manager ein Traum

Für Führungskräfte in den USA sind Aktienoptionen ein fester Vergütungsbestandteil

Von HEINZ EVERS

Der deutsche Leser glaubt jedes Mal zu träumen, wenn er die Top-Liste der amerikanischen Managervergütung studiert. Nach einer Auflistung von „Business Week“ lagen im Jahre 1985 immerhin 146 US-Manager mit ihren Gesamtbegehren oberhalb von einer Million Dollar; 25 Top-Manager überschritten sogar die 2,5 Millionen-Dollar-Marke. Bereits die untere Vergütungsschwelle zu erreichen, dürfte in Deutschland allenfalls einer Handvoll absoluter Top-Verdiener, wie dem Vorstandsvorsitzenden von Bertelsmann, Mark Wössner, dem BMW-Boss, Eberhard von Kuenheim, oder dem Chef der Quandt-Gruppe, Graf von der Goltz, möglich sein.

Die Spitzenreiter des Jahres 1985, Victor Posner (DWG) sowie der inzwischen als Präsidentschaftskandidat gehandelte Lee A. Iacocca (Chrysler), blieben mit 12,7 beziehungsweise 11,4 Millionen Dollar zwar weit unter der 82er Rekordmarke von 51,5 Millionen Dollar (Frederick W. Smith; Federal Express); dennoch erreichten ihre Jahresbezüge für deutsche Verhältnisse eine immer noch phantastische Größenordnung. Das Geheimnis dieser Höhenflüge heißt: Stock Options. Die Gewährung von Aktienbezugsrechten bildet in den USA einen festen Bestandteil der Managervergütung. 80 bis 90 Prozent aller US-Großunternehmen räumen ihren Schlüsselkräften Optionen ein – bei steigenden Kursen eine außerordentlich attraktive Zugabe.

So konnte der Chrysler-Boss Iacocca im vergangenen Jahr zusätzlich zu seinem geradezu „bescheidenen“ Grundbezug und Jahresentlohn in Höhe von insgesamt 1,6 Millionen Dollar ein zusätzliches „Benefit“ von 9,8 Millionen Dollar als sogenanntes Langfrist-Einkommen aus ausgetübten Aktienbezugsrechten verbuchen. Der Rekordhalter Smith verzeichnete seinerzeit sogar nur 0,4 Millionen Dollar Jahresbezug gegenüber 51,1 Millionen Dollar aus Optionsgewinnen.

Das Grundprinzip dieser lukrativen

Vergütungsvariante ist einfach: Das Unternehmen räumt seinen Top-Managern das Recht ein, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, zum Beispiel von fünf oder zehn Jahren, eine gewisse Zahl eigener Aktien zu einem festgesetzten Preis – meist zum Börsenkurs des Gewährungstages – zu erwerben. Steigt nun in dieser Zeit aufgrund der Leistungsfähigkeit der Manager oder auch nur glücklicher Umstände der Börsenkurs des Unternehmens an, üben die Manager diese Option aus und kaufen die Aktien zu dem seinerzeit einge-



Werner Ragen
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

räumten günstigen Angebotspreis. Ihnen entsteht dann zunächst ein Buchgewinn in Höhe der Differenz zwischen Kaufpreis und höherem Börsenkurs. Diesen können sie später in klingende Münze umsetzen, wenn sie die Aktien nach einer gewissen Wartezeit an der Börse veräußern.

Hinter dieser Vergütungspraxis steht die Überzeugung, daß die Leistungen und der Erfolg von Top-Managern sich letztlich langfristig in überdurchschnittlichen Unternehmensergebnissen und damit steigenden Börsenkursen niederschlagen müssen. Die materielle Beteiligung der Manager an dieser Entwicklung motiviert sie bei attraktiver Ausgestaltung zu Spitzenleistungen.

Während in den USA Optionspläne seit über 30 Jahren in vielfältigen Varianten eingesetzt werden, fehlt in

Deutschland ein solches langfristiges Vergütungselement fast völlig. Die Gründe für dieses Defizit sind im wesentlichen steuerlicher Natur. In den USA bleibt die Ausübung einer solchen Aktienoption durch den Manager unter bestimmten Bedingungen zunächst steuerfrei. Erst beim späteren Verkauf ist die Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis als langfristiger Kapitalgewinn zu einem sehr ermäßigten Steuersatz (maximal 20 Prozent) zu versteuern. In Deutschland hingegen unterliegt bereits der Buchgewinn bei Ausübung der Option der vollen Besteuerung. Damit aber entfällt ein entscheidender Vorteil dieser Vergütungskomponente.

Zwar könnte man trotz fehlender Steuervorteile die Top-Manager-Tantiemen etwa analog den amerikanischen „Phantom-Stocks“ rein rechnerisch von den langfristigen Börsenkurssteigerungen des Unternehmens abhängig machen; jedoch gibt es in Deutschland gegenüber dem Börsenkurs als Leistungs- und Vergütungsmaßstäbe erheblich größere Vorbehalte als im kapitalistischen Musterland USA.

Wie die jüngste Diskussion um die Wandelanleihe für die leitenden Mitarbeiter für Conti-Gummi, Hannover, zeigt, propagieren insbesondere die Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten diese Vorbehalte. Für sie sind Börsenkurse eher „Spielbälle der Spekulation“, wenn nicht sogar der Manipulation. Sie stehen einer höheren Identifikation zwischen Managern und Kapitalgebern durchaus skeptisch gegenüber. Sie sind eher an einer letztlich leistungsfeindlichen Vergütungsverteilung interessiert als daran, Top-Manager auch durch eine entsprechende attraktive Vergütung zu Spitzenleistungen zu motivieren. Ob man mit dieser Politik allerdings ein Krisenunternehmen, wie seinerzeit Chrysler, sanieren kann, ist zu bezweifeln.

Der Autor ist Geschäftsführer der Kleinbaum Personalberatung GmbH, Gumbach.

Der Kündigungsschutz gilt nicht für den ganzen Konzern

Bundesarbeitsgericht bestätigt bisherige Rechtsprechung

Ein konzernbezogener Kündigungsschutz besteht grundsätzlich nicht. Lediglich beim Vorliegen besonderer Ausnahmefälle kann ein solcher Kündigungsschutz begründet sein. Das hat der Zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts in den Urteilen 2 AZR 611/85 und 2 AZR 612/85 vom 22. 5. 1986 entschieden.

Geklagt hatten zwei Arbeitnehmer, die in einem Betrieb eines großen Elektrokonzerns in Berlin, der stillgelegt werden sollte, beschäftigt waren. Die Betriebsleitung bot im September 1981 insgesamt 430 Arbeitnehmern an, sie in einem Schwesterunternehmen des Konzerns, das neu gegründet werden sollte (also nicht im Unternehmensbereich) weiterzubeschäftigen. Diese 430 Arbeitnehmer waren offensichtlich die am besten qualifizierten. Einer annähernd gleich großen Zahl von Arbeitnehmern wurde ein halbes Jahr später, zum 30. 9. 1982, gekündigt.

Die beiden Entlassenen begründeten ihre gegen die Kündigung gerichtete Klage damit, daß bei der Vermittlung der anderen 430 Arbeitnehmer an das Schwesterunternehmen zu ih-

rem Nachteil eine soziale Auswahl unterblieb. Sie verloren bereits vor dem Landesarbeitsgericht Berlin; der Zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts bestätigte die Entscheidung der Vorinstanz. Nach seiner Ansicht gibt es keinen konzernbezogenen Kündigungsschutz.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Senats können nur Ausnahmefälle (Selbstbindung der Konzernmutter oder des Unternehmens, bei dem freie Arbeitsplätze vorhanden sind) einen konzernbezogenen Kündigungsschutz begründen. Handelt es sich – wie im vorliegenden Fall – um ein Schwesterunternehmen, das erst gegründet wird und das möglichst viele Arbeitnehmer des stillgelegenden Betriebs übernehmen will, gelten für das aufnehmende Unternehmen nicht die Grundsätze der sozialen Auswahl.

Die Arbeitnehmer können ebenso wenig wie bei anderen Neueinstellungen vom Arbeitgeber eine soziale Auswahl fordern. Der Übernehmende hat in einem derartigen Fall die Entscheidungsfreiheit. (S. L.)

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Arbeitsausfall

Die durch Einführung der Sommerzeit entfallende Arbeitsstunde braucht der Arbeitgeber dann nicht nacharbeiten zu lassen und daher auch nicht zusätzlich zu vergüten, wenn der Arbeitnehmer trotz der ausfallenden Arbeitsstunde die vereinbarte Zahl von Arbeitsstunden und damit den ihm normalerweise gezahlten Lohn erreicht. Das hat das Bundesarbeitsgericht im Urteil 7 AZR 278/83 vom 11. 8. 1985 entschieden.

Gewinnverlagerung

Führen Verträge unter nahen Angehörigen zu Gewinnverlagerungen, so werden an den Nachweis der betrieblichen Veranlassung strenge Anforderungen gestellt. Diese Forderung bekräftigte der Bundesfinanzhof (I R 73/82) in einem Fall, in dem ein Steuerpflichtiger seinen im Betrieb mitarbeitenden Sohn nachträgliche Tantiemen zur Abgeltung geleisteter Überstunden versprochen hatte. Die Richter verneinten die betrieb-

liche Veranlassung, weil es an einer von vornherein abgeschlossenen Rahmenvereinbarung gefehlt habe, die für den Sohn Anreiz zu besonderer Leistung hätte sein können. Gegen die betriebliche Veranlassung sprach auch, daß die Tantiemen zeitnah ausbezahlt sowie Lohnsteuer und Sozialabgaben erst nach mehr als einem Jahr abgeführt worden waren.

Versetzung von Lehrlingen

Der Betriebsrat hat bei der Versetzung von Auszubildenden mitzubestimmen. Nach der Entscheidung 1 ABR 53/83 vom 3. 12. 1985 des Bundesarbeitsgerichts ist in einem Betrieb mit mehreren Filialen die Zuweisung einer anderen Ausbildungsstätte in einer Filiale oder in der Zentrale mit einer erheblichen Änderung der Umstände verbunden, unter denen die Ausbildung zu leisten ist. Deshalb handelt es sich um eine Versetzung des Auszubildenden, die einer Zustimmung des Betriebsrats bedarf.

6% Anleihe von 1986 (1996)

der

Kreditanstalt für Wiederaufbau Verkaufsangebot

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, begibt zur Gewährung von langfristigen Investitionskrediten eine 6% Anleihe von 1986 (1996) im Gesamtbetrag von

DM 750.000.000,-

Von diesem Betrag werden DM 700.000.000,- durch das untenstehende Konsortium zum Verkauf gestellt.

- | | |
|---|---|
| Ausgabekurs: | 99% zuzüglich Börsenumsatzsteuer unter Verrechnung von Stückzinsen. |
| Zinsen: | 6% p.a., zahlbar nachträglich am 2. September eines jeden Jahres, erstmals am 2. September 1987. |
| Nennbetrag: | DM 100,- oder ein Mehrfaches davon. |
| Laufzeit: | 10 Jahre. Die Anleihe wird am 2. September 1996 zum Nennwert zurückgezahlt. Vorzeitige Kündigung ist ausgeschlossen. |
| Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit: | Die Schuldverschreibungen sind mündelsicher und deckungsstockfähig. |
| Börseneinführung: | Zum Handel und zur amtlichen Notierung an sämtlichen Börsen im Bundesgebiet einschließlich Berlin. |
| Lombardfähigkeit: | Die Schuldverschreibungen werden mit der Zulassung zum Börsenhandel lombardfähig. |
| Rating: | Moody's: Aaa; Standard & Poor's: AAA. |
| Lieferung: | Der Erwerber erhält eine Gesamteldepotgutschrift bei dem von ihm benannten Kreditinstitut. Der Ausdruck von Einzelkunden ist während der gesamten Laufzeit ausgeschlossen. Die Anleihe ist in einer bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegten Sammelurkunde verbrieft. |

Ab 9. September 1986 bei den unterzeichneten Kreditinstituten.

Wertpapier-Kenn-Nr.: 276 034.

Das ausführliche Verkaufsangebot, das im Bundesanzeiger veröffentlicht wird, ist bei den Kreditinstituten erhältlich. Die Zuteilung bleibt den Verkaufsstellen überlassen.

Frankfurt am Main, im September 1986

KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau

ADCA-Bank Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Amro Handelsbank AG
Arab Banking Corporation –
Dau & Co. GmbH
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank
Aktiengesellschaft
Badsche Kommunale Landesbank
– Grozentrale –
Bankenunion Frankfurt am Main
Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie
Aktiengesellschaft
Bayrische Hypotheken- und
Wechselbank Aktiengesellschaft
Bayrische Landesbank Grozentrale
Bayrische Vereinsbank
Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg
– Grozentrale –

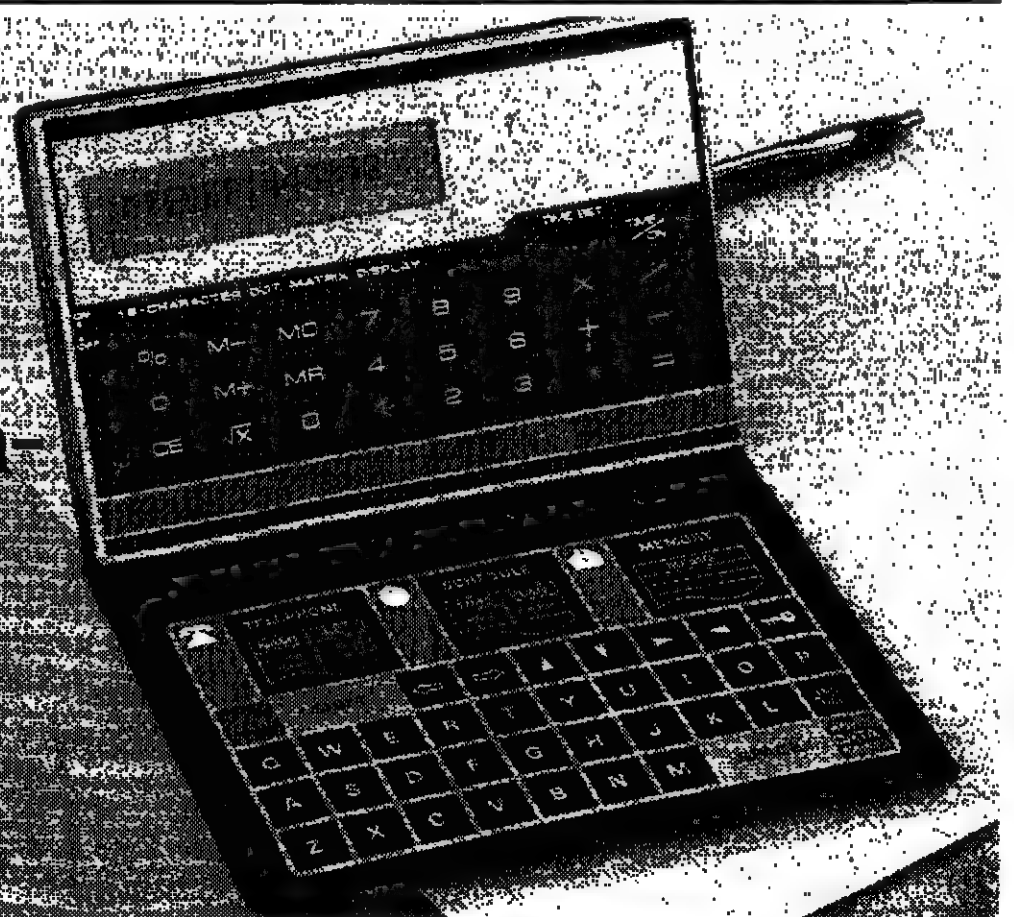
Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank AG Europäer
CSFB-Effektenbank
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Genossenschaftsbank
und die genossenschaftlichen
Zentralbanken
Deutsche Grozentrale
– Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Westminster Bank
Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bankhaus Max Fleiss & Co.
Furst Fugger-Babenhausen Bank KG
Furst Thum und Taxis Bank
Albert Furst von Thum und Taxis
Gesamtmöbeler Bank Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Grozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank
– Grozentrale –
Von der Heydt-Körstgen & Söhne
Bankhaus Hermann Lampe
Kommanditgesellschaft
Landesbank Rheinland-Pfalz
– Grozentrale –

Landesbank Saar – Grozentrale –
Landesbank Schleswig-Holstein
Grozentrale
Merck, Finck & Co.
B. Metzler & Sohn & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Bankhaus Neimayer
Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank
Grozentrale
Oldenburgische Landesbank AG
Sal. Oppenheim Jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schmidtbank
Schroder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Schwabische Bank Aktiengesellschaft
Schweizerische Bankgesellschaft
– Deutschland AG
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkhaus & Burkhardt KGaA
Verein- und Westbank
Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann,
Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank
Grozentrale
Westfälische Bank Aktiengesellschaft
Westfälische Kommunale Landesbank
Grozentrale

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Datenbank im Taschenformat

Im praktischen
Hefenformat
mit dem eigenen
Fingerring



Dieser außerordentlich handliche Hochleistungs-Mikro-Computer ist alles in einem:

1. Rechner (mit Prozentautomatik und Speicher, zusätzlichem Speicher, Anzeige der Freikapazität),
2. Uhr (mit Wecker und Kalender),
3. Terminplaner (speichert „was wann zu tun ist“ und erinnert akustisch) sowie
4. Notizbuch (registriert Telefonnummern, Fahrpläne, Preislisten usw.).

Batteriebetrieben. Im Etui. Mit ausführlicher Bedienungsanleitung. Maße: 12 x 8,5 x 1,2 cm.

Diese „elektronische Sekretärin“ gibt die für Sie wichtigen Informationen nicht an jeden weiter – alles bleibt auf Wunsch „top secret“, bis Ihr Codewort eingegeben ist.

Das besondere Angebot
für unsere Leser

An: DIE WELT, Leser-Service, Postfach 1008 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte senden Sie mir die Datenbank im Taschenformat zum Preis von 119,- DM. Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement

- ☐ nach Rechnungsstellung
☐ durch Abbuchung

Name des Bestellers:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Kunden-Nr.:

Abonnenten-Service

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gewinnmitnahmen bei Renten

Gewinnmitnahmen bei Renten

Die Zinsentwicklung in den USA hat zu forcierten Verkäufen im Bereich der deutschen öffentlichen Anleihen geführt. Ihre Kurse sanken bis zu einem Punkt. An den Abgaben waren nicht nur Ausländer beteiligt, auch inländische Stellen bemühten sich um den Abbau des spekulativen Teils ihrer Bestände. Großes Angebot besonders in der zehnjährigen Franche der letzten Bundesanleihe. Hier gibt es offensichtlich Abgaben ohne Rücksicht auf die Bonifizierung der Stücke. Unter Druck lagen auch Pfandbriefe. Das drückte sich bisher nur in wenigen Notierungen aus.

[illegible][illegible][illegible]

interRent mieten.

**Sie können wählen –
die meisten entscheiden sich
für interRent. Zum Beispiel**

Mercedes 230 E

75 Mark + 0,65/lkm

pro Tag. An allen Verkehrsflughäfen.

* Übrigens: Wir berechnen Ihnen maximal 209 Mark pro Tag inkl. aller gefahrenen km.

interRent iR

Autovermietung · rent a car

Warenpreise - Termine

Kräftige Gewinne verzeichneten am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Kaffee und Kakao notierten fester in den vorderen und schwächer in den folgenden Kontrakten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bu)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
244,50-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/b)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75

Wolle, Faser, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/b)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35

NE-Metalle

ALUMINIUM New York (c/b)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50

KUPFER (c/b)

Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50

Devisenmarktwert

Wegen schlechter Chancen für eine Dolarabsenkung am 1. 9. werden die Devisen-Deposits höher gehandelt.	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/D.M.	0,20-0,19	0,27-0,27	0,27-0,27
Franken/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
Yen/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
RM/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01

Geldmarktwert

Geldmarktwert in Handel unter Bank am 8. 9. Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,30-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,30-4,50 Prozent; Halbjahresgeld 4,30-4,50 Prozent; Jahresgeld 4,30-4,50 Prozent.	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/D.M.	0,20-0,19	0,27-0,27	0,27-0,27
Franken/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
Yen/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
RM/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01

Euro-Geldmarktwert

Niedrig- und Hochkurse in Handel unter Bank am 8. 9. Renditeberechnung 14,30 Uhr.	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/D.M.	0,20-0,19	0,27-0,27	0,27-0,27
Franken/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
Yen/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
RM/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Bundesbank	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
10.10.86	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Deutsche Bundesbank

10.10.86	10.11.86	10.12.86	10.01.87	10.02.87	10.03.87	10.04.87	10.05.87	10.06.87	10.07.87	10.08.87	10.09.87	10.10.87	10.11.87
100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Deutsche Bundesbank

10.10.86	10.11.86	10.12.86	10.01.87	10.02.87	10.03.87	10.04.87	10.05.87	10.06.87	10.07.87	10.08.87	10.09.87	10.10.87	10.11.87
100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Renditen und Preise von

Landesbank "Österreichische" und Monatskurse von	10.10.86	10.11.86	10.12.86	10.01.87	10.02.87	10.03.87	10.04.87	10.05.87	10.06.87	10.07.87	10.08.87	10.09.87	10.10.87
100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Renditen und Preise von

6	5,82	(5,76)	93,43	100,7
7	6,10	(6,02)	93,35	99,45
8	6,35	(6,30)	91,50	91,75
9	6,56	(6,50)	89,05	95,65
10	6,60	(6,55)	87,90	95,00
15	6,90	(6,85)	81,80	90,90

Renditen und Preise von

**** Aufgrund der Markttrendite errechnunglich notierten Kursen vergleichbar.**

Commerzbank Rentenindex: 113,465
Performance-Rentenindex: 247,789

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bu)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
244,50-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/b)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75	24,50-24,75

Wolle, Faser, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/b)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35	38,20-38,35

NE-Metalle

ALUMINIUM New York (c/b)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50	45,00-45,50

KUPFER (c/b)

Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50	61,00-61,50

Devisenmarktwert

Wegen schlechter Chancen für eine Dolarabsenkung am 1. 9. werden die Devisen-Deposits höher gehandelt.	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/D.M.	0,20-0,19	0,27-0,27	0,27-0,27
Franken/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
Yen/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
RM/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01

Geldmarktwert

Geldmarktwert in Handel unter Bank am 8. 9. Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,30-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,30-4,50 Prozent; Halbjahresgeld 4,30-4,50 Prozent; Jahresgeld 4,30-4,50 Prozent.	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/D.M.	0,20-0,19	0,27-0,27	0,27-0,27
Franken/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
Yen/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
RM/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01

Euro-Geldmarktwert

Niedrig- und Hochkurse in Handel unter Bank am 8. 9. Renditeberechnung 14,30 Uhr.	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/D.M.	0,20-0,19	0,27-0,27	0,27-0,27
Franken/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
Yen/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01
RM/D.M.	0,01-0,01	0,01-0,01	0,01-0,01

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Bundesbank	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
10.10.86	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Deutsche Bundesbank

10.10.86	10.11.86	10.12.86	10.01.87	10.02.87	10.03.87	10.04.87	10.05.87	10.06.87	10.07.87	10.08.87	10.09.87	10.10.87	10.11.87
100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Deutsche Bundesbank

10.10.86	10.11.86	10.12.86	10.01.87	10.02.87	10.03.87	10.04.87	10.05.87	10.06.87	10.07.87	10.08.87	10.09.87	10.10.87	10.11.87
100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Renditen und Preise von

Performance-Kennzahlen: 247,789
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzen

Feed Funds	5
Commercial Paper	30-5

Renditen und Preise von

Commercial Paper (Handelsplatzierung)	3 6 9
Certificates of Deposit	1 E M

Renditen und Preise von

US-Schatzwechsel	13 W 26 W
US-Staatsschuldscheine	12 30

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bu)	Sep.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
244,50-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50	245,00-247,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz – Orte und Hotels in der Bundesrepublik Deutschland empfehlen sich.

Niedersachsens modernes Kongress- und Tagungszentrum: im größten deutschen Seebad, 100 Meter hinter dem Nordseestrand, mitten im Kurpark. Mit Raum für 100 bis 1200 Tagungsgäste. Neueste Konferenztechnik. Komfort und maritime Atmosphäre. Mit dem umfassenden Service-Angebot des attraktiven Nordseeheilbades. – Fordern Sie unser unverbindliches und detailliertes Angebot an!

Veranstaltungszentrum Nordseeheilbad CUXHAVEN

Veranstaltungszentrum, Strandstraße, 2190 Cuxhaven, Telefon (04721) 460 77

Verbinden Sie Ihre Tagung mit einem Urlaub im

Badhotel Sternhagen

BADEN WIE DIE RÖMER...
WO DIE NORDSEE
INS HOTEL MÜNDET.

Urlaub für Anspruchsvolle – direkt am Meer
Einmalig die 4 Nordseethermen 28°, 33°, 36°, 37°.
Badelandschaft mit Wasserfall und Dampfbad
2190 Nordseeheilbad Cuxhaven-Duven, Tel. 04721/4 70 04

„SEE SEMINARE“
IM NORDSEEBAD
ST. PETER.

Für erfolgreiche Tagungen bieten wir Meer: 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 30 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer.

Best Western International

Im Bad 26, 2252 St. Peter-Ording, Tel. 04863/1081, Telex 28 420 ambad

Hotel Landhaus Hopen

Das EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten: 80 Betten, Hallenschwimmbad (9x18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen, Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Minuten).

Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.

3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Tel. 05193/1031 Telex 924152

HOTEL Ringhotel Hermannsburg Heidehof

Hallenbad 7 x 12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium

Restaurant im nachdenklichen Stil, deutsche Gerichte, 90 Betten, alle Zimmer mit D., WC, Telefon, Radio, z. T. mit Südbalkon, Lift, Bundeskegelbahnen, Garten, Pergola, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.

Hier, nur 3 km entfernt, 2 komplette Ferienparkanlagen und 8 Pferde-Clubboxen. Ideale Halbtages- und Pausenunterkunft.

3102 Hermannsburg, Lüneburger Heide Tel. (0 50 52) 34 81 < 80 81

Das Dorint Tagungsangebot mit 26 Alternativen!

Tagen Sie DORINT-Wein in hellen Räumen mit Tageslicht, mit textilbezogenen Stühlen, mit optimalen Hilfsmitteln vom Flipchart über Overheadprojektor bis zum Videogerät.

DORINT-Wein – das üppige Frühstücksbuffet, die Zimmer mit allem Komfort wie Telefon, Bad/Dusche, meistens Minibar, Farb-TV, Balkon.

DORINT-Wein auch das Freizeitangebot: Hallenbad, Sauna, Sonnenbänke, oftmals Kegelbahn, Tennisplätze, Tennisplätze.

DORINT Tagungshotels für 8 bis 540 Personen finden Sie 26 mal in Deutschland, Belgien und der Schweiz. Und ganz gewiss auch in Ihrer Nähe.

Bitte ausschneiden, einstecken. Sie erhalten kostenlos den

☐ DORINT-Gesamtsprospekt „Tagungen“

Name und Anschrift

Dorint Tagungsbüro
Postfach 20 03 52, D-1050 Mönchengladbach 2
☎ 0 21 66 - 45 88-0

Herzlich Willkommen im Herzen des Siegerlandes

Sie wollen komfortabel tagen und wohnen. Wir tun unser Möglichstes dafür.

Park Hotel Siegen
Koblenzer Str. 135
Telefon 0271/338 10

Wir freuen uns auf Sie

Park Hotel Siegen
AM KONGRESS-ZENTRUM
SIEGERLANDHALLE

Ihr Tagungshotel nach Maß

liegt in schönster Natur – inmitten eines Buchenwaldes in Bad Bramstedt.

Sie wohnen first-class, genießen professionellen Tagungs- und Konferenz-Service.

Und nach der Tagung bietet unser Hotel Fitness- und Entspannungsprogramm.

Fordern Sie die Tagungsmappe an!

Hotel-Kühlerhof, Am Kühlerhof 2357 Bad Bramstedt, Tel. 04192/5050, Telex 218 610 4

HOTEL Königshof

mal raus aus den Toren der Stadt ...
Tagen und Erholen im Allgäu
4 Räume, 10-80 Personen
TAGUNGS-VP-PAUSCHALE
zum Konferenzpreis, 110,- DM

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und übersenden Ihnen gerne unsere Informationsbroschüre.

Hotel Königshof, 8923 Lechbruck am See
Telefon 0 89 62 / 71 71, Telex 59 755

Hotel Niederbach

Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide
2112 Jesteburg, Lüneburger Heide, Tel. 0 41 63 / 20 44
Zimmer mit Bad/WC/Fachofen, 70 Betten, Lift, Konferenzräume: 10-80 Personen
Hallenbad mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunbath

..tagen – wo man Urlaub macht

GARMISCH PARTENKIRCHEN

Bitte übersenden Sie uns kostenlos und unverbindlich:

- Video-Film (9 Minuten) ..tagen – wo man Urlaub macht Garmisch-Partenkirchen
- Tagungsmappe mit ausführlicher Information über Saalgröße, Tagungstechnik, Industrieanstellung, Gastronomie, Ausflugsprogramme, Organisation, Quotenvermittlung usw.

TEST-COUPON mit Adresse bitte senden an:
Kurverwaltung, Postfach 1562
8100 Garmisch-Partenkirchen



Unter der Perücke

H.R. - Das Ding, das sich ein britischer Barrister auf Haupt stillt, wenn er vor Gericht erscheint, gibt es seit 800 Jahren - so lange wie sich im antiken System der englischen Justiz Kläger und Verteidiger als Kontrahenten gegenüberstehen. Keine Frage - das Ding verleiht Würde und symbolisiert Tradition. Es ist weiß, wird aus Rohhaar geflochten, früher aus Vorliebe aus dem Schweif arabischer Hengste, und kostet an die tausend Mark. Nicht übertreiben viel, sollte man denken, bei den grandiosen Honoraren, die Anwälte zuweilen kassieren.

Doch die knapp 6000 Barrister, die das exklusive Recht haben, im Vereinigten Königreich als Strafverteidiger vor die Schranken zu treten, zählen in der Regel nicht zu den Star-Verdienern des Juristenberufes. Ihr gesellschaftliches Ansehen ist eindrucksvoller als ihre Honorare. Die stattlicheren Beträge streichen die Solicitors ein, die Zivilanwälte, die keine Perücke brauchen. Von den Kosten ganz abgesehen, fühlt sich eine Minderheit reformistischer Barrister heutzutage nicht mehr wohl unter ihrem Kopfschmuck, den sie für unzeitgemäß, altmodisch und leicht lächerlich hält.

Nun sind die Engländer immer gut dafür, sich nicht überstürzt von Pump und mittelalterlichen Traditionen zu trennen. Der Einwand, dass anachronistische Rohhaarflecht erzeugt im Gerichtssaal eine Atmosphäre der Strenge und des Vorurteils, die weniger abgebrühte Angeklagte und Zeugen einschüchtern, wird also kaum verhängen. Jede Parlaments-Eröffnung und jede Windsor-Hochzeit zeigt, wie gern sich Briten kostümieren, und ihre unterkühlte Technik, wie man am wirksamsten imponiert, hat von je her eine psychologische Kompensation im englischen Humor.

Auch ist die Perücke ein wirksamer Schutz für Strafverteidiger, die auf der Straße nicht auf den ersten Blick von Angeklagten oder Zeugen erkannt werden möchten, mit denen sie vor Gericht aneinandergeraten sind. Keine echte Chance also für die Gegner der Perücke, keine Chance auch für die juristische Objektivität, die sich in England nicht ungern unter silberhaarer Feierlichkeit versteckt.

Die großen Straßen der Welt (XV): Kopenhagens Strøget, der geliebte „Strich“, den es weder offiziell noch auf Karten gibt

Unendliches Behagen in Ole Larsens Pfeifenladen

Whe dem Kopenhagener Neuling, dem zu Hause gesagt wurde, er solle bei seinem Besuch vor Ort unbedingt auch die „Strøget“ besuchen, jene so vitale Einkaufsstraße im Herzen der dänischen Hauptstadt, in der man das Leben des Landes in mitter Studieren könne. Wenn er nicht mehr als den Namen und einen Stadtplan hat, dann wird er wohl bald verzweifeln. Denn es gibt keine Karte von Kopenhagen, die eine Straße dieses Namens verzeichnet. Die „Strøget“ ist, so gesehen, unauffindbar.

Aber der Ärger unseres Novizen wird verschwinden, wenn er, kurz hinterm „Tivoli“, in der Nähe des Rathausplatzes seinen Wagen parken kann und wenige Minuten später jene Fußgängerzone erreicht, die mit der Frederiksbergsgade beginnt, in die Nygade übergeht, der die Vimmelskæft folgt, die Østergade und schließlich der Kongens Nytorv.

Ist er bis hierher vorgedrungen, hat er - wenn er kein „reiner“ Sightseeing-Masochist ist - mindestens zwei Stunden Zeit hinter sich gelassen, ein paar hundert Blicke in Schaufenster getan, Straßenmusikanten gelauscht, Porträts gezeichnet und fliegenden Händlern zugegesehen, skurrile Gestalten und eine Fülle blonder Mädchen und Jungen registriert, neueste Mode aller Linien, Farben und Feinheiten taxiert, hier einen phantastischen Salat mit Roquefortsoße gegessen, dort eine Erdbeerspezialität oder eine Rote Grütze über Zunge und Gaumen gleiten lassen, und er hat längst verdrängt, daß er ja eigentlich zur „Strøget“ wollte.

Doch viel schöner als dieser vielschichtige Vier-Straßen-und-drei-Plätze-Boulevard kann sie auch nicht sein, sagt er sich, und er hat recht - denn er hat soeben nichts anderes als jene unauffindbare „Strøget“ erlebt! Und er ist, wie alle, die sie passieren, begeistert.

Die „Strøget“, das ist nicht so sehr ein Straßennamen als vielmehr ein Begriff, eine prosaische Metapher für die feine, unheimliche dänische Lebensart. Jeder im Land kennt diese 1088 Meter krumme und lange Bummelpiste, die seit 1962 so heißt, wie sie nicht heißt, weil die Stadtväter in jenem Jahr dem vollendeten Verkehrschaos in der engen Straßenfolge ein Ende bereiten und eine Fußgängerzone aus der Taufe hoben, die den Namen „Der Strich“ („Strøget“) erhielt - aber eben nur im Volksmund und im öffentlichen Bewußtsein. Die



Von wo es alles „als blicke tour“ wird: Kopenhagens „Strøget“ am Amagerort mit Brunnen und Ole Larsens Tabak- und Pfeifenladen neben Pfeifenmuseum (links)

Straßenschilder von einst blieben da, wo sie waren, und die „Strøget“ ist zunächst eine Legende.

Sobald sie jedoch eine Erfahrung ist, wird man jeden Kopenhagener such als halbe Sache empfinden, wenn man sich nicht für genau diese Legende genügend Zeit genommen hat. Der Ruhm der „Strøget“ hat längst die Flaneurs jenseits der Grenzen erreicht. „Man“ kommt nach Kopenhagen, um die „Strøget“ zu sehen. Die offiziell nicht existente „Strøget“ ist Dänemarks einziger Boulevard mit Weltreife.

Wer einmal auf der „Strøget“ gewandelt ist, der kommt mit Sicherheit wieder. Natürlich, mit den Jahren wird man intimer, wäherischer. Man weiß dann, wo man seinen Salat ißt - in „Strecker Salstat“ selbstverständlich; die frische Leckerei nascht - im „Jordbaerleider“ („Erd-

beerleider“) selbstredend; den Kaffee nimmt - im Café Nytorv vielleicht oder im Café de Colombia oder ...

Oder man entdeckt, nicht gleich beim ersten Mal, aber bald, den feinen Unterschied zwischen den zwei Welten dieser einen Straße. Er springt einem nicht hart ins Auge: Das spielerische Menschengewimmel, das gemütliche Flanieren über anliegende Plätze und durch kleine Passagen - sie verhindern, daß einem der Schritt von der eher touristisch orientierten Hälfte in die feineren und feinsten Geschäftswelt so recht beunruhigend oder sogar störend aufällt.

Auch Ole Larsen, der Seniorchef des traditionsreichen Pfeifen- und Tabak-Hauses „W. O. Larsen“, spricht darüber nur in Andeutungen: „Von hier ab“, sagt er, „wird alles etwas teurer; hier beginnt die Gegend des Königlichen Theaters“. Damit ist das

Adjektiv heraus, das viele der feinen Geschäfte am Amagerort (ein Markt, auf dem früher die Bauern von Amager vor allem Gemüse feilboten) und in der Østergade in ihrem Firmenschild tragen: Dänemark ist immer noch ein Königreich, und die edlen Bäcker, Schneider, Schuhmacher, Buch-, Wein- und Tabakhändler sind allesamt nichts Geringeres als „Königliche Hoflieferanten“.

Ob die Larsens schon 1864, in ihrem Gründungsjahr, mit diesem Pfund wuchern konnten, hat mir Ole W. Larsen, der die 4. Generation verkauft, nicht verraten; aber daß es der Firma bestens geht, daraus hat er kein Geheimnis gemacht: beim Kaffee im Souterrain, wo die Büroräume liegen, wo die Spezialbibliothek zum Thema Pfeifen und Tabak befindet, wo an den Wänden Stiche, Pfeifen und Hilfsutensilien hängen, ural-

te und neuere, vertraute Modelle und höchst exotische. Das älteste Stück kommt aus Afrika und ist rund 500 Jahre alt; dann folgt eine Deifter Tabakdose, die immerhin 250 Jahre auf dem Deckel hat.

Längst ist der Laden aus der Gründungsphase um weitere Räume und ein Pfeifenmuseum erweitert; und lange ist auch die Zeit vorbei, da die Larsens nur Importware anboten. „Heute“, sagt Ole Larsen, „produzieren wir selbst Pfeifen, es geht, und wie! Es kommen Kunden von überall her, selbst aus Übersee. Wir bieten auch eigenen Tabak an“, aber - Ole Larsen zwinkert - „unseren Tabak könnte man auch woanders kaufen, doch es muß hier sein, es ist so ein Gefühl, die Leute lieben das Gespräch mit uns“.

Als ich die Wendeltreppe emporsteige, sehe ich einen Ständer mit Geschäftsprospekten in mehreren Sprachen; und im Ohr habe ich den Nachsatz Ole Larsens: „Und aus dem Theaterfundus kommen sie auch und fragen nach Originalstücken für ihre Aufführungen.“ Unser Gespräch scheint mir typisch für diese Straße zu sein: Spontan, aber ohne Zeitdruck; nuanciert in der Bewertung des draußen vorbeigehenden Lebens, aber ohne hässlich-distanzierenden Unterton. Es ist geschäftlich und menschlich; das Objekt des Interesses ist auch ein interessantes Individuum, nicht nur ein beschwatzbarer Kunde.

Man spricht auf diesen 1088 Metern oft mit, nicht nur nebeneinander, und es hat doch alles nichts von jener vordergründigen Gemeinschaftlichkeit, die lange Mode war. Dies mag der eigentliche Grund dafür sein, warum man jenen vorhin erwähnten Übergang von der touristischen in die feinere Zone der „Strøget“ nicht so recht bemerkt, warum man ohne Schwierigkeit alles zusammen faßt: Yoga-Schulen, Otto B. Wroblewski allerfeinsten „Bog- und Papier-Handel“ von 1853, die vereinigte Porzellan-Manufaktur „Royal Copenhagen“, Kopenhagens vornehmsten Marzipankünstler Anthon Berg, „Burger King“, Jorcks Passage mit Boutiquen und Advokaten, Revisoren- und Psychologen-Adressen, die Heilig-Geist-Kirche neben illegalen Schmuckhändlern und Schachspielern aller Alters- und Körnerklassen, Gold- & Silber-Geschäfte - und nicht zuletzt den grotesken Leierkastenmann. ULRICH SCHACHT

JOURNAL

Initiativen der CSU für das Kino erfolgreich

DW. München Die Zahl der bayerischen Filmtheater wächst: Gab es 1980 im Freistaat 632 Kinos, so ist die Zahl im Jahre 1985 auf 667 Lichtspielhäuser angewachsen. Den Zuwachs von 35 Kinos nahm Herbert Huber, Vorsitzender der CSU-Filmkommission, zum Anlaß, von einer „positiven Bilanz der CSU-Initiativen zugunsten des Kinos“ zu sprechen, das „dank einer langjährigen konsequenten Förderung in Bayern den strukturellen Anpassungsprozeß besser bewältigt habe als in anderen Bundesländern“. Dies habe zu einer Stabilisierung der Situation bei den bayerischen Filmtheatern geführt.

„Band Aid“ erzielt Rekordsomme

AFP. Paris Mit einem Resultat von 84,3 Millionen Dollar (rund 175 Millionen Mark) steht die Ende 1984 von dem irischen Popsänger Bob Geldof gestartete Hilfsaktion für die Hungernden in Afrika an der Spitze der Wohltätigkeitskampagnen in Großbritannien. Die Summe enthält den Erlös aus dem Verkauf der Platte „Do they know it's Christmas?“ und den der meisten im Rahmen der Aktion organisierten Veranstaltungen, darunter des Mammot-Doppelkonzerts im Londoner Wembley-Stadion und in Philadelphia.

Boulez und Stockhausen bei „Musica '86“

dpa. Straßburg Im Zeichen des französischen Komponisten und Dirigenten Pierre Boulez steht das Festival für zeitgenössische Musik „Musica '86“ vom 13. September bis zum 3. Oktober in Straßburg. Boulez wird an drei Abenden vertreten sein: Er dirigiert das Sinfonieorchester des Südwestfunks Baden-Baden, das „Ensemble intercontemporain“ mit dem Stockholmer Kammerchor und das Sinfonieorchester Basel bei der Aufführung von Eigenkompositionen. Beim Festival, das insgesamt 23 Konzerte bietet, werden unter anderem auch Karlheinz Stockhausen mit dem Ensemble „Electric Phoenix“ und der französische Jazzpianist Michel Petrucciani auf treten.

Erstes kirchliches Museum für Bremen

KNA. Bremen Rechtzeitig zur 1200-Jahr-Feier der Gründung des Bistums Bremen wird es in der Hansestadt erstmals ein kirchliches Museum geben. Die baulichen und inhaltlichen Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, damit das ehrgeizige Projekt abgeschlossen ist, wenn Ende August 1987 der Weihe des ersten Bremer Bischofs Willihad gedacht wird. Die Idee zu dem Museum im Bremer St.-Petri-Dom entstand, als während umfangreicher Grabungen in den siebenziger Jahren bedeutende Textilien in den mittelalterlichen Bischofsgräbern Bremens gefunden wurden. Seinen Platz wird das Museum in vier kirchenspezifisch besonders interessanten Räumen des Doms finden.

Leben und Arbeit der Lipper Ziegler

DW. Münster Fast die Hälfte der männlichen Bevölkerung im Lipper Raum war um die Jahrhundertwende „auf Ziegeln“. Sie zogen durchs Land, teilweise sogar bis Rußland und Schweden, um ihre Arbeit als Ziegler anzubieten. Einen Versuch, Erfahrungen und Erinnerungen der alten Wanderziegler zusammenzutragen, unternimmt der dritte Band der Schriftenreihe des Westfälischen Industriemuseums „Gut Brand! Leben und Arbeit der Lipper Ziegler um 1900“. Das Buch enthält neben umfangreichem Quellenmaterial (einstimmige Wanderziegler, Gedichte und Erzählungen über deren Leben sowie einen Reisebericht eines Pastors, der durch Westfalen zog, um die dort arbeitenden Ziegler zu betreuen (Linnepe Verlagsgesellschaft, Hagen, 24 Mark).

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein Großtankwagen voller Scotch ist ein Vermögen wert, zumal er die Brenner in einer höheren Konzentration verläßt, als er nach dem Abfüllen in den Handel kommt. Wenn nun rasch hintereinander drei Tankwagen voll kostbarem Naß verschwinden, ist dies für den Spektateur ein riesiger Verlust. Der einstige erfolgreiche Jockey und Sportjournalist Dick Francis, Krimi-Liebhhaber weltweit bekannt, läßt diesmal einen Weinhandler mit einer bemerkenswerten Zunge, aber alles andere als ein Schema-Held, entscheidend zur Lösung des Falles beitragen. Ein zusätzlicher Bonus zu einer guten Story: Unaufällig wird viel Wissen aus der Welt des Weins und härterer Getränke vermittelt. ohn Dick Francis, Weinprobe: Ullstein, 268 S., 9,80 Mark.

Symposium und Ausstellung - Moses-Mendelssohn-Tage in Wolfenbüttel

Hat er Spinozas Tractatus gelesen?

Moses Mendelssohn, den bedeutenden jüdischen Denker der deutschen Aufklärung, zu ehren, hatten die Lessing-Akademie unter ihrem Präsidenten Rudolf Vierhaus (Göttingen) und die Wolfenbütteler Herzog-August-Bibliothek zu einem Symposium nach Wolfenbüttel eingeladen, an einem Ort also, an dem Mendelssohn wiederholt weilte, wenn er seinen dort lebenden und wirkenden Jugendfreund Lessing besuchte. Geleitet wurde die Tagung von der Mendelssohn-Editorin Eva Engel-Holland (Wellesley/Mass.) und dem Trierer Kant- und Aufklärungsforscher Norbert Hinske.

Der inzwischen achtzigjährige Alexander Altmann (Waltham/Mass.), dessen Name in den letzten Jahrzehnten zum Synonym nicht nur für fundierte Mendelssohn-Forschung, sondern auch für die von G. Holzboog verlegte Mendelssohn-Ausgabe wurde, zeichnete in seinem Festvortrag das Bild Mendelssohns im deutschen Idealismus nach. Er zeigte, daß bei Fichte, Schelling und Hegel zunächst nicht der authentische Mendelssohn dargestellt, sondern daß anfangs das auf Jacobi zurückgehende (Zerr-)Bild übernommen wurde. In dem Maße jedoch, wie sich das Verhältnis von Jacobi verschlechtert habe, sei das Mendelssohn-Bild im deutschen Idealismus objektiver geworden.

Obgleich sich Mendelssohn der christlich-abendländischen Philosophie im vollen Umfang öffnete, blieb er, wie kein zweiter die Ideale der Aufklärung verkörperte, stets ein frommer und selbstbewußter Jude. Alle Versuche, ihn zum Christentum zu bekehren, wußte er mit Festigkeit und Würde abzulehnen. So war es nicht verwunderlich, daß eine ganze Reihe von Vorträgen dieser Tagung sich mit Mendelssohns Stellung zum und im Judentum befaßten.

Jacob Katz (Jerusalem), einer der großen alten Männer der Mendelssohn-Forschung, beleuchtete die komplizierte und keineswegs einheitliche Rezeption dieses Denkers „bei der jüdischen Nachwelt“. Siegfried Prager (Oxford) stellte das Mendelssohn-Bild zweier gebürtiger Juden gegenüber: Während Heine trotz seiner Vorbehalte gegen das Judentum ein sehr positives Mendelssohn-Bild entwirft, lehnt Marx denselben Mendelssohn als „Seichtbeutel“ ab.

Friedrich Niewöhner (Berlin) verteidigte die - nicht unwidersprochene - These, daß Mendelssohn, weil er orthodoxer Jude war, den Tractatus von Spinoza nicht gelesen hätte. Eine zweifelsfreie Erklärung dieser These

ist freilich schon deshalb äußerst schwierig, weil es für einen frommen Juden der Zeit ratsam war, die Kenntnis des Tractatus, gerade wenn er ihn gelesen hatte, zu verschweigen. Allerdings konnte Niewöhner anhand zahlreicher Textstellen bei Mendelssohn zeigen, daß seine Kenntnis des Tractatus nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden darf. Damit können zentrale Werke Mendelssohns, etwa sein „Jerusalem“, nicht mehr ohne weiteres auf dem Hintergrund Spinozas interpretiert werden.

Zu einer Sternstunde germanistischer Reflexion geriet das Referat von Ingrid Strohschneider-Kohrs (München), die die Bedeutung Mendelssohns für Lessing in dessen letztem Lebensjahrzehnt beleuchtete. Mendelssohns Stellung innerhalb der Berliner Aufklärung war das Thema der Beiträge von Christoph Böhr (Trier) und Birgit Nehren (Trier). Böhr legte besonderes Gewicht auf Mendelssohns Warnung vor dem dialektischen Umschlagen von Aufklärung in ihr Gegenteil. Die Gefahr des dialektischen Umschlages kann, so referierte Böhr Mendelssohn, nur dann überwunden werden, wenn Aufklärung den ganzen Menschen im Blick behält und nicht als einseitige Verstandesfähigkeit fehlinterpretiert wird.

Das für die deutsche Aufklärung bedeutende Spannungsverhältnis von Aufklärung, Geheimhaltung und Publizität erörterte Nehren am Beispiel der Berliner Mittwochsgesellschaft, in der sich fast durchweg hohe Staatsbeamte sammelten.

Mendelssohn, der Mitglied dieser Gesellschaft war, trat „auf entscheidende Weise gegen eine von seiten des Staates erfolgende Einschränkung der Freiheit, seine Meinung zu sagen, ein, plädierte aber zugleich für eine Selbstbeschränkung des tugendliebenden Aufklärers bei seinem Bemühen um Aufklärung“.

Michael Albrecht (Trier), der sich mit einem Forschungsbericht über die Mendelssohn-Literatur der letzten beiden Jahrzehnte ei-

nen Namen gemacht hat, wandte sich einem bislang weitgehend vernachlässigten Thema zu, der Entwicklungsgeschichte von Mendelssohns Ethik. Albrecht zeichnete auch für eine die Tagung begleitende, noch bis zum 24. September zu sehende Mendelssohn-Ausstellung verantwortlich. Hier gelang ihm das Kunststück, auf äußerst knapp bemessenen Raum und mit noch nicht einmal 150 Exponaten - darunter immerhin 18 bislang unveröffentlichte Briefe von und an Mendelssohn - nicht nur die wesentlichen Stadien der intellektuellen Biographie Mendelssohns aufzuzeigen, sondern auch einen guten Überblick über das geistig-kulturelle Umfeld zu geben.

Der Katalog zur Ausstellung gibt nahezu alle Exponate wieder, denen jeweils eine Beschreibung auf hohem Niveau beigegeben ist. Mit seiner knappgehaltenen Einführung und einer gut zehnteiligen, nach Leben, Werk und Zeit untergliederten Zeittafel gibt Albrecht einen guten Überblick, anhand dessen sich auch derjenige, der von Mendelssohn nur wenig liest, gezielt informieren kann. Mendelssohns Stellung als Jude in Preußen, sein philosophischer Stellenwert und die vielfältigen Beziehungen, in denen er zu führenden Köpfen seiner Zeit stand, sind ebenso angesprochen wie das beispielhafte Leben, das dieser große Denker der deutschen Aufklärung, den seine Zeitgenossen den neuen Sokrates nannten, stets führte.

REINHARD FINSTER



Bedeutender Vertreter der deutschen Aufklärung: Der Philosoph Moses Mendelssohn FOTO: DIE WELT

Von Interregnum zu Interregnum: Die Situation am Theater in der Josefstadt

Tschechow wurde zum Vermächtnis

Schatzen liegen über dem Theater in der Josefstadt. Vor einhundert Jahren starb der überaus kluge Dilettant Ernst Hausman, es folgte ein von Idealismus getragenes Interregnum unter dem, wie er sich nennt, geschäftsführenden Direktor Heinrich Kraus. Als dann endlich zu allgemeiner Freude Boy Gobert aus Berlin berufen wurde, ging dieser mit Verve ans Werk, was aber nur wiederum ungewollt, durch neu geschlossene Verträge, Engagements und Stückdispositionen zu einer kaum zu bewältigenden Aufgabe führte, als er unvermittelt starb - und, nicht genug, wenige Monate später auch sein erster Mann in Planung und Dramaturgie, Ernst Wendt, der inzwischen versucht hatte, das mögliche aus Goberts Plänen zu verwirklichen.

Seither ist wiederum ein Interregnum eingetreten, da der designierte Direktor, Otto Schenk, erst in 16 Monaten sein Amt antreten kann. In den Monaten des Interregnums ist der Eberhard Wirtz übriggeblieben, der, etwas zagend, aber mit vollem Einsatz an die Sache herantritt, lebhaft unterstützt von allen Angehörigen des Hauses.

Man kann dem geschäftsführenden Direktor in der Tat nur bescheidenen,

daß er ein „Erhard Buschbeck der Josefstadt“ ist, jener kongeniale Theatermann, der einst das Burghausen über ungezählte Klippen hinweggeführt und unter anderem den plötzlichen Ausfall von Hauptdarstellern noch am Premierenabend zu meistern gewußt hatte. Daß Otto Schenk nach der traurigen Bilanz den Mut aufbringt, den scheinbar so gefährlichen Posten anzunehmen, findet er selber wundervoll. Dabei steht auch noch ein zu bewältigendes Jubiläum - in zwei Jahren 200. Geburtstag der Bühne - bevor. Aber man ist guten Mutes, überzeugt: Ein Theater geht nicht unter. Und schon gar nicht die Josefstadt.

In mancher Hinsicht spiegeln sich die Umstände in der Neuinszenierung von Anton Tschechows „Drei Schwestern“, die noch von Ernst Wendt erarbeitet worden war und posthum gegeben wurde. Schon hier trat ein Ausfall bei den Darstellern auf, und fast ist anzunehmen, daß Wendt sich nach der öffentlichen Realisierung seiner Arbeit vielleicht doch überzeugt hätte, daß man dem Publikum der Josefstadt nur schwer eine fast vierstündige Aufführung mit breit ausgeschöpftem Text anbieten kann, da nun einmal dazu eine „russi-

sche Seele“ gehört und die Wiener Zuschauer eben genau dort zu ermüden beginnen, wo das Stück am Ende seine Quintessenz erreicht.

Diese von einem Bühnenbild mit aufgemalten und leinwand mit vollziehenden Bäumen (Lilof Regi) begleiteten, schier endlos erscheinenden, aber von der Dichtung her durchaus notwendigen Szenen ziehen sich spürbar in die Länge. So gern man Ernst Wendts sorgfältiges Konzept annehmen möchte, es entsteht leider kein geschlossenes Bild, allenfalls ein Mosaik.

Ebensowenig kommt es zu einer eingängigen Charakterisierung der einzelnen Figuren, bei aller gekonnten Artikulation durch die Darsteller (Marianne Neuwirth, Elisabeth Rath, Susanne Brandt als die drei Schwestern und Markus Boysen, Eugen Stark, Heinz Marecek und eine Anzahl neuer Ensemblemitglieder in den männlichen Rollen).

Erschwerend war auch die Vorliebe für Dunkelheit auf der Bühne. Bewundern mußte man allerdings die ungeheuer präzise Schauspielerei, die gewiß nur in hoher Anstrengung zustande gekommen sein konnte. ERIK G. WICKENBURG

Londons Royal Philharmonic Orchestra eröffnet das Bonner Beethovenfest

Himmelfahrt einer verzückten Seele

So konnte es nicht weitergehen mit den Bonner Beethovenfesten: Seit der Nummer XXIX im Jahre 1977 hatte man Beethovens Musik aufgewirbelt mit allen möglichen zeitgenössischen Klängen, die oft keine andere Funktion zu haben schienen, als ein traditionelles Konzertpublikum zu er- und bald auch verschrecken. Daß dieser Weg, damals eingeschlagen in der Hochstimmung von Anti-Establishment, längst zur Sackgasse geworden war, hatte Bonn GMD mit der lockeren Hand, Gustav Kuhn, schnell begriffen. Er drang auf Änderung - und das ist die einzige bleibende Spur seines kurzen Wirkens in Bonn.

Anderserseits konnte und wollte man sich nicht zurück zu den Beethovenfesten des 19. Jahrhunderts, die sich bis spät ins 20. gehalten hatten, zu musikalischer Heroenverehrung und Titanenpomp, am besten noch überglänzt von pianistischem Mondschein. Wenn man denn auch künftig Beethoven der Musik unseres Jahrhunderts gegenüberstellen will, dann nicht mehr, um ihn zu seklieren, sondern um ihm gleichsam den

Dialog mit einem ähnlich überragenden Komponisten zu ermöglichen.

Der heißt in diesem Jahr Olivier Messiaen. Das XXXII. Bonner Beethovenfest, das am Wochenende mit einem Gastkonzert des Londoner Royal Philharmonic Orchestra unter Antal Dorati begann, ist in Wahrheit ein Beethoven-Messiaen-Fest. Fast das gesamte Œuvre des 77-jährigen Franzosen, einschließlich der Turangalila-Sinfonie und der Oper „St. François d'Assise“ kommt zur Aufführung. Ein Messiaen-Fest wird es vielleicht sogar noch mehr als ein Beethovenfest. Aber dagegen ist natürlich gar nichts zu sagen. Nur: Welchen Komponisten vergleichbarer Statur will man bei künftigen Beethovenfesten als Kontrapart des Titanen noch finden?

Denn bei Messiaen ist sich die Musikwelt inzwischen einig, daß er eine der beherrschenden Gestalten der Tonkunst des 20. Jahrhunderts ist. In den Jahren, als Zwölfton- oder Reihentechnik noch de rigueur waren, mochte man das leugnen. Ein von mystischem Katholizismus durchdrungenes Werk, in dem es geschlos-

sene Phasen von sich in Schönheit verzehrender Musik gibt, das dürfte ja in den Zeiten musikalischer Sachlichkeit und Materialerprobung nicht sein.

Zum Auftakt des Beethovenfestes also erklang Messiaens „L'Ascension“, jene vier sinfonischen Meditationen über den Aufstieg der Seele in den Himmel. Natürlich geht es da nicht ohne Dramatik ab, nicht ohne fauchende Zwischenfälle, bis sich die Seele gleichsam aus ihren irdischen Ketten befreit hat, aber es überwiegt doch das harmonische Einschwingen der Töne aufeinander, die sich am Schluß zu einem lang aussingenden Monoton vereinen, der sich nicht gegenwärtig kann an verzücktem Insistieren auf sich selbst.

Daß dies bei einem in den Bläsern strahlenden, in den Streichern intensiveren Orchester als den königlichen Londonern alles noch interessanter geklungen hätte, steht auf einem anderen Blatt, gilt freilich auch für die folgende „Krönica“, die doch etwas zu dumpf und schwerfällig daherkam als Beginn für drei Wochen Beethoven. REINHARD BEUTH

